Sitzungsbericht

23. Sitzung der Tagung 1994/95 der XIV. Gesetzgebungsperiode
des Landtages von Niederösterreich
Donnerstag, den 23. Februar 1995

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Romeder und Bekanntgabe von Änderungen in der Zusammensetzung von Ausschüssen (Seite 698).
2. Begrüßung des Bundespräsidenten Dr. Klestil durch Präsident Mag. Romeder (Seite 698).
3. Rede des Bundespräsidenten Dr. Klestil (Seite 699).
4. Mitteilung des Einlaufes (Seite 702).
5. Anfragebeantwortungen (Seite 702).
6. Antrag der Abg. Kurzreiter u.a. gem. § 35 LGO auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde mit dem Thema "Agrarpolitik in Niederösterreich - Förderungen für die Landwirtschaft".
Redner: Abg. Kurzreiter (Seite 704), Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 706), Abg. Marchat (Seite 707), Abg. Knotzer (Seite 710), Abg. Hofmacher (Seite 712), Abg. Gratzner (Seite 714), Abg. Schütz (Seite 716), Abg. Hiller (Seite 717), Abg. Dr. Bauer (Seite 719).
7. Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Novelle zum NÖ Tourismusgesetz.
Berichterstatter: Abg. Moser (Seite 721).
Redner: Abg. Breiningner mit Abänderungsantrag und Resolutionsantrag (Seite 721), Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 724), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 726), Abg. Keusch mit Resolutionsantrag (Seite 728).
Abstimmung (Seite 731).
8. Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Bericht des Finanzkontrollausschusses über die in Ausübung seines Kontrollrechtes gemachten Wahrnehmungen II/1994.
Berichterstatter: Abg. Klupper (Seite 732).
Redner: Abg. Rosenkranz (Seite 732), Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 734), Abg. Kautz (Seite 735), Abg. Egerer (Seite 737), Abg. Hrubesch (Seite 739), Abg. Schütz (Seite 739), LHStv. Prokop (Seite 740), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 743), LHStv. Prokop (Seite 746).
Abstimmung (Seite 747).
9. Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Landeshaftung für die Ausstellung "Menschen nach dem Krieg - Schicksale von 1945 - 1955" auf der Schallaburg.
Berichterstatter: Abg. Hoffinger (Seite 747).
Redner: Abg. Dorfmeister-Stix (Seite 747), Abg. Preiszler (Seite 748), Abg. Wöginger (Seite 750), Abg. Breiningner (Seite 752).
Abstimmung (Seite 755).
10. Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Eggenburg, Sonderkran-

kenanstalt, 1. Bauabschnitt.

Berichterstatter: Abg. Rupp (Seite 755).

Redner: Abg. Rosenkranz (Seite 756), Abg. Gruber (Seite 757), Abg. Lugmayr (Seite 759), LR Wagner (Seite 760).

Abstimmung (Seite 763).

11. Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über den Antrag der Abg. Treitler, Knotzer, Dkfm. Rambossek u.a. gem. § 29 LGO betreffend Vereinheitlichung der Telefongebühren und Errichtung von Standleitungen von den Bezirksverwaltungsbehörden zum Amt der NÖ Landesregierung.

Berichterstatter: Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 763).

Redner: Abg. Hrubesch (Seite 763), Abg. Knotzer (Seite 764), Abg. Marchat mit Resolutionsantrag (Seite 764), Abg. Ing. Hofbauer (Seite 765).

Abstimmung (Seite 766).

12. Antrag des Umwelt-Ausschusses über den Antrag der Abg. Gratzner, Friewald, Feurer u.a. betreffend Verhinderung der Einspeisung von Atomstrom aus Mochovce in den geplanten 380 kV-Ring.

Berichterstatter: Abg. Haberler (Seite 766)

Redner: Abg. Dorfmeister-Stix (Seite 767), Abg. Gratzner (Seite 767), Abg. Dr. Bauer (Seite 768), Abg. Klupper (Seite 769).

Abstimmung (Seite 769).

13. Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Fleischuntersuchungsgebührengesetz.

Berichterstatter: Abg. Kurzreiter (Seite 769).

Abstimmung (Seite 770).

14. Antrag des Bau-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Aufzugsordnung 1995.

Berichterstatter: Abg. Haberler (Seite 770).

Redner: Abg. Preiszler (Seite 771), Abg. Ing. Eichinger mit Resolutionsantrag (Seite 772), LR Schimanek (Seite 774).

Abstimmung (Seite 774).

15. Antrag des Verfassungs-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung betreffend Tätigkeitsbericht der Kommission beim Amt der NÖ Landesregierung für den Schutz der

Landesbediensteten für die Jahre 1993 und 1994.

Berichterstatter: Abg. Klupper (Seite 774).

Redner: Abg. Gratzner mit Resolutionsantrag (Seite 775), Abg. Litschauer (Seite 776), Abg. Dr. Bauer (Seite 778), Abg. Gratzner (Seite 779), LR Schimanek (Seite 779).

Abstimmung (Seite 779).

* * *

(Die anwesenden Damen und Herrn Abgeordneten erheben sich. Flankiert von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll sowie dem zweiten und dritten Präsidenten des NÖ Landtages, Koczur und Ing. Eichinger, betritt Bundespräsident Dr. Klestil vom Herrensaal aus den Sitzungssaal des NÖ Landtages. Er nimmt in der mittleren Sitzreihe unmittelbar vor dem Rednerpult Platz, neben ihm Zweiter Präsident Koczur und Landeshauptmann Dr. Pröll. Dritter Präsident Ing. Eichinger nimmt Platz am Sessel des Landeshauptmannes.)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER (um 13.00 Uhr): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt, es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung hat sich krankheitshalber der Abgeordnete Friewald entschuldigt. Ich gebe weiters dem Hohen Haus bekannt, daß Frau Abgeordnete Helene Auer in der Sitzung des Europa-Ausschusses vom 9. Februar an Stelle des Herrn Abgeordneten Mag. Kaufmann zum Obmannstellvertreter gewählt wurde. Ich bitte das Hohe Haus um Kenntnisnahme. *(Präsident Mag. Romeder erhebt sich.)*

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Bundespräsident unserer Republik hat gestern und heute unser Bundesland Niederösterreich besucht. Er war gestern in den Bezirken Mödling, Baden und Wr. Neustadt und stattet heute dem NÖ Landtag seinen Besuch ab. Bereits vorher wurde in Gesprächen mit den Vertretern des Landtages und der Landesregierung, mit den Repräsentanten des Landes Niederösterreich Kontakt gepflogen. Ich darf Dich, hochge-

schätzter Herr Bundespräsident, hier im niederösterreichischen Landesparlament, im niederösterreichischen Landtag besonders herzlich begrüßen und ich darf herzlich danken, daß Du hier den gewählten Vertretern des Landes Niederösterreich durch Deine Anwesenheit die entsprechende Aufwartung machst und damit die Verbundenheit mit der Legislative zum Ausdruck bringst. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Herr Bundespräsident! Es ist Dein Besuch hier im NÖ Landtag für alle gewählten Mandatäre dieses Landes eine besondere Auszeichnung. Wir alle wissen, die Demokratie ist verbunden mit Wahlen. Und nur freigewählte Parlamente repräsentieren die Demokratie. Gerade in der heutigen Zeit ist es besonders notwendig, diese demokratischen Aspekte besonders zu unterstreichen. Die Geschichte dieses Saales und die Geschichte dieses Hauses, der Landeshauptmann hat heute in seiner Begrüßung bereits darauf hingewiesen, ist auch die Geschichte des Landes und weist auf besondere Schwerpunkte in der Geschichte dieses Landes hin. Ich darf verweisen auf das Jahr 1848, als von dieser Stelle die Märzrevolution ausgegangen ist, durch die schließlich die ersten demokratiepolitischen Ansätze erreicht werden konnten. Nach dem 1. Weltkrieg haben sich hier die deutschsprachigen Reichstagsabgeordneten zusammengefunden, um die notwendigen Beratungen über die Entwicklung der Republik Österreich anzustellen.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In einigen Wochen wird das offizielle Österreich sich des 50-jährigen Bestandes der 2. Republik und des Wiedererstehens eines selbständigen Österreichs erinnern. Ich darf die Gelegenheit wahrnehmen, darauf hinzuweisen, daß es im Jahre 1945 die Bundesländer waren, so vor allem auch das Bundesland Niederösterreich, die an der Wiege dieser 2. Republik gestanden sind. Konnten doch erst durch die sogenannten Länderkonferenzen das Bestehen dieser Republik und die ersten freien Wahlen gesichert werden. Ich darf in dieser Stunde, Herr Bundespräsident, aber auch darauf hinweisen, daß es gerade Niederösterreicher waren - Niederösterreicher, die bereits dem NÖ Landtag in der Ersten Republik angehört haben, die dann, 1945, sich einer Wahl gestellt haben - daß es Niederösterreicher waren, die am Entstehen der 2. Republik entsprechend beteiligt waren. Ich verweise stellvertretend auf zwei niederösterreichische Persönlichkeiten, die Spitzenverantwortung getragen haben in diesem Land, die Spitzenverantwortung getragen haben

in dieser 2. Republik. Ich verweise auf Leopold Figl und auf Oskar Helmer.

In der heutigen Zeit, Hohes Haus, ist es für uns als Mandatäre aber auch ein besonderes Anliegen, daß Fragen der Bundesstaatsreform gerade im Zusammenhang mit unserem Beitritt zur Europäischen Union nicht schubladisiert werden und nicht ad acta gelegt werden. Sondern daß diese Fragen weiterhin aktuell bleiben. Und wenn der Präsident des Österreichischen Bundesrates, Jürgen Weiss, vor einigen Tagen in der Öffentlichkeit gemeint hat, daß Du, sehr geehrter Bundespräsident, nicht nur Bundespräsident, sondern ruhig auch "Länderpräsident" genannt werden darfst, dann erwarten wir damit auch von Dir durch diesen Besuch eine Dokumentation nach außen. Eine Dokumentation der Wertschätzung, des Föderalismusgedankens, der Länder und vor allem, und heute darf ich das als Präsident des Landtages besonders unterstreichen, der Bedeutung der Stellung der Landesparlamente. Sei daher hier und heute noch einmal herzlich willkommen geheißen und begrüßt. Ich darf, sehr geehrter Herr Bundespräsident, Dich nunmehr bitten, das Wort an uns zu richten. *(Beifall im Hohen Hause.)*

BUNDESPRÄSIDENT Dr. KLESTIL: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Herr Präsident des Landtages! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Es ist das erste Mal, daß ein Bundespräsident in einer Sitzung des NÖ Landtages an diesem Rednerpult steht. Ich weiß daher das Besondere dieser Stunde zu schätzen. Ich freue mich, anlässlich meiner Amtstage in Niederösterreich heute zu Ihnen sprechen zu können. Mein Gruß gilt zuerst von hier aus allen Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern und damit einem Bundesland, das die Anerkennung aller Österreicher verdient. Denn wenn sich die Republik Österreich in wenigen Wochen an ihr Wiedererstehen vor 50 Jahren erinnert, so verbindet sie das mit einem Dankeschön an dieses Bundesland, das zusammen mit Wien am schwersten unter Krieg und Besatzung zu leiden hatte. Man muß sich diese Stunde Null des Jahres 1945 in Erinnerung rufen. Zehntausende Tote unter der Zivilbevölkerung durch Kampfhandlungen und Bombardements, die Zerstörung von mehr als einem Drittel aller Wohnungen, die Vernichtung fast der gesamten Industrie, gesprengte Brücken, verbrannte Felder, erschöpfte Flüchtlinge und abertausende hungrige Soldaten der Roten Armee als Besatzungsmacht im Land. Die Angehörigen der jüngeren Genera-

tion können sich heute nur noch schwer ein Bild dieser schrecklichen Zeit machen. Wie klein werden da eigentlich die Probleme unserer Tage. Auch ich habe die Zeit um 1945 nur als Schulkind miterlebt. Aber ich erinnere mich ganz genau an die Sorgen und Nöte der Erwachsenen in diesen Tagen. Und ich habe im Ohr, wie der große Niederösterreicher Leopold Figl zu Weihnachten 1945 seinen Aufruf mit dem Appell geschlossen hat: Ich bitte euch, glaubt an dieses Österreich! Und es ist, meine Damen und Herren, dieser Glaube an das freie und unabhängige Österreich, der uns, der mich verpflichtet, alles zu tun, damit unser Land nie wieder andere Mächte über sich mitbestimmen läßt. Und aus dieser tiefen Überzeugung sage ich heute ganz klar noch einmal: Ich denke nicht daran, Österreich auf einem Weg in die Zukunft gehen zu lassen, der die Möglichkeit eines ausländischen Einflusses auf unsere Politik festschreibt. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Auch das sind wir den großen Politikern von damals und den Erfahrungen unserer Geschichte schuldig. Damals gingen von Niederösterreich zwei lebenswichtige Impulse für unsere ganze Republik aus. Zum einen der Widerstand gegen alle Versuche, in Österreich eine Volksdemokratie zu errichten, wie das in unserer östlichen Nachbarschaft geschah. Und zum anderen die feste Entschlossenheit, unser Land ungeteilt zu erhalten. Das war nur möglich, weil es über Einladung Niederösterreichs zu den damaligen historischen Länderkonferenzen im Herbst 1945 kam.

Ich möchte an vier große Niederösterreicher erinnern, die in dieser schweren Zeit neben Leopold Figl für das gesamte Land entscheidende Weichenstellungen bewirkt haben. An Bundeskanzler Julius Raab, dem wir Freiheit und Souveränität verdanken, an Oskar Helmer, den ersten Innenminister der zweiten Republik, der mit dem Kommunistenputsch - muß man wohl sagen - fertig wurde, an Otto Tschadek, Justizminister, stellvertretender Landeshauptmann Niederösterreichs, der den Rechtsstaat festigte und an Eduard Hartmann, Landwirtschaftsminister, späterer Landeshauptmann, der den grünen Plan für eine stabile Bauernschaft entwickelte. Diese Männer stehen für viele andere große Demokraten in diesem Kernland an der Donau, dessen Schicksal ganz Österreich bis in die Gegenwart in einem hohen Maße prägt. Ihnen, den gewählten Volksvertretern Niederösterreichs, möchte ich heute im Namen der Republik für die Treue und für den Einsatz danken, die Niederösterreich und seine Menschen auch in

schwierigster Zeit der Bundesrepublik Österreich gegenüber gezeigt haben.

Ich habe von der Stunde Null und der Wiederauferstehung unserer Republik gesprochen. Seither hat sich Niederösterreich in bewundernswerter Weise entwickelt. Trotz zehnjähriger harter Besatzungszeit, trotz des Eisernen Vorhanges, der das Land bis vor wenigen Jahren von seinen Nachbarn im Norden und im Osten getrennt hat, wandelte sich Niederösterreich in einem beispiellosen Prozeß radikal um. Wenn man mit offenen Augen durch das Land fährt, so wie ich das gestern tun konnte in den Bezirken Mödling, Baden, Wr. Neustadt, dann sieht man das auch auf den ersten Blick. Ich weiß, wie viele große und mittlere Unternehmen aus dem In- und aus dem Ausland sich in Niederösterreich niedergelassen haben. So entstanden auch in bisher benachteiligten Regionen dynamische wirtschaftliche Schwerpunkte. Und ich weiß auch, daß trotz der jüngsten Rezession in den letzten fünf Jahren über 40.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. Mit segensreichen Auswirkungen auf den gesamten Lebensstandard aller Niederösterreicher. Als Industrieland Nummer 1 ist Ihr Bundesland ein Konjunkturmotor ganz Österreichs. Ich bin darüber hinaus überzeugt, daß der große Markt in der Europäischen Union auch vielen NÖ Unternehmen wirtschaftliche Vorteile bringt, wenn sie ihren geographischen Vorteil nützen. Und ich konnte mich gestern in Wr. Neustadt, in dem Betriebsansiedlungs-, Technologie- und Innovationszentrum davon überzeugen, daß hier sehr, sehr viel von Niederösterreich geleistet wird. Auch Ihr Verbindungsbüro in Brüssel kann dafür sicher wertvolle Dienste leisten.

Mir ist bewußt, daß mittlerweile die Ostöffnung auch Belastungen für die Menschen in Grenznähe mit sich gebracht hat. Vor allem durch das zusätzliche Verkehrsaufkommen in der Ostregion. Die Antwort lautet aber sicher nicht Abschottung. Langfristig wird gerade Niederösterreich von der wirtschaftlichen Entwicklung in den Nachbarländern besonders profitieren. So hat sich ja schon gezeigt, daß die heimische Wirtschaft trotz des niedrigeren Lohnniveaus in den neuen Demokratien jenseits der Grenze nicht nur Bestand, sondern Erfolg haben kann. Und vergessen wir nicht, daß wohlhabende Nachbarn eben auch sichere Nachbarn sind. Der Begriff der Sicherheit - und wir haben Gelegenheit gehabt, heute Vormittag das näher zu diskutieren - geht ja über den militärischen Bereich längst hinaus. Wenn wir an das organisierte Verbrechen, an die Wanderungsbe-

wegungen, an die Drogenkriminalität, an die Umweltschäden denken, um nur einige Beispiele zu nennen. Es kann daher auch aus niederösterreichischer Sicht keine sinnvollere Investition in unsere Sicherheit geben, als die Unterstützung der Reformpolitik im Osten. Lassen Sie mich auch hier aus aktuellem Anlaß ein Wort zur Sorge der Menschen über die Atomkraftwerke in unserer Nachbarschaft sagen. Österreichs langfristiges Ziel ist und bleibt ein atomfreies Mitteleuropa. Und wir werden weiterhin dafür eintreten. Allerdings meine ich, daß wir uns auch fragen müssen, wie wir unseren Nachbarn beim Atomausstieg helfen können. Denn eine gesicherte Energieversorgung ist für diese eine Voraussetzung für die Aufwärtsentwicklung, an der auch wir interessiert sind. Ich glaube daher, daß wir das Gespräch mit den Nachbarn nicht abreißen lassen dürfen. Und ich werde neuerlich im Mai bei einem Treffen der mitteleuropäischen Staatspräsidenten, diesmal am Plattensee in Ungarn, auch die Frage der Atompolitik zur Sprache bringen. Diese nunmehr bereits regelmäßigen jährlichen Treffen sind Teil einer Politik, die auf die schrittweise Heranführung der mittel- und osteuropäischen Nachbarn an die Europäische Union abzielt. Österreich will eine Andockplattform sein. Und gerade der Wirtschaftsstandort Niederösterreich kann und wird hierbei eine zentrale Rolle spielen.

Meine Damen und Herren! Niederösterreich ist bei all seiner industriellen Dynamik noch immer Österreichs wichtigstes Agrarland. Der bäuerliche Charakter ist in vielen Teilen des Landes erhalten geblieben. Dazu hat auch eine großartige Dorferneuerung beigetragen. Es freut mich, daß dieses Land mit seiner herrlichen Donauregion, mit seinen Domen und Stiften, mit den Burgen und Schlössern auch auf dem besten Weg ist, zu einem Anziehungspunkt für den internationalen Fremdenverkehr zu werden. Vor allem für jenen gehobenen Kulturtourismus, der zunehmend Bedeutung erlangt. Das alles setzt freilich voraus, daß auch die Felder und Wälder, die Weingärten, die Almen bewirtschaftet werden und daß die Produkte des Landes, der heimische Wein, von einer anspruchsvollen Gastronomie angeboten werden. Wir brauchen dazu weiterhin eine lebensfähige Bauernschaft mit gewachsenen Familienbetrieben und müssen daher mit vollem Einsatz um den Bestand eines jeden einzelnen Bauernhofes kämpfen. Ich weiß und schätze, wie sehr sich gerade das Agrarland Nummer 1 dafür engagiert.

Lassen Sie mich auch an ein Naturjuwel - und ich weiß, daß das ein umstrittener Punkt ist - lassen Sie mich an ein Naturjuwel erinnern, das wir in unseren Donauauen östlich von Wien besit-

zen. Ich glaube, daß eine Entscheidung für den Nationalpark fällig ist. Die Glaubwürdigkeit unserer Natur- und Umweltpolitik steht mit dieser Frage auf einem Prüfstein.

Meine Damen und Herren! In diesem Hohen Haus weht der Geist Österreichs, eines weltoffenen, mit der Welt verbundenen Landes im Herzen Europas. Die Fresken in diesem herrlichen Saal symbolisieren sehr beziehungsweise die Erdteile. Von hier aus nahm auch die bürgerliche Revolution des Jahres 1848 ihren Ausgang, hier schlug 1918 die Geburtsstunde der ersten Republik und hier fanden sich 1945 die österreichischen Bundesländer zusammen. Die Idee Österreich lebt hier weiter in wohlverstandener Subsidiarität, die auch den kleineren Einheiten in den Ländern, den Gemeinden, ihren wichtigen Platz und ihren Entfaltungsraum gewährt. Ich möchte daher auch von hier aus sehr herzlich die Gemeinden und die Gemeindevertreter Niederösterreichs grüßen. In ihnen gestaltet sich am unmittelbarsten das tägliche Leben der Menschen. Und sie sind es auch, die in hohem Maße jenes Bild prägen, das sich die Bürger von ihrer Heimat machen.

Meine Damen und Herren! Die Welt um uns wandelt sich in einem atemberaubenden Tempo. Aufgaben, für deren Lösung es vielfach überhaupt kein Vorbild gibt, stehen uns bevor. Wir werden sie nur dann bewältigen, wenn wir zusammenstehen und aufgeschlossen ans Werk gehen. Eine Politik der Zukunft darf nicht hinter den Entwicklungen herlaufen, sondern sie muß vorausdenken und mitbestimmen. Die große Chance Niederösterreichs besteht darin, dank der Wirtschaftskraft, dank der Dynamik ein Vorreiter für vieles in diesem Zusammenhang zu sein. Ich weiß um Ihren Mut und Ihre Klugheit, den Vorteil der geographischen Lage und der stabilen Strukturen dieses Bundeslandes auch weiterhin optimal zu nützen. Und in diesem Sinne wünsche ich dem Hohen Landtag, dem Land Niederösterreich und allen Landesbürgern das Beste für eine gemeinsame Zukunft. *(Beifall im Hohen Hause.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hoch geschätzter Herr Bundespräsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf namens der Mandatare dieses Hauses Dir, sehr geehrter Herr Bundespräsident, noch einmal ein Danke sagen für den Besuch hier im NÖ Landtag. Ich möchte aber einen besonderen Dank zum Ausdruck bringen für die anerkennenden Worte für die Menschen und ihre Leistung. Für die Leistung der

Verantwortungsträger im Jahre 1945 um die Geschicke dieses Landes. Ich möchte aber auch danken für die Anerkennung der Leistungen der Mandatare und der Menschen in diesem Land in der heutigen Zeit. Noch einmal ein herzliches Danke für den Besuch im Niederösterreichischen Landesparlament.

(Beifall im Hohen Hause. Präsident Mag. Romeder verabschiedet den Herrn Bundespräsidenten per Handschlag. Unter anhaltendem Beifall der Abgeordneten, die sich von ihren Plätzen erhoben haben, wird der Herr Bundespräsident von Landeshauptmann Dr. Pröll sowie von Zweiten Präsidenten Koczur und Dritten Präsidenten Ing. Eichinger hinaus geleitet. Der Herr Bundespräsident verläßt den Sitzungssaal über den Prälatensaal.)

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen damit zum zweiten Tagesordnungspunkt und ich bringe dem Hohen Haus folgenden Einlauf zur Kenntnis *(liest)*:

Ltg. 270/A-3/19 - Antrag der Abgeordneten Gratzner u.a. betreffend Verhinderung der Einspeisung von Atomstrom aus Mochovce in den geplanten 380 kV-Ring.

Ich habe dieses Geschäftsstück am 31.1.1995 dem Umwelt-Ausschuß zugewiesen. Das Geschäftsstück steht bereits heute auf der Tagesordnung, nachdem es der Umwelt-Ausschuß bereits behandelt hat.

Ltg. 274/E-1/21 - Eingabe der Stadtgemeinde Deutsch-Wagram betreffend das Atomkraftwerk Mochovce.

Ich weise hiemit diese Vorlage dem Umwelt-Ausschuß zur weiteren Beratung zu.

Ltg. 271/H-2/4 - Vorlage der Landesregierung betreffend Landeshaftung für die Ausstellung 1995 "Menschen nach dem Krieg - Schicksale von 1945 - 1955" auf der Schallaburg und

Ltg. 272/H-11/9 - Vorlage der Landesregierung betreffend Eggenburg, Sonderkrankenanstalt, 1. Bauabschnitt.

Ich darf bekanntgeben, daß ich beide Geschäftsstücke am 1.2.1995 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuß zugewiesen habe. Beide Vorlagen wurden dort plenumreif behandelt und stehen

daher heute auf der Tagesordnung dieser Sitzung.

Ltg. 275/A-5/24 - Anfrage des Abgeordneten Dkfm. Rambossek an LR Mag. Freibauer betreffend Beteiligung des Landes Niederösterreich an den Beitrittskosten zur Europäischen Union.

Hiezu darf ich bekanntgeben, daß ich am 21.2.1995 den Herrn Landesrat gebeten habe, nach den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung die Beantwortung durchzuführen.

Ich darf weiters bekanntgeben, daß die Anfragebeantwortungen des Herrn Landesrates Blochberger zu Ltg. 256/A-5/22, Anfrage des Abgeordneten Preiszler betreffend überdurchschnittlich hoher Anteil an Ausländern in der Marktgemeinde Mannersdorf, sowie zu Ltg. 263/A-5/23, Anfrage des Abgeordneten Gratzner betreffend Tierversuche, eingelangt sind. Die Anfragebeantwortungen haben folgenden Inhalt:

Beantwortung der Anfrage des Abg. Preiszler an LR Blochberger vom 23. Dezember 1994, Ltg. 256/A-5/22, betreffend überdurchschnittlich hoher Anteil an Ausländern in der Marktgemeinde Mannersdorf:

"Zu 1.:

Aufgrund eines Berichtes der Bezirkshauptmannschaft Bruck a.d. Leitha befanden sich mit Stand 31. Dezember 1994 im Verwaltungsbezirk Bruck a.d. Leitha 3.298 angemeldete Ausländer. Informationen über illegale Aufenthalte von Ausländern liegen nicht vor.

Zu 2.:

Mit Stand 11. Jänner 1995 waren laut Auskunft der Bezirkshauptmannschaft Bruck a.d. Leitha in der Marktgemeinde Mannersdorf insgesamt 303 Ausländer angemeldet. Informationen über illegale Aufenthalte von Ausländern liegen nicht vor.

Zu 3.:

Mit Stand 11. Jänner 1995 befanden sich im Ortsteil Wasenbruck 209 angemeldete Ausländer. In Wasenbruck wurde am 18. Jänner 1995 durch die fremdenpolizeiliche Abteilung der Bezirkshauptmannschaft Bruck a.d. Leitha in Zusammenarbeit mit Organen der Bundesgendarmerie eine nächtliche Kontrolle durchgeführt. Diese ergab

keine Hinweise auf illegale Aufenthalte von Ausländern in Wasenbruck.

Bei den Ausländern in Wasenbruck handelt es sich um Gastarbeiter und deren Familienangehörige, die sich fast alle schon jahrelang in Österreich aufhalten. Viele haben aufgrund eines schon über fünf Jahre dauernden Aufenthaltes eine unbefristete Aufenthaltsbewilligung.

Diese Gastarbeiter wohnen mit ihren Familien in insgesamt vier Häusern. Da es sich bei diesen Häusern um private Miethäuser handelt, ist eine Einflußnahme auf die Mietverträge nicht möglich.

Bemerken darf ich, daß bei der Bezirkshauptmannschaft Bruck a.d. Leitha bisher keine Beschwerden über die Gastarbeiter in Wasenbruck bekannt geworden sind und es auch in strafrechtlicher Hinsicht bisher keine Beanstandungen gab."

Beantwortung der Anfrage des Abg. Gratzner an LR Blochberger vom 12. Jänner 1995, Ltg. 263/A-5/23, betreffend Tierversuche in Niederösterreich.

"Zu 1.:

Das Tierversuchsgesetz 1988 ist mit 1. 1. 1990 in Kraft getreten. Seither wurden in Niederösterreich folgende Tierversuche bewilligt:

1990	61
1991	19
1992	13
1993	14
1994	15
1995	1

Zu 2.:

In Niederösterreich haben 5 Träger von Tierversuchseinrichtungen eine Bewilligung gemäß § 6 des Tierversuchsgesetzes 1988 als Tierversuchseinrichtung, wobei ein Träger einer Tierversuchseinrichtung an einem Standort 4 derartige Einrichtungen betreibt. Aus datenschutzrechtlichen Gründen können Namen und Adressen nicht bekanntgegeben werden.

Zu 3.:

90 % der verwendeten Versuchstiere sind Nagetiere, wie Mäuse, Ratten, Hamster und Meerschweinchen, ca. 9 % Kaninchen, der Rest verteilt sich auf landwirtschaftliche Nutztiere, wie Schafe, Ziegen, Fische, Hunde und Affen.

Von den Nagetieren überlebt grundsätzlich jedes Tier den Versuch, wobei jedoch Tiere, die eine Infektionsgefahr darstellen (z.B. Impfstoffüberprüfung), nach Versuchsende schmerzlos getötet werden müssen. Die restlichen Nagetiere werden lebend an Tiergärten verschenkt, ebenso ein Großteil der Kaninchen.

Die Schimpansen und Rhesusaffen stehen jahrelang im Versuch und versterben grundsätzlich nicht auf Grund des Versuches. Das gleiche gilt auch für landwirtschaftliche Nutztiere.

Generell kann festgestellt werden, daß nur ein geringer Prozentsatz der bei den Tierversuchen verwendeten Tiere getötet werden muß. Die genaue Anzahl ist nicht bekannt, da sie vom Träger der Tierversuchseinrichtung nicht gemeldet werden muß.

Zu 4.:

Bei den der Behörde gemäß § 9 TVG 1988 gemeldeten bzw. § 8 leg. cit. bewilligten Tierversuchen werden die Ziele des Tierschutzes verfolgt.

Bei jedem Tierversuch wird von einem veterinärfachlichen Amtssachverständigen geprüft, ob dieser Tierversuch mit den Bestimmungen des Tierversuchsgesetzes bzw. des NÖ Tierschutzgesetzes in Widerspruch steht. Bei allen durchgeführten Prüfungen war kein Widerspruch gegeben und konnten somit sowohl die Ziele des Tierversuchsgesetzes als auch des Tierschutzgesetzes erreicht werden.

Weiters ist grundsätzlich festzustellen, daß jede Tierversuchseinrichtung auf Grund des TVG 1988 einer regelmäßigen Überprüfung unterliegt und in deren Rahmen auch geprüft wird, ob die Ziele des Gesetzes sowie des Tierschutzes berücksichtigt werden."

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Die Abgeordneten Kurzreiter, Lugmayr, Hiller, Mag. Schneeberger, Nowohradsky und Dr. Mautner Markhof haben nach den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung einen Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde mit dem Thema "Agrarpolitik in Niederösterreich, Förderungen für die Landwirtschaft" unter der Geschäftszahl Ltg. 273/A-8/8 eingebracht. Es wurde beantragt, die Aktuelle Stunde am Beginn der heutigen Sitzung abzuhalten. Nach den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung darf ich darüber abstimmen lassen. *(Nach Abstimmung darüber):* Einstimmig angenommen!

Wir kommen damit zur Aktuellen Stunde. Ich verweise auch diesmal, obwohl wir in letzter Zeit sehr oft Aktuelle Stunden abgeführt haben, darauf, daß eine Redezeitbeschränkung gegeben ist. Der Antragsteller, wie auch die Mitglieder der Landesregierung, haben eine Redezeit von 15 Minuten, die Mitglieder des Landtages, die sich als Diskussionsredner melden, eine solche von 10 Minuten. Ich bitte auch diesmal, diese Redezeit unbedingt einzuhalten.

Und nun darf ich den Herrn Abgeordneten Kurzreiter als Erstantragsteller ersuchen, die Darlegung der Meinung der Antragsteller hier vorzubringen.

Antragsteller Abg. KURZREITER (ÖVP):
Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vor dem 12. Juni 1994 wurde im Zuge der Verhandlungen über das Europa-Abkommen das Solidarpaket beschlossen, das die finanziellen Voraussetzungen festlegte, die den österreichischen Bauern den Weg in die EU ermöglichen und gleichzeitig die zentralen Ziele der österreichischen Agrarpolitik für die Zukunft absichern sollen.

Nach langen und schwierigen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über die Finanzierung dieser Ausgleichszahlungen konnten diese am 31. Jänner dieses Jahres erfolgreich abgeschlossen werden. Aus der Sicht Niederösterreichs als größtes und wichtigstes Agrarland unserer Republik bestand an der Notwendigkeit die-

ses Solidarpaktes und daran, daß die vor der EU-Abstimmung gemachten Zusagen vollständig und zeitgerecht eingehalten werden müssen, nicht der geringste Zweifel. Die harte und konsequente Verhandlungsführung von seiten des Finanzreferenten des Landes Niederösterreich, Landesrat Mag. Freibauer, war von einem großen Verantwortungsbewußtsein für das Land Niederösterreich, seine Bürger und auch seine Bauern getragen. Es ist damit gelungen, die Bestrebungen von seiten des Finanzministers, auf Kosten und zu Lasten der Länder das Bundesbudget zu entlasten, zu verhindern. Der Finanzierungsschlüssel 60:40 wurde wohl für alle permanenten Förderungen vereinbart, nicht aber für einmalige Maßnahmen. Es ging auch sehr wesentlich darum, ob innerhalb der Bundesländer die Mittelaufbringung nur nach der Agrarquote oder nach der Bevölkerungsquote oder eventuell nach einer Mischform erfolgt. Letzteres ist ja dann zum Tragen gekommen. Auch der Versuch, die Anteile im Finanzierungsschlüssel einseitig zugunsten des Bundes und zu Lasten der Länder zu verschieben, wobei sich der Bund sogar gegenüber seiner bisher aufgebrauchten Marktordnungsmittel beachtliche Summen eingespart hätte, konnte letztlich durch diese konsequente Haltung Niederösterreichs verhindert werden. Ich möchte diese Fakten deshalb besonders herausstreichen, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil es sonst noch zu einer deutlich größeren finanziellen Belastung für die Länder gekommen wäre und man deshalb sicher von einer sehr verantwortungsbewußten Verhandlungsführung, wie schon gesagt, gerade auch von seiten Niederösterreichs sprechen kann.

Kurz zum Verhandlungsergebnis: Von den Ländern sind in den nächsten vier Jahren 18 Milliarden Schilling für die Landwirtschaft aufzubringen, 42 Milliarden vom Bund, 57 Milliarden Schilling werden von der EU aufgebracht. Ich sehe es als einen wesentlichen Verhandlungserfolg der Länder, daß der Bund hier einen großen Teil der bisherigen Marktordnungsmittel einbringen muß. Das Land Niederösterreich stellt heuer 1,1 Milliarden Schilling sowie weitere 420 Millionen Schilling für Lagerabwertung und degressiven Preisausgleich zur Verfügung. Die Förderungen werden zum Teil schon ab Mitte Februar über die Agrarmarkt Austria an die Bauern ausbezahlt. Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist sichergestellt, daß alles, was den Bauern im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt zugesagt wurde, auch eingehalten wird. Dazu steht letztlich diese Bundesregierung und dazu steht auch in ganz besonderem Maße das größte agrarische Bundesland Niederösterreich. Diese für unsere

Bauern so erfreuliche Feststellung ist unter anderem für die ÖVP-Fraktion hier im NÖ Landtag der Anlaß, bei dieser Landtagssitzung diese Aktuelle Stunde zu beantragen, was ich hiemit tue.

Natürlich sind die notwendigen budgetmäßigen Beschlüsse hier im Landtag erst zu fassen, für mich besteht aber daran kein Zweifel. Daß sich damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, die finanzielle Situation unseres Landeshaushaltes weiter verschlechtert und die Budgetentwicklung letztlich eine sehr besorgniserregende ist, das ist uns, glaube ich, allen klar. Ein generelles Umdenken, neue Wege, sowohl im Bereich der Einnahmen als auch auf der Ausgabenseite, sind hier sicher unerlässlich. Hier sind wir alle, die wir Verantwortung für dieses Land tragen, voll gefordert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die aktuelle Situation im agrarischen Bereich zeigt aber ganz dramatisch, wie notwendig diese Mittel aus dem Solidarpakt für die Bauern sind. Es sind dies für den Fortbestand der Landwirtschaft in Österreich unverzichtbare Zahlungen. Ich möchte diesen Satz ganz besonders hervorstreichen. Die Preiseinbußen bei manchen Agrarprodukten, zum Beispiel bei Milch, sind wesentlich größer als befürchtet, bis zu S 2,- pro Liter, trotz degressiver Ausgleichszahlung. Damit liegt der österreichische Milchpreis derzeit am untersten Ende aller EU-Länder. Daß dafür auch innerösterreichische Fehler, Schwächen und Versäumnisse im Verarbeitungs- und Vermarktungsbereich Mitschuld tragen, möchte ich auch ganz deutlich erwähnen. Ich kann mich aber aus Zeitgründen heute nicht näher damit befassen. Daß aber in diesem Bereich mit allem Nachdruck an einer Verbesserung der Situation gearbeitet werden muß, nicht zuletzt im Interesse der Bauern und der Konsumenten, ist wohl mittlerweile allen Verantwortlichen in diesem Bereich klar geworden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist mir aber ein persönliches Bedürfnis, noch eine sehr interessante politische Dimension im Zusammenhang mit diesen sehr schwierigen Verhandlungen über die Finanzierung des Europa-Paketes für die Bauern aufzuzeigen.

Während die Einen ihre Aufgabe und ihre Verpflichtungen mit großem Verantwortungsbewußtsein wahrgenommen haben, haben die Anderen nur kritisiert und die Bauern in einer schwierigen Phase zusätzlich verunsichert, indem man ihnen ständig erklärt hat, daß diese Ausgleichszahlungen ja ohnehin nie kommen werden. Eine

Woche nach der Einigung zwischen Bund und Ländern ließ dann der Führer der Freiheitlichen, Dr. Haider, bei der Pressestunde im Fernsehen die Katze aus dem Sack. (*Zwischenruf bei Abg. Gratzler.*) Er erklärte nämlich wörtlich: "Zum zweiten würde man verlangen, daß man die derzeitigen Subventionen um 50 Prozent streicht. Das tut niemandem weh, nicht einmal der Landwirtschaft, weil die Landwirtschaft sehr stark abhängig ist von Kooperationsförderungen, die also ganz wesentlich auch vom Bund und Ländern und von der EU getragen werden müssen." Der Verweis auf Kooperationsförderung seitens der Länder und der EU ist hier völlig fehl am Platz, weil die Leistungen der Länder und der EU von der Bereitstellung der Bundesmittel abhängig ist. Kürzt nämlich der Bund seine Mittel, sinken automatisch auch die Landes- und die EU-Mittel. In Summe kostet das Haider-Sparpaket den Bauern allein im Bereich der dauerhaften Förderungen etwa 6,5 Milliarden Schilling jährlich aus nationalen Mitteln und EU-Mitteln. Die Landwirtschaft würde damit unter das Förderungsniveau vor der EU gedrückt. Und daß Dr. Haider in dieser Pressestunde besonders kreativ war, zeigt ja, daß er gleich in einem Atemzug auch eine Erhöhung der Grundsteuer im Bereich des Grund und Bodens eben, und hier sind ja auch die Bauern die Hauptbetroffenen, verlangt hat. Die Freiheitliche Partei und ihre agrarischen Vertreter sind in den letzten Wochen und Monaten im ganzen Land herumgezogen und haben die Bauern verunsichert, indem sie erklärt haben, daß die Ausgleichszahlungen für die Bauern ohnedies nicht kommen. (*Abg. Marchat: Die braucht niemand mehr zu verunsichern. Die sind schon verunsichert! Kennst Du den Grünen Bericht nicht?*)

Herr Kollege Marchat! Ich weiß nicht, ob es eine sinnvolle und nützliche Vorgangsweise ist, gerade in dieser jetzt so schwierigen Zeit die Bauern in der Richtung zusätzlich zu verunsichern, daß man sagt, diese versprochenen Ausgleichszahlungen werden nicht kommen. Jetzt zeigt sich klar und deutlich, daß die notwendigen Beschlüsse sehr wohl rechtzeitig gefaßt und umgesetzt wurden. Die einzigen, die bisher gegen Maßnahmen für die Bauern gestimmt haben, waren die Freiheitlichen. Etwa im Bereich der Abschaffung der Düngermittelabgabe und der Verwertungsbeiträge bei Getreide. Jetzt, nachdem das Finanzierungspaket im Gesamtausmaß feststeht, will der Parteiboss der Freiheitlichen, Dr. Haider, die vereinbarten Zahlungen der Bauern, wie schon gesagt, um fast 7 Milliarden Schilling allein im heurigen Jahr kürzen. Die freiheitliche Agrarpolitik hat sich schon bisher auf Kritik ohne jede vernünftige Alternative beschränkt

und verliert mit diesen Haider-Aussagen den letzten Rest von Glaubwürdigkeit. Ich bin fest überzeugt, daß unsere Bauern dieses eigenartige Doppelspiel durchschauen und jenen weiterhin ihr Vertrauen schenken, welche bisher und auch in Zukunft versuchen, ihre Interessen bestmöglich wahrzunehmen, die Existenz unserer bäuerlichen Familienbetriebe zu sichern und eine flächendeckende Land- und Forstwirtschaft in Österreich und in Niederösterreich zu erhalten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG (LIF): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich stehe etwas ratlos hier, weil ich kann mich noch erinnern, wie empört die ÖVP über die Aktuelle Stunde der FPÖ war. Und jetzt ist selbst eine eingebracht worden. Der Titel allein gibt mir schon zu denken. Es geht wieder nur um die Agrarpolitik in Niederösterreich, um Förderungen für die Landwirtschaft. Alles dreht sich nur um Förderung, um die Zahlungen. Bitte, wo wird endlich nach dem Konzept gefragt? Es ist üblich, daß man eine Förderung als Überbrückung einsetzt. Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß der österreichische Steuerzahler - man muß Österreich als Gesamtes sehen - sich ständig bereiterklären wird, daß hier Milliardenbeträge in eine Landwirtschaft gesteckt werden, die eigentlich durch Absaugorganisationen - so würde ich diese Kammern bezeichnen und die ganzen Vertriebsorganisationen - gesteuert werden. Denn eine andere Aussage, glaube ich, kann man zu diesen Institutionen und Organisationen nicht treffen. Es sind ja heute schon mehr Leute damit beschäftigt, die Bauern zu verunsichern, als ihnen zu helfen. Das muß ich schon einmal klar festhalten.

Ich glaube, grundsätzlich beginnt es ja schon damit, daß man den Bauern nie erklärt hat, welche Probleme - und darauf komme ich immer wieder zurück bei meinen Reden - durch das GATT-Abkommen entstanden wären. Hätte man das erklärt, dann bräuchte man heute nicht, so wie es die Freiheitlichen tun, in der Agrarpost zu inserieren, "Katastrophe EU - und was nun?" Ich kann den Bauern nur raten, vorsichtig zu sein. Denn wenn man diese Veröffentlichung durchliest, diese Annonce, die ich sehr bestaunt habe, weil die kostet sicher dreimal so viel wie unser ganzes Jahresbudget der Liberalen ausmacht. Aber sie ist im wesentlichen nicht schlecht, weil sie aufzeigt, welches Schindluder getrieben wird mit den

Geldern der Bauern, die wirklich nicht zuviel haben. Auf der anderen Seite, wenn man es genau durchliest, sieht man, daß hier der gleiche Dilettantismus herrscht, wie vorher. Sonst könnte es nicht sein, daß zum Beispiel Aussagen über betriebswirtschaftliche Fakten gemacht werden und man zum Beispiel den Verkaufserlös mit den Gestehungskosten verwechselt. Wie kann man unter Gestehungskosten produzieren, Herr Kollege Marchat? Das kann niemand! Aber das sind betriebswirtschaftliche Grundsätze, die eigentlich die kennen sollten, die sich zur Kritik berufen fühlen. Sonst entsteht doch wieder Verwirrung. *(Abg. Marchat: Das beweist, daß Du kein Bauer bist!)*

Wenn ich heute schreibe, ich produziere unter den Gestehungskosten und gebe soviel Geld aus, dann nehme ich mir einen Berater. Der kostet weniger und Sie wirken dann seriöser.

Der nächste Punkt, den ich auch klar in dieser Sache festhalten möchte ist, daß das selbstverständlich zu Lasten derer geht, die verantwortlich waren, daß heute eine F-Partei derartige Forderungen erheben kann für soziale Gleichstellung. Es ist ein Skandal in einem Sozialstaat - und wir bezeichnen uns als solcher - daß eine Berufsgruppe so benachteiligt wird. Wenn heute diese Freiheitlichen Forderungen stellen können, dann, muß ich sagen, haben die, die vorher das Ruder in der Hand gehabt haben, versagt. Herr Landesrat, so sehe ich es!

Ich möchte noch einmal auf Niederösterreich zurückkommen. Grundsätzlich ist ja die Schuldzuweisung und das ganze Politgeplänkel jetzt vor den Gemeinderatswahlen, der Bauernkammerwahl normal. Wir kennen das alles. Nur die Situation ist nicht normal. In der Situation, in der sich heute die Bauern befinden, ist es wirklich angebracht, ihnen eine Lösung vorzuzeigen, wo der Zug hinfahren wird. Und da, muß ich sagen, ist es einmal so, daß nicht die demokratische Entscheidung, sondern die statistische Zahl in Europa zeigt, daß die Bauern ungefähr um 30 % noch abnehmen werden. Das sind Fakten, die von Fachleuten erarbeitet werden und nicht von Politikern. Gottseidank, sonst wären die Zahlen ohnehin falsch. Ich glaube aber, daß, wenn man das so sieht, man auch darauf eingehen muß, daß zum Beispiel in Niederösterreich von 70.000 landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Betrieben nur mehr ein Drittel nicht im Nebenerwerb bewirtschaftet wird. Das heißt, wir müssen auch die Gesetze dorthin bringen, zum Beispiel das Gewerberecht, daß die Bauern in die Lage versetzt werden, Alternativproduktionen, Alternativlösungen zu finden. Noch dazu, wo

Niederösterreich ja ein Viertel der landwirtschaftlichen Betriebe hat und fast drei Viertel der Österreicher ernähren kann. Wir sehen, daß wir hier einen Schwerpunkt haben und wir sehen auch, daß Niederösterreich auch im Tourismus - das wird heute auch noch ein Thema sein - sehr stark von der Landwirtschaft abhängt. Diese Integration, die Integration der Landwirtschaft in den Tourismus, wird ja gesetzmäßig nicht nachvollzogen. Die grundsätzliche Frage für uns im Landtag müßte eigentlich sein, in dem Konzept, das vorhanden sein müßte, Lösungen mit den Mitteln zu finden, die am Tisch liegen. Immer wieder wird gefragt, wieviel wird denn jetzt gezahlt? Es ist alles klar: Es stehen zur Verfügung für die nächsten fünf Jahre 22 Milliarden aus der EU. Und ich bin froh, daß mein Vorredner schon betont hat, daß die wirklich zur Verfügung stehen und nicht, wie immer wieder behauptet wird in Zeitungen, das Geld kommt sowieso nicht. Die Aufteilung ist auch klar. Ziel 1-Gebiet: 2,21 Milliarden; Ziel 2: 1,35; Ziel 3-4: 5,3; Ziel 5a und 5b: 5,18 und 5,5 Milliarden Schilling. Also es sind alle Zahlen bereits am Tisch. (*Zwischenruf bei Abg. Marchat.*) Ich weiß nicht, Herr Abgeordneter, wir können nachher eine Diskussion führen, vielleicht lernen Sie davon. Aber momentan möchte ich hier fortfahren.

Grundsätzlich ist es so, daß nur 10 % der Beträge für Gemeinschaftsinitiativen zur Verfügung bleiben, das sind 2,27 Milliarden. Diese Gelder sind festgeschrieben, die sind entschieden von Brüssel. Die sind in den Gesprächen zwischen unserer Regierung und Brüssel entschieden worden. Und daher, glaube ich, sollte man darüber nicht mehr diskutieren und die Zeit verschwenden und verunsichern.

Ich würde aber gerne sehen, wenn man mit der gleichen Aktivität, mit der man jetzt hier eine Aktuelle Stunde nach der anderen zu diesem Thema abhält, sich damit beschäftigt, wo es hingehen wird. Wir müssen die Bauern genauso sehen wie die Bundesbahn, wie die Verstaatlichte. Da gehe ich mit dem Herrn Klubobmann Dr. Bauer konform, mit den Aussagen aus seiner letzten Rede. Denn irgendwie muß einem ja zu denken geben, daß nur die Bauern diejenigen sind, die sich in einer katastrophalen Situation befinden. Und die Nachfolgeorganisationen, die haben überhaupt kein Problem, daß sie 30 Millionen Abfertigung zahlen für irgendeinen, den man nicht mehr braucht und so fort. Da ist ja etwas faul daran, daß nur die nicht mehr leben können, die eigentlich produzieren und an der Wurzel anfangen. Hier sollten Analysen eigentlich Umschichtungen verursachen, wenn man etwa

sieht, daß wir 20 % höhere Gestehungskosten - damit liege ich jetzt richtig, Herr Abgeordneter - höhere Gestehungskosten bei der Milchproduktion und bei der Milchverwertung zu tragen haben gegenüber Bayern zum Beispiel. Obwohl die Bayern sicher viel höhere Löhne haben. Da muß man ja einmal zu denken beginnen. Ich möchte meine Redezeit nicht überziehen, ich darf nur sagen, daß es empfehlenswert wäre, daß man sich mit neuen Linien in der Form beschäftigt. Jeder weiß, ich bin ein Freund des Pferdesportes. Aber es ist eigentlich nicht richtig, daß Bauern, die umstellen auf Pferdebetrieb, bestraft werden, sofort keine Unterstützung mehr bekommen und allein und auf sich selbst angewiesen dastehen und umstrukturieren müssen. Ich bin nicht für laufende Subventionen. Aber eine Umstellungsunterstützung müßte man jedem gewähren, der versucht, von den Subventionen wegzukommen.

Wir als Liberale würden auch eine Novellierung des Gewerberechtes, das habe ich schon gesagt, noch einmal vorschlagen und im wesentlichen ist die Diskussion bitte in eine andere Richtung zu führen. Nicht nur Subventionen und über Fakten, sondern über die Zukunft, über das Unbekannte, wo geht's lang. (*Beifall bei LIF.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Marchat.

Abg. MARCHAT (*FPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich glaube, alleine der Titel dieser Aktuellen Stunde sagt schon viel aus: Agrarpolitik in Niederösterreich, Förderung für die Landwirtschaft. Der Begriff Förderungen ist der, in den sich die ÖVP jetzt verbeißt. Der Begriff Förderungen muß endlich fallen. Und genau das hat auch der Bundesobmann in der Pressestunde gemeint, Herr Abgeordneter Kurzreiter. Aber ich werde Ihnen das schon erklären, ich habe ja 10 Minuten Zeit. Vielleicht verstehen Sie es dann auch. Die Bauern verstehen es nämlich sehr wohl. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Ich gebe dem Kollegen Ing. Dautzenberg recht. Da steht einer heraußen, begründet eine Aktuelle Stunde und bringt nicht einmal einen Lösungsvorschlag. Es war kein einziger Lösungsvorschlag drinnen, wie man die Situation der Bauern endlich bereinigen könnte, daß man die Einkommen in den Griff bekommt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir können nur über das Einkommen zu einer Agrarpolitik kommen, daß der Bauer am Anfang des Jahres weiß, was er verdient. Ich vergleiche das jetzt einmal mit einem Kollektivvertrag. (*Abg. Kurzreiter: Herr Kollege, das weiß er doch nie! Das wußte er auch in der Vergangenheit nicht!*) Aber dort müssen wir hin. Das weiß ich schon, daß Ihr noch eine Bauernpolitik wie vor 50 Jahren macht, das sieht man ja an dem Pferd, das Ihr plakatiert. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Die freiheitliche Parlamentsfraktion hat bei dieser Sondersitzung zur Lage der Landwirtschaft einen Antrag eingebracht, daß die Einkommen der Bauern endlich verfassungsrechtlich niedergeschrieben werden. Und zwar nicht mit einem Förderungsprogramm, sondern daß man dem Bauern, der Vollerwerbsbauer ist, einen gewissen Fixbetrag jedes Jahr zur Verfügung stellt, zusätzlich eine Flächenprämie. Das heißt, am Anfang des Jahres, am 1. Jänner weiß ich, was ich Ende des Jahres einmal verdient habe; ähnlich einem Kollektivvertrag. Zusätzlich kann der, der mehr arbeitet, wie auch in der Wirtschaft, mittels Überstunden bekommt er dort mehr bezahlt, über sein Produkt noch mehr verdienen. Ein total seriöses Modell wäre dieser, unser Vorschlag. (*Zwischenruf bei Abg. Uhl.*) Karl, Du verstehst nichts von der Landwirtschaft, laß mich reden. Ich rede auch nicht über Deine Gewerkschafter! (*Beifall bei der FPÖ. - Heftige Unruhe im Hohen Hause.*)

Warum soll ein Bauer vom Einkommen her immer benachteiligt sein gegenüber dem Arbeiter?

Dieser Kollektivvertrag muß daher die Forderung sein. Und das kann man nur mit einem Bundesverfassungsgesetz niederschreiben. Doch haben sowohl die Abgeordneten der ÖVP als auch der SPÖ dagegen gestimmt. Sollte die Entwicklung so anhalten, die Zahlen hat ja auch der Kollege Ing. Dautzenberg genannt, dann wird das Bauernsterben - in ÖVP-Zeitungen immer als Strukturwandel bezeichnet, ich bezeichne es als Bauernsterben - rapide weitergehen. Und das hat eine Auswirkung auf die österreichische Gesamtwirtschaft, die überhaupt noch nicht abzusehen ist. Der Bauer ist nach wie vor für mich der oberste Umweltschützer! Ich weiß, es gibt schwarze Schafe, das hört man immer wieder. Aber der Bauer schützt die Umwelt. Der Bauer ist der Landschaftserhalter, der dieses Österreich so gestaltet, wie es heute aussieht, daß wir zu einem führenden Fremdenverkehrsland in Europa geworden sind. Und der Bauer ist nach wie vor einer, der durch seine Investitionen, zum Beispiel am Maschinenmarkt, am Baumarkt usw. auch Arbeitsplätze schafft.

Ich werde daher jetzt hier ein Forderungspaket einbringen, wo wir genau deklarieren, was wir uns vorstellen. Unsere Forderungen wären:

1. Eine gesetzliche Absicherung der EU-Verprechungen im Solidaripakt, nicht ein Beschluß für das eine Jahr.
2. Keine Almosen durch Subventionen, wie das jetzt gerade passiert, sondern volle Abgeltung des Preisverfalles für landwirtschaftliche Produkte. (*Abg. Hiller: Das ist dann keine Subvention? Erklären Sie mir das!*) Das ist eine Abgeltung, das ist ein bißchen etwas anderes. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Herr Präsident, das wird mir schon bei der Redezeit eingerechnet, oder, wenn ich immer unterbrochen werde?

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Da darf man sich nicht stören lassen. Immer weitersprechen.

Abg. MARCHAT (FPÖ):

3. Senkung der Einheitswerte unter Berücksichtigung bäuerlicher Pensionen. Dieser Antrag ist von mir schon eingebracht worden, da hat ja auch die ÖVP dagegen gestimmt.

4. Weniger Bürokratie bei Inanspruchnahme von EU-Zahlungen. Wenn ich daran denke, was draußen los ist mit dieser Flächenbasis-erfassung. Wo die Bauern bestraft werden können für etwas, das nur theoretisch durchführbar ist, praktisch nicht durchführbar.
5. Soziale Absicherung, zum Beispiel durch Abschaffung des fiktiven Ausgedingtes. Hier eingebracht - von Ihnen abgelehnt.
6. Beseitigung der Ungerechtigkeit für Nebenerwerbsbauern. Der Nebenerwerbsbauer zahlt in die Arbeitslosenversicherung ein. Wird er dann arbeitslos, ist er nicht berechtigt, Arbeitslosengeld zu bekommen. Wir zahlen für etwas ein, in dessen Genuß wir nie kommen können.
7. Volles Karenzgeld für die Bäuerinnen. Die Bäuerinnen bekommen jetzt nach wie vor immer noch nur die Hälfte des Karenzgeldes aller anderen Frauen.
8. Einführung einer Mindestpension für Bauern. Der Antrag auf S 10.000,- pro bäuerlichem Ehepaar ist da herinnen abgelehnt worden als unseriöse Forderung.
9. Schließlich die Abschaffung aller AMA-Beiträge, als Antrag von uns eingebracht im Parlament, von SPÖ und ÖVP abgelehnt. *(LR Blochberger: Herr Kollege, das stimmt nicht! Sie behaupten etwas, was nicht stimmt!)*

Was passiert jetzt? Der Bauer wurde durch diese Agrarpolitik zum Bittsteller der Nation, zum Almosenempfänger. Jedes Jahr entwickelt sich dasselbe Spiel. Da gibt es diese sogenannten Marktordnungsverhandlungen. Da reden übrigens alle mit, auch die Gewerkschaftssekretäre, und da geht es um die Produktpreise. Und dann kommt immer die Situation, daß man dann diese Subventionen braucht. Dann muß der Herr Landwirtschaftsminister zum Herrn Finanzminister wieder betteln gehen und sagen, soviel brauche ich. Und der Herr Finanzminister sagt Nein, soviel bekommst du nicht! Deshalb fordern wir die Absicherung der Einkommen.

Und jetzt komme ich zu dieser Pressestunde, Herr Abgeordneter Kurzreiter. Das hat ja wirklich einen Aufschrei gegeben im Bauernbund, ich zitiere da zum Beispiel eine Schlagzeile: "Haider will

Bauern schröpfen" oder der Abgeordnete zum NÖ Landtag, Abgeordneter Hofmacher, hat sich zum Beispiel da herinnen überhaupt noch nie um Bauernprobleme gekümmert. Aber er bezeichnet in einer "NÖN"-Ausgabe Haider als "Bauernvernichter". *(Abg. Lembacher: Das stimmt ja auch!)* Die Frau Kollegin Lembacher schlägt in der heutigen bzw. gestrigen "NÖN" genau dieselben Töne an. Das sind dieselben Abgeordneten, die jedesmal dagegen gestimmt haben, wenn ich einen Antrag eingebracht habe für Bauernanliegen. Sie haben gegen die Bauernpension gestimmt. Sie haben gegen die Absenkung der Einheitswerte gestimmt und so weiter!

Wenn ich jetzt zur Bilanz der schwarzen Landwirtschaftsminister kommen darf. Seit 1986 hat es kein Jahr gegeben, in dem es steigende Bauerneinkommen gegeben hätte. Jedesmal gab es fallende Einkommen. Der letzte Grüne Bericht, der da diskutiert wurde, war, glaube ich, tragisch genug. Wo war da der Aufschrei der durch die so notwendigen Pflichtmitgliedschaft so mächtigen Landwirtschaftskammern? Wo war der Aufschrei? Da gibt es dann Resolutionen, die der Herr Schwarzböck unterschreibt als Präsident. Dann werden sie im Parlament behandelt. Ich denke da an die Weinststeuer. Und derselbe Herr Präsident Schwarzböck stimmt im Parlament gegen eine Resolution, die er selber unterschrieben hat! Das muß man den Bauern einmal sagen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das ist doppelzüngige Politik. Und damit komme ich auch zum Grund der heutigen Aktuellen Stunde. Das ist ja klar, am 5. März ist Landwirtschaftskammerwahl und die ÖVP fürchtet sich, daß ihr da wirklich die Felle davonschwimmen. Aber Ihr braucht Euch keine Sorgen zu machen, Ihr werdet dort wieder Eure 90 % haben. Ihr habt ja schon 20 % bis 30 % der Wähler von der Wahl ausgesperrt durch dieses Wahlrecht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der Herr Präsident hat heute richtig gesagt, die Demokratie ist nur stark, wenn es frei gewählte Parlamente gibt. Doch es gibt kein frei gewähltes Bauernparlament. Wir kennen Fälle von Bauern, die einen 40-Hektarbetrieb haben, die dürfen fünf Jahre Kammerumlage zahlen und bekommen kein Wähleranlageblatt zugestellt. Sie dürfen deshalb auch nicht wählen gehen. Und eines kann ich Euch heute schon versprechen. Es ist noch gar nicht gewählt, doch ich werde diese Wahl anfech-

ten. Den SPÖ-Bauern ist es nämlich genauso gegangen. *(Abg. Dr. Bauer: Das ist richtig! Da wurden viele ausgeschlossen, weil sie kein Wahl-anlageblatt bekommen haben! - Beifall bei der FPÖ.)*

Damit komme ich schon zum Schluß. In den Bezirksbauernkammern, wo wir kandidieren, sind die Leute, die nur eine Unterstützungsunterschrift geleistet haben, stark unter Druck gesetzt werden. Ich lese da ein paar Fälle vor, die ich der Staatsanwaltschaft übergeben will. Ich darf wirklich um Aufmerksamkeit bitten, weil das so arg ist. Herr Andre aus Diendorf teilte uns mit von Herrn Heigl - also das betrifft einmal alles nur die eine Kammer in Atzenbrugg - geschäftsführender Gemeinderat in Würmla der ÖVP auf das Ärgste bedrängt worden zu sein. Drohungen mit Ausschluß aus dem Bauernbund usw. wurden ausgesprochen. Herr Andre beugte sich nicht und gegenfertigte die Aufforderung Heigls nicht. Also, der hat schon einen vorformulierten Zettel mit, womit man seine Unterstützungsunterschrift zurückzieht. Man braucht nur mehr zu unterschreiben. Ich habe da sechs oder sieben gleichartige Fälle, ich lese jetzt den makabersten vor. Da muß ich wirklich sagen, das sind Vorgänge, die wir schon einmal gehabt haben und da wollen wir nicht hin. Herr Josef und Frau Josefa Brandstätter wurden auf dem Begräbnis ihres Vaters angesprochen und um Unterstützungsunterschriftenwiderruf gebeten. Das war am Donnerstag, den 9. Februar 1995. Die Grabrede hielt geschäftsführender Gemeinderat und Gemeindebauernratsobmann Anton Zischke. Josef und Josefa Brandstätter haben dankenswerterweise abgelehnt.

Und mit so einer Politik brauchen Sie nicht von einer ehrlichen Politik zu reden. Das sind Sachen, die einer Demokratie unwürdig sind. Es ist schade, daß der Herr Kollege Strasser nicht da ist, weil er patzt ja uns immer an. Umsonst heißt es nicht, der Dieb schreit als erstes, haltet den Dieb. So agiert die ÖVP in der heutigen Zeit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Knotzer.

Abg. KNOTZER (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Gestatten Sie mir als Nichtlandwirt auch meine Meinung und meine sicher sehr sachliche, aber auch kritische Meinung zur Agrarpolitik in Niederösterreich. Förderung für die Landwirtschaft ist ja der Anlaß dieser Aktuellen Stunde.

Wie immer möchte ich mich natürlich mit dem Weinbau beschäftigen. Um dem Kollegen Marchat etwas zu antworten, darf ich sagen, ich bin zwar nur Besitzer eines Kleingartens mit einigen Obstbäumen und einigen Weinstöcken, aber als Bürgermeister der Stadt Traiskirchen habe ich ungefähr 300 Hektar land- und forstwirtschaftliche Flächen zu vertreten, die überwiegend verpachtet sind, aber trotzdem auch so genutzt werden. Und als Bürgermeister der Weinbaustadt Traiskirchen weiß ich auch einiges über den Weinbau. Ich glaube, Sie kennen den Weinbau wohl auch nur aus der Sicht des Konsumenten.

Damit zu meinem sachlichen Beitrag. Eine im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft erarbeitete Studie über die Situation und Zukunft der österreichischen Weinwirtschaft wurde im Jänner 1994 fertiggestellt. Leider hat Minister Fischler diese brisante Studie bis zu seinem Abgang in der Schublade des Landwirtschaftsministeriums liegengelassen. Im November 1994 veröffentlichte das Bundesgremium für Wein- und Spirituosengroßhandel in seiner Zeitung "Pro Weinhandel" eine Zusammenfassung dieser Studie, daher wurde sie auch mir bekannt. Dies scheint auch der Grund gewesen zu sein, daß dann einige Wochen später der neue Landwirtschaftsminister Molterer im Rahmen einer Pressekonferenz diese Studie gemeinsam mit der Österreichischen Weinmarketinggesellschaft thematisierte. Vorab muß aber gesagt werden, daß in dieser Studie das erstmalig für Österreich eine Grundlage geschaffen wurde, die für die Zukunft sicherstellen könnte, daß zweifelsfreie Zahlen, Daten, Fakten als Ausgangspunkt für Marktforschung und Marktbeobachtung gelten können.

Zum Inhalt dieser Studie: Die Tatsache der an der Öffentlichkeit überrepräsentierten Spitzenwinzer - wir wissen es, wir sind sehr stolz auf diese Spitzenwinzer, die dem internationalen Standard in einigen Bereichen bereits entsprechen - täuscht oft darüber hinweg, daß die heimische Weinwirtschaft von einem See unprofiliertes, schwacher sowie mangelhafter Weine stark belastet wird. Das werden alle, die sich mit Weinbau beschäftigen, bestätigen. Das Hauptproblem in Österreich und natürlich auch in Niederösterreich mit seinem Weinviertel, der Nähe Burgenlands und einiger anderer Weinbaugebiete wie der Thermenregion und natürlich auch der Wachau, das Hauptproblem besteht darin, daß 65 % aller österreichischen Weinbetriebe die Vinifizierung selbst vornehmen. Dazu ein internationaler Vergleich mit einigen vergleichbaren Ländern. In Deutschland machen das nur 30 %, in Italien nur 10 %, in Südtirol 4 %.

Der genossenschaftliche Erfassungsgrad Österreichs beträgt nur 15 %, in anderen Weinbauländern im Durchschnitt an die 50 %. Hinzu kommt noch die geringe Bedeutung von privaten Kellereien und Abfüllunternehmen. Diese kleinstrukturierte Weinwirtschaft erzeugt enorm unterschiedliche Weine in Kleinstmengen. So werden oft auf kleinster Anbaufläche sechs bis acht Sorten ausgepflanzt. Angesichts einiger landwirtschaftlicher Jahresberichte haben wir das ja hier im Landtag bereits diskutiert. Diese in Österreich praktizierte Vorgangsweise schlägt sich negativ zu Buche in folgenden Punkten: Die Produktion ist erstens einmal zu teuer, das ist ganz klar. Daneben aber gibt es nicht zu vernachlässigende Qualitäts- und Hygieneprobleme als Folge von veralteter Kellereipolitik und Kellertechnik, und mangelndes Know-how. All diese Fragen werden uns in Zukunft aber beschäftigen müssen, vor allem die Weinbauern und deren Vertreter. Und hier sind auch die Vertreter aufgerufen. Denn durch die schlechte Qualität entsteht natürlich minderwertiger Faßwein. Die Fakten: 25 % einer Ernte sind Faßweine, 48 % der Winzer erzeugen hauptsächlich Faßwein. Diese Weine werden bekanntlich am freien Faßweinmarkt zu Tiefstpreisen verkauft oder eben anderweitig verwertet.

Die Rolle der österreichischen Genossenschaften beschränkt sich eben bloß auf dieses Überschussventil. Es gibt so gut wie keine Vollablieferer, somit werden die Winzergenossenschaften vorrangig zu Abnehmern schlechterer Qualität. Das haben wir auch immer wieder diskutiert und Vorschläge eingebracht. Diese heimische Kleinstruktur bringt für den Absatzkanal, also zum Beispiel im Lebensmittelhandel und auch beim Export, große Nachteile. Fazit also zusammenfassend: Der Lebensmitteleinzelhandel ist mit 15 % vom Gesamtumsatz in Österreich der schwächste Absatzkanal. Im Vergleich dazu verkauft Frankreich 58 % der Eigenproduktion über den Lebensmittelhandel, Deutschland 50 %, Großbritannien 57 %, Dänemark und Belgien jeweils 80 %. Sicherlich wird der Lebensmittelhandel mit dem Beitritt zur EU Anstrengungen unternehmen, sein Weinsortiment auszubauen. Der Patriotismus endet natürlich dort, wo es um Einkaufskonditionen, Qualität und letztlich um das optimale Preis/Leistungsverhältnis für den Endverbraucher geht. Das heißt, wenn sich jetzt die Weinwirtschaft nicht anstrengt, wird auch der Einbruch in den Lebensmittelhandel von den anderen europäischen Ländern der EU kommen. Aber auch die Exportsituation leidet stark unter dieser Kleinstruktur. So konnte die österreichische Weinwirtschaft in den

letzten Jahren nicht einmal jenes auf 150.000 Hektoliter bezifferte Zollfreikontingent in die EU-Staaten zur Gänze ausschöpfen.

Um all diese Dinge einmal aufzuzeigen: Mit dem EU-Beitritt und dem GATT-Abkommen werden die Importe natürlich stark zunehmen. Die Probleme, resultierend aus den bestehenden Strukturen, die ich zuerst erwähnt habe, werden dann für die heimische Weinwirtschaft verstärkt zum Tragen kommen. Die Autoren dieser Studie bezeichnen sowohl die Traubendicksaftproduktion, die Weintraubenwirtschaft als Kunstmarkt, sagen sie und bringen in der Studie auch zum Ausdruck, daß die Weinessigwirtschaft chancenlos gegenüber der italienischen Weinessigproduktion eingeschätzt wird. Förderungswürdig erscheint den Autoren dieser Studie hingegen der Sektmarkt mit all den Risiken, die es natürlich geben wird, aber es gibt hier ein erhebliches Wachstums- und Exportpotential. Und die Weinüberschußmenge von 1 Million Hektoliter - 300.000 Hektoliter durch die Überproduktion, 500.000 Hektoliter Marktanteilsverlust für österreichische Weine am Markt und 150.000 bis 200.000 Hektoliter Wein, der nicht mehr über die Weinverarbeitung verwertet werden kann, das habe ich zuerst erwähnt - muß entweder zusätzlich exportiert werden, oder es droht mittelfristig eine Stilllegung der Weinanbauflächen bis zu 35 %. Wie unrealistisch eine Exportsteigerung ist, darf ich nur damit aufzeigen, daß wir gegenüber der Bundesrepublik Deutschland den Weinexport verzehnfachen müßten, um überhaupt eine Chance zu haben, unseren Weinsee abzubauen. Und nicht berücksichtigt bei dieser Aufstellung ist das Weinlager, das derzeit 5,5 Millionen Hektoliter groß ist und von dem, wie in der Studie behauptet wird, ein erheblicher Teil als nicht verkäuflich gilt.

Einer der Vorzüge dieser Studie ist, daß diesen ernüchternden Tatsachen eben mit solchen Konsequenzen geantwortet wird. Die Rettung wird in einer völligen Neuorientierung der österreichischen Weinpolitik gesehen. Und aus der Studie geht auch hervor, daß in allen EU-Ländern Österreich wohl derzeit die schlechteste Produktions- und Vermarktungsstruktur für den Weinmarkt aufweist.

Ich darf abschließend vielleicht punktuell noch einige Vorschläge aus dieser Studie herausnehmen. Es gäbe hier noch viel zu sagen, die Zeit ist ja allerdings sehr eingeschränkt. Vorschläge wären:
Erstens: Konzentration der öffentlichen Förderung auf moderne Kellertechnik, die Exportmarkter-

schließung, Schulung und Beratung und der Buschenschank im Nahbereich der Großstädte. Darüber hinaus muß ich zur Schulung noch eines sagen: Es darf nicht so sein, daß vom Land her, vom zuständigen Landesrat, seinen Mitarbeitern und Hofräten Ideen und Anregungen, die in Weinbauschulen in vielen Bereichen geschehen durch Initiativen der Landwirtschaftslehrer, daß die mit Disziplinarmaßnahmen unterdrückt werden. So werden wir in der EU nicht bestehen können, wenn wir Ideen, Beratungen, Versuche immer wieder zu unterdrücken suchen. Ich könnte ein paar aufzählen, aber das würde den Zeitrahmen sprengen. Wir werden sicher noch die Möglichkeit haben, darüber zu diskutieren. Mit disziplinären Maßnahmen sollte man Ideen, Anregungen und Initiativen gerade jetzt nicht zu verhindern versuchen.

Punkt 2 wird die Konzentration der Weinbereitung oder Abfüllung sein. Der Punkt 3 schließlich die Sicherstellung einer wettbewerbsneutralen Besteuerung. Da gibt es ja Unterschiede zwischen dem Frei-Hof-Verkauf und dem Weinhandel. Viertens der Aufbau einer intensiven Zusammenarbeit zwischen Weinproduzenten, Weinhandel, Lebensmittelhandel sowie das Hinführen der Betriebe zu einer Produkt- und Marktorientierung. Fünftens schließlich ein langfristig ausgerichteter konzentrierter Exportmarktaufbau.

Ich appelliere aus diesem Anlaß an den Bundesminister und natürlich an den zuständigen Landesrat, diese Studie im Interesse der NÖ Landwirtschaft und vor allem der Weinwirtschaft, der vielen Weinbauern, ernst zu nehmen. Es geht um eine rasche Umsetzung dieser Studie und dieser Vorschläge. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Gratzner.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hofmacher.

Abg. HOFMACHER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Unser Herr Bundespräsident hat festgestellt, daß wir in Österreich und insbesondere auch in Niederösterreich sehr viel erreicht haben. Nun gilt es, das Erreichte zu wahren. Wir haben sicher keine leichte Situation vor uns in den nächsten Jahren und es werden diese nächsten Jahre sicher kein Spaziergang für uns sein. Ganz egal für welche Berufsgruppen, ob es etwa um den Dienstleistungsbereich geht, oder ob es um die Unternehmer geht oder insbesondere die in der

Landwirtschaft Beschäftigten, also um unsere Bauern.

Herr Kollege Marchat! Er ist leider nicht anwesend - ich pflichte ihm bei, wenn er sagt, Hofmacher hat sich noch nie zu Wort gemeldet, wenn es um landwirtschaftliche Probleme ging. Das ist richtig. Ich bin seit 12. November 1994 hier im NÖ Landtag, wurde damals hier angelobt. Selbstverständlich werde ich Stellung nehmen, nur lasse ich mir keine Vorschriften von irgendjemanden machen, wenn ich etwa in die Presse gehe. Wenn ich es für notwendig erachte, Stellung zu nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Im Arbeitsübereinkommen unserer Bundesregierung ist es verankert und man bekannte sich zur flächendeckenden bäuerlichen Landwirtschaft. Sicher gab es weitgehende Proteste von seiten der Gewerkschaft und anderer Berufsgruppen, aber man bekannte sich zu unseren Bauern und zu einer flächendeckenden Landwirtschaft. Unsere Bauernfamilien leisten Überdimensionales, wenn es um die Erhaltung unserer Strukturen geht, wenn es um die Erhaltung unseres Lebensraumes geht. Wie wichtig die Erhaltung unserer Kulturlandschaft ist, zeigt, daß wir entsprechende Einnahmen aus dem Fremdenverkehr erzielen können. Daß das Bruttoinlandsprodukt hauptsächlich davon lebt, was wir aus dem Fremdenverkehr erwirtschaften. Ich sage dazu, daß es nicht nur die Bauern sind, die das alles bewerkstelligen. Aber die Bauern tragen wesentlich, tragen sehr viel dazu bei, daß unsere Kulturlandschaft auch herzeigbar ist. Und ich verstehe es daher nicht, daß, wenn es dann um die Abgeltung dieser Leistungen geht, die wir Bauern für unsere Gesellschaft erbringen, daß man hier gegenteilige Meinungen vertritt und den Bauern dann das wahre Gesicht zeigt. Ich denke dabei an die Starkstromleitungs-

abgabe, wo man dagegen ist, daß für unsere Bauern zur Abgeltung der erbrachten Leistungen hier Mittel bereitgestellt werden können. Wir werden auf jeden Fall auch in Zukunft dafür sorgen, daß die Bauern nicht ihre Förderungen erhalten, sondern daß ihre erbrachten Leistungen honoriert werden!

Wir haben sicher schwierige Zeiten vor uns. Aber wir haben die Zeiten nicht nur, weil wir der EU beigetreten sind. Wir hätten sie auch, wäre für uns allein GATT wirksam geworden. Es ist unsere vordringlichste Aufgabe - auch die der Interessensvertretung und von uns Politikern - daß wir dem Informationsbedürfnis unserer Landwirte entsprechend nachkommen. Ich weiß schon, es sind nicht immer die populärsten Aussagen, die bereits vor der EU-Volksabstimmung und bis jetzt an unsere Bauern herangetragen wurden. Wenn etwa GATT für uns wirksam geworden wäre, dann hieße das, daß wir zu den Förderungen, die wir jetzt brauchen für die Landwirtschaft, zusätzlich - und es hat uns dies eine Studie gezeigt - daß wir zusätzlich 9 Milliarden Schilling bräuchten. Und hier, meine Damen und Herren, glaube ich, ist es doch die bessere Alternative, nicht zu GATT beizutragen - dort sind wir dabei - daß nicht GATT allein für uns wirksam wird, sondern daß eben wir der EU beigetreten sind.

Ganz kurz zu dem, was uns sicher bedrückt. Wir haben in Österreich und besonders in Niederösterreich kleine Strukturen. Ich komme aus einem Bezirk, in dem die durchschnittliche landwirtschaftliche Nutzfläche 9 Hektar beträgt. Wir müssen versuchen, daß wir auch diese Strukturen erhalten. Daß keine Konzepte vorliegen, das stimmt einfach nicht, wir haben sehr wohl Konzepte. Und Zugesagtes wird auch eingehalten. Es geht allerdings darum, daß Förderungen nicht gekürzt werden. Doch was bedrückt uns besonders bei unseren Produkten? Der Milchpreis und die kleinräumige Struktur bedrückt uns sicher. Es muß alles unternommen werden, daß der Milchpreis auf fünf Schilling steigt. Die politische Seite ist gefordert, aber auch insbesondere die Verarbeitungsbetriebe. Auch hier muß es möglich sein, daß noch einiges dazugelegt wird. Damit der Milchpreis einigermaßen der Vorstellung der Landwirtschaft, der Bauern entspricht.

Zu GATT vielleicht noch ganz kurz: Auch das wäre kein Allheilmittel. Denn Vergleiche mit der Schweiz zeigen uns, daß man dort eine Milchpreisreduktion von 85 Groschen hinnehmen mußte, die der Bund wieder ausgeglichen hat. Und jetzt gab es eine weitere Reduktion um 2,20

Schilling. Wenn also GATT bei uns wirksam geworden wäre, hätte sich die Entwicklung keineswegs besser dargestellt.

Niederösterreich mit unserem Landeshauptmann Dr. Pröll hat vorbereitende Maßnahmen getroffen bzw. diese angeboten. Der Zukunftsvertrag wurde abgeschlossen mit der Landwirtschaft. Er soll die Garantie sein, um unseren Bauern einen EU-Beitritt, einen Übergang zur EU zu erleichtern. Mit dem Zukunftsvertrag - ich zitiere einiges daraus - soll sichergestellt sein die Erhaltung einer wirtschaftlichen, gesunden und leistungsfähigen Landwirtschaft, sowie eine Sicherstellung und Abgeltung der Erzeugung von Lebensmitteln mit hoher Qualität. Ja bitte, wir produzieren mit hoher Qualität! Daher muß auch das Versprochene zur Abgeltung herangezogen werden. Und das Versprochene, es hält auch.

Aber auch die Erhaltung und Pflege unserer Kultur- und Erholungslandschaft, das habe ich bereits angesprochen. Oder die Förderung der Produktion nachwachsender Rohstoffe für den technischen Energiesektor, ein ganz wichtiger Aspekt. Die Gesellschaft erwartet sich von uns natürlich einiges. Erstens die Erzeugung hochwertiger und gesunder Lebensmittel. Im ÖPUL, also im Programm der Verordnung 2078, ist ja einiges vorgesehen für uns und daß hier eine Abgeltung gewährleistet ist. Oder die Gewährleistung einer landschaftlichen Vielfalt. Oder daß wir Träger des kulturellen Lebens im Dorf sind. Dabei denke ich an unsere Dorferneuerung. Und was ganz wichtig ist, die schonende Behandlung unserer Ressourcen von Boden, Wasser und natürlich Luft. Maßnahmen wurden schon realisiert und verwirklicht, etwa die Jungübernehmerförderung, der Landschaftsfonds, für den wir die Mittel gebraucht hätten, wobei uns andere einfach nicht unterstützt haben, aber auch einzelne Maßnahmen, zum Beispiel die Direktzahlung zur Abgeltung unserer Einkommensverluste auf Grund des EU-Beitrittes. All das war und ist für uns vorrangiges Ziel. Auch die Bildung soll man nicht unerwähnt lassen. Es ist wichtig, daß wir unseren Bauern in Niederösterreich die entsprechende Bildung zukommen lassen. Mit der Interessensvertretung, mit der gesetzlich gewählten Interessensvertretung, über die etwa sämtliche Förderungen abgewickelt werden können. Und auch dazu ein Wort: Auch das stellt man in Frage. Von den Freiheitlichen wird die gesetzlich gewählte Interessensvertretung in Frage gestellt. Aber man kandidiert sehr wohl in 40 Bezirksbauernkammern. Das ist sehr zwiespältig, muß ich betonen. Es gibt nur ein Dafür oder ein Dagegen. Wenn ich nicht dafür bin,

dann wäre ich halt dagegen. Aber das ist auch das wahre Gesicht, das man uns wieder einmal zeigt.

Vom Antragsteller wurde schon erwähnt, welche Mittel erforderlich sind. Die 60 Milliarden Schilling, die national aufzubringen sind, zu 42 Milliarden vom Bund, 18 Milliarden Schilling von den Ländern. Das Land Niederösterreich trägt sicher das seinige dazu bei, daß den Bauern ein Überleben gewährleistet ist. Ich weiß sehr wohl, wovon ich rede. Hieß es doch vor der Volksabstimmung, die Mittel werden nicht kommen. Jetzt haben wir die Zusicherung der finanziellen Mittel. Jetzt aber heißt es, es wäre zu viel, sie gehörten um 50 Prozent gekürzt. Der Herr Kollege Marchat hat ausgeführt, er verlangt eine volle Abgeltung. Ja bitte, was steht in seinem Programm drinnen? Was steht in der Broschüre des Herrn Agrarreferenten, so nennt er sich, drinnen? Und was wird verlangt vom Obmann Dr. Haider? Eine 50prozentige Kürzung wird verlangt! Doch im Programm steht eine volle Abgeltung. Das ist doch ein großer Widerspruch!

Ich trete sehr wohl ein für Rationalisierungsmaßnahmen bei allen Berufssparten, Herr Kollege Keusch wird mir das bestätigen, egal ob in der Industrie oder sonstwo. Wir haben einen entsprechenden Industriebetrieb in meiner Region, dort wurde rationalisiert und es war richtig, daß rationalisiert wurde. Ich bin auch für Rationalisierungsmaßnahmen in der Verarbeitung unserer Produkte, keine Frage. Was nicht tragbar ist, dort muß man rationalisieren, weil es um unsere Wirtschaftlichkeit geht. Aber ich bin nicht dafür, wenn es um Rationalisierungsmaßnahmen geht, daß man einfach 5 Prozent unserer Bauern wegrationalisiert, indem man ihnen 50 Prozent der Mittel kürzt. Ich glaube, dem müssen wir eine klare Absage erteilen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir in der Landwirtschaft brauchen nicht zu Almosenempfängern werden, und wir wollen das auch nicht! Das Wort "Förderung" wird vielleicht nicht ganz treffend sein. Nicht "Förderungen" soll es heißen, sondern eine Abgeltung für die erbrachten Leistungen ist es, die unsere Bauern erbringen. Und diese Leistungen müssen auch in Zukunft abgegolten werden. Wenn auch die eine oder andere politische Gruppierung dagegen ist, wir werden sicher mit Unterstützung der beiden größten Fraktionen das durchbringen. *(Zwischenruf bei Abg. Uhl.)*

Kooperationsförderungen werden sehr oft angesprochen, Herr Abgeordneter Uhl. Das würde heißen, eine Förderung der Länder und die EU-

Förderung. Sie wissen ganz genau, daß es das nicht gibt. Es gibt nur Förderungen durch die EU und nationale Förderungsmittel. Also auch das geht ins Leere, meine Herren von den Freiheitlichen. Wir werden es nicht hinnehmen, wenn man eine "Antibauernpolitik" betreibt, wir werden heute und in Zukunft dafür sorgen, - und wenn nicht gemeinsam, dann mehrheitlich - daß unsere Bauern in Zukunft die versprochenen und die ihnen zustehenden Mittel erhalten! *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gratzner.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir hörten soeben eine Rede wie vor einer Bauernbund-Versammlung. Eines muß man nämlich schon sagen, Herr Hofmayer. Ich glaube, Sie machen es sich etwas leicht. Wenn Sie heute hergehen und sagen, wir machen eine Antibauernpolitik und alles mögliche. Das stimmt ja wirklich nicht! Was machen Sie? Sie verwenden eine Aktuelle Stunde dazu, um eine Sonntagspressestunde, von der Sie glauben, man kann das ausschachten, hier dementsprechend auszuschachten. *(Abg. Hofmayer: Das hat doch jeder gehört!)*

Eines muß man wirklich sagen, es hat hier in dem Haus Aktuelle Stunden gegeben etwa zum Thema Semmering-Basistunnel. An dem Tag sind wir zu einem Baustopp gekommen. *(Abg. Dr. Bauer: Bitte wo hat es einen Baustopp gegeben, Herr Kollege?)*

Zumindest haben wir es beschlossen. Es liegt an Euch, hier ein bißchen verstärkt mitzumachen. Nicht nur herinnen abstimmen und draußen dagegen sein. Es hat Aktuelle Stunden zur Personenschiffahrt gegeben. Niederösterreich hat sich eingesetzt. Aber eine Aktuelle Stunde mit einem derartigen Inhalt, in der bisher von den Antragstellern wirklich nichts geboten wurde, als sich auf den Oppositionschef einzuschließen, ich glaube, das ist etwas wenig.

Ich hätte mir gedacht, Sie werden heute herauskommen und werden wirklich etwas Großes zum Thema Förderungen von sich geben. Der Herr Abgeordnete Hofmayer steht hier und sagt, alle Förderungen sind sichergestellt, die Bauern werden alles bekommen, was ihnen versprochen wurde. Ich darf da nur zitieren aus der Presse. Es hat nämlich der Herr Finanzlandesrat, der, muß ich schon sagen, immer sehr ehrlich ist, wenn es

um die Budgetprognosen geht, hier eindeutig festgestellt, er weiß nicht, wo er das Geld herbekommt. Aber er wird wahrscheinlich dazu greifen müssen, so steht da drinnen, daß nachverhandelt wird und daß die einzelnen Regierungsmitglieder aufgefordert werden, von ihrem Budget, das wir bereits beschlossen haben, noch etwas herzugeben, damit wir überhaupt zu diesen Zahlungen kommen können. Das ist eine sehr ehrliche Aussage. Wir nehmen das auch so zur Kenntnis. Wir haben das an und für sich schon vorher auch so gesagt. Nur ich bin schon neugierig, wer jetzt was hergeben wird. Ob wir ein bißchen was abzwicken vom Sozialbudget, ob der Herr Landesrat Wagner doch kein Bärenprojekt macht usw. Man wird ja sehen, wer da etwas abzwickt.

Es ist daher wirklich zutiefst unseriös, ein paar Tage vor der Landwirtschaftskammerwahl herzuzugehen und zu sagen, alles ist in Butter, alles ist in Ordnung, die Bauern bekommen das Geld. Was wir versprochen haben, das kommt. Das stimmt doch nicht! Das stimmt keinesfalls, weil es finanziell noch nicht abgesichert ist. (LR Blochberger: *Wo stimmt es nicht? Wo stimmt es nicht?*) Bitte, ich darf Ihnen diesen Artikel im Anschluß geben. Das stimmt keinesfalls, weil es noch nicht da ist, das Geld. Bitte, Herr Landesrat Mag. Freibauer! Sie werden mir ja zugestehen, daß der Bund noch immer sein Budget nicht gemacht hat. Und wir haben im Dezember Einnahmen beschlossen vom Bund, von denen wir bis heute nicht wissen, ob die tatsächlich kommen. Es kann sein, aber wir wissen es nicht. Der Bund hat nämlich genauso ein EU-Budget zu budgetieren und wird wahrscheinlich auch nicht mehr alle Zahlungen an uns leisten können. Ich finde es daher unseriös, hier derartige Behauptungen aufzustellen. (LR Blochberger: *Das ist jetzt unseriös! Denn die Lagerabwertung und die degressiven Ausgleichszahlungen werden auf Heller und Pfennig bezahlt!* - Abg. Marchat: *Was ist mit dem ÖPUL-Programm?* - LR Blochberger: *Das sind zwei Paar Schuhe!*)

Nur, Herr Landesrat, da kommen wir gleich zum nächsten Thema. Sie haben angezogen die Lager in unserem Land. Man macht heute eine Politik und sagt, bei den Bauern muß man abzwicken, abzwicken, Überschußproduktion rationalisieren und so weiter. Wenn man einen Blick über die Grenze wirft und sich einmal die Zahlen anschaut, wie es denn so ausschaut mit dieser Lagerhaltung in der EU, so sieht man, daß wir bereits jetzt offensichtlich eine falsche Politik, nämlich die Politik der Einschränkung und Kontin-

gentierung betreiben. Ich darf da aus einer deutschen Zeitung zitieren: Ende Dezember lagerten ganze 80.000 Tonnen Rindfleisch in der gesamten Gemeinschaft ein. Gut ein Jahr zuvor waren es noch weit über eine Million Tonnen. Das zieht sich so durch über alle Lebensmittelvorräte, sodaß

der deutsche Bundes-Landwirtschaftsminister Borchert bereits zu dem Schluß kommt, daß wir bereits unterhalb der Krisenvorsorge stehen. Weil Sie das sagen mit den Lagern, wollte ich das hier auch deponieren. Wir gehen bei der Landwirtschaft Wege, wo nur mehr nach Rationalisieren, nach wirtschaftlicher Betrachtungsweise, nach Geld, nach Sparen usw. gesprochen wird, aber nie mehr nach dem Sinn der Landwirtschaft. Nämlich nach der landschaftsgestaltenden Aufgabe, nach der Lebensmittelproduktion und nach der Krisenvorsorge. Das sind Punkte, die haben wir immer erwähnt. Genau das ist ein Teil unseres Projektes mit den Direktzahlungen, daß wir diese Leistungen, unabhängig davon, ob jetzt einer ein bißchen mehr oder weniger verdient, daß wir das für unser Land sicherstellen.

Wir gehen in eine Entwicklung, in der EU ist man bereits soweit und es wird auch zugegeben, denn das zeigt die offizielle Statistik der EU, daß man unterhalb der Krisenvorsorge steht. Auch wir sind irgendwann einmal soweit. Und ich frage mich, wollen wir das? Ist das das Ziel, daß wir unsere Landwirtschaft soweit aufgeben und soweit nach unten drücken, bis daß wir uns am Ende, wenn einmal wirklich eine Hungerkatastrophe kommt, könnte ja auch sein - Gott möge uns davor bewahren, aber es könnte sein - daß wir dafür nicht mehr gerüstet sind. Und in diesem Sinne darf ich für meine Fraktion schon in Anspruch nehmen, daß wir uns immer und überall für die Erhaltung der flächendeckenden landwirtschaftlichen Bewirtschaftung eingesetzt haben und einsetzen werden. Weil wir darin gerade für unser Österreich eine ganz wichtige Funktion sehen.

Und noch ein Wort, weil der Herr Abgeordnete Kurzreiter, wenn es um Dinge geht, wie die Landwirtschaftskammerwahl, immer so etwas distanziert den Kopf schüttelt. Ich muß sagen, ich habe das selber bei mir im Bezirk erlebt, daß Wähleranlageblätter in Gemeinden nur von den Bauernbundfunktionären verteilt werden. Und die wissen schon, wo sie diese hintragen müssen. Das gibt es ganz einfach. Und daher ist es so, wie der Herr Abgeordnete Marchat gesagt hat, daß es nicht für alle das aktive Wahlrecht gibt. (Abg. Kurzreiter: *Herr Klubobmann! Darüber müssen Sie sich in Ihrer Gemeinde beschweren.*)

Die ist verantwortlich dafür!

Ich möchte nicht sagen, daß das überall so ist, aber es gibt solche Gemeinden. (*Abg. Nowohradsky: Bitte, es liegen doch die Wählerverzeichnisse auf!*)

Ja bitte, wie kommen sie denn drauf? Die Bauernbundfunktionäre gehen in jeden Bauernhof, um die EU-Formulare auszufüllen, aber das Wähleranlageblatt bekommt nur der "Schwarze". So ist es nämlich. Sorgen Sie da für Ordnung und wir werden keine Probleme mit der Kammer haben! (*Heftige Unruhe im Hohen Hause. - Beifall bei der FPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Schütz.

Abg. SCHÜTZ (SPÖ): Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Niederösterreichs Landwirtschaft ist - und ich glaube, das ist unbestritten - ein unverzichtbarer Teil unserer Wirtschaft, der wie keine andere Berufssparte in unserem Land auf Grund des EU-Beitrittes mit Veränderungen und Anpassungen konfrontiert wird, die den Betroffenen, also den Bauern, Flexibilität, Anpassungsfähigkeit, Aufgeschlossenheit, aber auch Zusammenarbeit und Solidarität untereinander abverlangen wird. Nicht diese Aktuelle Stunde, meine Damen und Herren der ÖVP, wird die zu erwartenden Probleme und Anfangsschwierigkeiten beseitigen helfen. Ich meine, diese Aktuelle Stunde dient lediglich der Beweihräucherung einiger Ihrer Funktionäre im Hinblick auf die bevorstehende Landwirtschaftskammerwahl.

Es dürfte sich ja, so meine ich, inzwischen herumgesprochen haben, daß die Bundesregierung nach Abschluß der Verhandlungen mit den Ländern, von denen sich einige, darunter auch Niederösterreich, etwas geziert haben, die Erfüllung aller zugesagten Förderungs- und Ausgleichsmaßnahmen einhalten wird. Es ist also hoch an der Zeit, mit dem Jammern, Kritisieren und Drohen aufzuhören, die Ärmel aufzukrempeln und zu arbeiten, gemeinsam an einem Strang zu ziehen und so unseren Bauern das sichere Gefühl zu geben, daß die Politik für sie in diesem Land stimmt. Und daß die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für das Überleben unserer bäuerlichen Familien, egal ob Haupt- oder Nebenerwerbslandwirt, gegeben sind.

Jetzt, meine Damen und Herren, ist die Zeit gekommen, da EU-Kommissar Fischler zum Zug

kommt. Jetzt kann er jene Versprechungen, die er als Landwirtschaftsminister gegeben hat, endlich in die Tat umsetzen. Und Präsident Schwarzböck und Landwirtschaftsminister Molterer sind aufgerufen, ihren Parteifreund Fischler rasch zum Handeln zu bringen. Vor allem sollten die angestrebten Förderungsmittel gerecht verteilt werden. Es könnten zum Beispiel Obergrenzen festgesetzt werden bzw. kleinere Betriebe stärker gefördert werden. Die Gleichstellung und Anerkennung aller Bewirtschaftungsformen könnte einen Teil der Wettbewerbsverzerrung abbauen.

Oder aber die Beseitigung des Unrechtes in der bäuerlichen Sozialversicherung, wo kleinere Betriebe unverhältnismäßig hohe Beiträge bezahlen, weil sie einen niedrigeren Einheitswert haben. Notwendig ist auch die Abschaffung, das haben wir heute schon gehört, des fiktiven Ausgedinges. Das kann ich nur unterstreichen. Von besonderer Bedeutung ist aber der Abbau bzw. das Verringern der Bürokratie und des bürokratischen Aufwandes. Gleichzeitig müßte eine einzelne Verteilungsstelle für alle landwirtschaftlichen Förderungen, egal, ob sie aus der EU, vom Bund oder vom Land Niederösterreich kommen, eingerichtet werden, wie dies schon seit vielen Jahren beim Bergbauernzuschuß der Fall ist.

Hohes Haus! Absichtlich habe ich nicht die vielen Förderungen, die es für unsere Bauern geben wird und kann, aufgezählt. Denn dies kann jeder Interessierte in den reichlich vorhandenen Unterlagen jederzeit nachlesen. Aber eines ist gewiß: Ohne Sicherheit und Höhe der Zahlungen aus den EU-Programmen ist die Existenz vieler Bauernhöfe in Frage gestellt. Sollten sich also diese Zahlungen an die Bauern unverhältnismäßig lange hinauszögern, dann müssen Bund und Länder helfend einspringen. Wenn wir allerdings jene Bauernpolitik, die Ihr Vorsitzender, meine Damen und Herren der Freiheitlichen, anstrebt, umsetzen würden, nämlich 50 % der derzeitigen Förderungen zu streichen, ja dann müßten wir natürlich sofort unseren Landesrat Mag. Freibauer auffordern, mit den Zahlungen an die Bauern zu beginnen.

Meine Damen und Herren! Wenig solidarisch oder hilfreich, ja geradezu scheinheilig empfinde ich die Entschließung, welche die Vollversammlung der Landes-Landwirtschaftskammer formuliert hat. Dort heißt es nämlich, daß die Landwirtschaft die Notwendigkeit von Sofortmaßnahmen zur Budgetsanierung anerkennt, gleichzeitig aber jede Einsparung bei den Bauern ablehnen müsse. Ich glaube, mit derartigen Argumenten wird man

in der Öffentlichkeit mit Recht nur ein Kopfschütteln ernten, aber niemals Verständnis von den Konsumenten und den Bürgern dieses Landes erreichen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hiller.

Abg. HILLER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch ich darf mich in die Diskussion einschalten und möchte mich, nachdem schon soviel an Inhalten und Standpunkten festgestellt wurde, auch in resumeehafter Form diesen Diskussionen anschließen. Ich möchte vorerst recht herzlich danken, daß es bereits zu diesem Zeitpunkt möglich ist, die Weiterentwicklung der Förderung und der Stabilisierung der österreichischen Agrarwirtschaft in der neuen Position der EU eindeutiger zu bestimmen, als das noch vor wenigen Wochen bzw. zum 1. Jänner 1995 der Fall gewesen ist. Wir sind, sehr geehrte Damen und Herren, mit diesem Datum einen großen Sprung in die Zukunft hineingerückt. Nun müssen wir all das, was an Veränderungen hier ins Haus steht, bestmöglich bewältigen. Ich stehe nicht an, allen recht herzlich zu danken, all jenen, die positiv aus allen Fraktionen hier mitgearbeitet haben, auch die Basisveränderung und die Strukturveränderung für die Landwirtschaft zukünftig in gesetzliche Formen und natürlich auch in finanzielle Förderungsprogramme zu gießen und zu formen. Hier ist zweifellos sehr viel passiert. Ich möchte vor allem auch Herrn Landesrat Blochberger und unserem Finanzreferenten, Landesrat Mag. Freibauer danken, daß sie nicht nur die Interessen der Landwirtschaft in diesen wichtigen Verhandlungen und Gesprächen eindeutig positiv und nachhaltig gestalten konnten, sondern daß für das Land Niederösterreich insgesamt und auch für die Budgetdotation des NÖ Landesbudgets und die Landesfinanzen unter Wahrung aller Interessen und Ansprüche auch ein möglichst ausgabenschonendes Verhandlungsergebnis im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen hereingebracht werden konnte. Und das ist sicherlich ein Erfolg von klugem politischen Verhalten und gleichzeitig auch von hoher politischer Verantwortung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Von diversen Rednern wurde kritisiert, daß hier das Ganze ins Fahrwasser der Wahlauseinandersetzungen zum 5. März 1995, zu den Kammerwahlen sich hinbewegt hätte. Zweifellos,

wir leben in der Demokratie, ist das auch legitim. Wir können aber in dieser Kürze sicherlich nicht breite Programme hier erklären, die in der Lage sind und über die es möglich ist, die Struktur der Landwirtschaft der Zukunft auch entsprechend zu beschreiben. Aber zweifellos sind jene Rahmenbedingungen geschaffen worden, sei es von den gesetzlichen Voraussetzungen her, sei es auch in der finanziellen Dotation. Mehr als 22 Milliarden Schilling stehen im Zeitraum von 1995 bis 1999 für die Landwirtschaft und für mit der Landwirtschaft in Zusammenhang stehende Projekte im ländlichen Raum zur Verfügung, über die Ziel 5a-Programme, die hier horizontal gegeben werden können. Das heißt, nicht nur in den Regionen, sondern auch in allen Bereichen des österreichischen Bundesgebietes und speziell natürlich auch auf die Landwirtschaft aufbauend auch dann Projekte, welche über die Ziel 5b-Förderungen entsprechend realisiert werden können. Dazu gibt es eine Fülle von Ansätzen, eine Fülle von Arbeitsgruppen, die sich damit beschäftigen, hier zeitgerecht für die Einreichung dieser Projekte auch die nötigen konzeptionellen Vorbereitungen zu tätigen. Gleichzeitig sind die Planungsdokumente der Planungsprogramme zeitgerecht erstellt worden. Das heißt, auch diese Rahmenmöglichkeit ist gegeben.

Nun glaube ich, muß ich aber doch einiges auch zu den Vorrednern noch sagen. Zum ersten bin ich doch verblüfft, daß die Freiheitliche Partei scheinbar noch immer nicht zur Kenntnis nimmt, daß es mit dem Abschluß der Finanzausgleichsverhandlungen und der EU-Finanzierung nunmehr ein Ergebnis gibt, das man an sich nicht vom Ergebnis her hinterfragen sollte. Man kann sicherlich da oder dort sagen, daß die Qualität oder das oder jenes nicht ausreichend dotiert ist. Jedenfalls ist, die Zahlen selbst in Frage zu stellen, sicherlich ein unlauteres Mittel, die Diskussion hier zu führen. Es waren harte Beschlüsse, die Verhandlungspartner haben es sich zweifellos nicht leicht gemacht, aber es liegt ein Ergebnis vor und das ist durchaus auch so zu akzeptieren.

Was also angebliche Mängel bezüglich der Wählerfassung, die angesprochen wurde betrifft, so darf ich auch sagen, daß die Gemeinden natürlich auch so manche Schwierigkeit haben, die Wähleranlageblätter zuzustellen. Daß sie sich nicht immer am letzten Stand der Adressen, aus den Grundstücksverzeichnissen heraus, befinden. *(Abg. Marchat: Das Einfachste wäre, daß die Kammern die Wählerverzeichnisse erstellen. - Abg. Kurzreiter: Das fällt aber eindeutig in die Verantwortung der Gemeinden!)*

Ich würde aber schon davor warnen, die Gemeinden zu verdächtigen, daß sie diesbezüglich eine politische Manipulation getätigt hätten. Denn die Gemeinden haben das einerseits persönlich zugestellt und das ist sicherlich effizient, da ist die Rücklaufquote dagewesen. Ich kenne eine Gemeinde, die einen Bürgermeister stellt, der nicht meinem Couleur angehört, der auch persönlich von Haus zu Haus gegangen ist, die Wähleranlegeblätter zugestellt hat - dagegen gibt es überhaupt nichts einzuwenden - und der auch den größtmöglichen Rückfluß damit erhalten hat. Der Unterschied ist sicherlich dadurch gegeben, daß hier eine wesentlich andere Wählerstruktur vorliegt als bei anderen Wählern. Ich glaube, es geht den Freiheitlichen nur darum, daß man von der Haider-Aussage ablenken möchte. Und daher versucht man jetzt, die Wahlauseinandersetzung nicht mit Sachargumenten zu führen, sondern versucht einfach in einer Diskussion über die Art der Mitgliedsbewegung hier den einen oder anderen Wählerpunkt noch zu erringen. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Herr Kollege Marchat! Das ist eine sehr wehleidige Politik, die hier eingeleitet wird. Setzt Euch lieber mit anderen Dingen auseinander! *(In der Folge anhaltende, heftige Unruhe bei der FPÖ.)*

Ich kann Dir sagen, ich kenne -zig Häuser, wo freiheitliche Mandatare versucht haben, Kandidaten von anderen Listen persönlich abzuwerben. Und ich sage Dir gleichzeitig, das ist ein legitimes Mittel, das kann jeder machen. *(Abg. Marchat: Ja, aber nicht erpressen. Das ist Dein Demokratieverständnis. - Weiterhin heftige Unruhe im Hohen Hause.)*

Den Beweis, daß es eine Erpressung ist, den mußt Du erst liefern. Doch daß Ihr von Haus zu Haus gegangen seid, auch Funktionäre anderer Parteien angesprochen habt, Tag und Nacht, das mußt Du jedenfalls auch zur Kenntnis nehmen.

Ich glaube, sehr geehrte Damen und Herren, es geht einfach der Freiheitlichen Partei darum, den Schaden durch die TV-Pressestunde des 5. Februar 1995 entsprechend herabzumindern und die Diskussion auf andere Themen zu bringen. Damals hat es natürlich hunderttausende Leute aufgeschreckt, als durch Haider's Worte man erfahren mußte, welche Agrarpolitik er für die österreichische Landwirtschaft vorgesehen hat. Und, das muß man auch sagen, erst zu einem Zeitpunkt, als bereits ein fix und fertig geschnürtes Verhandlungsergebnis zur Nutzung für den Bauernstand vorgelegt wurde. Wenn das wenigstens vorher gewesen wäre und er gesagt hätte, ich habe alternative Formen zur Diskussion zu stel-

len. Aber danach, nachdem alles fix fertig mit den Parteien und Sozialpartnern ausverhandelt am Tisch lag, dann also das zu machen, ist sicherlich eine sehr kühne Sache, die aber die Freiheitliche Partei bei den Wahlergebnissen noch sehr deutlich zu spüren bekommen wird und das zu Recht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Denn eine solche Verunsicherung ist nicht angebracht, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind in einer neuen Situation und jede politische Partei und jede politische Kraft ist herzlich eingeladen, für die Zukunftsentwicklung konstruktiv mitzuarbeiten und nicht zu versuchen, durch entsprechende Angstmacherei Wahlpunkte hier einzuheimsen. Das kann nicht so weitergehen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir müssen uns einfach auf sachlicher Ebene weiterentwickeln. Wir von der Volkspartei und vom Bauernbund treten daher auch im Hinblick auf die Wahl an, daß wir über die Programme selbst die Zustimmung für unsere Arbeit bekommen wollen. Einerseits dafür, was hier an Leistungen erbracht

werden konnte im Hinblick auf die Anpassungserfordernisse seitens der Agrarpolitik. Und zum anderen natürlich auch, daß wir der Landwirtschaft Zukunftsperspektiven geben, damit sie den sicheren Weg in die Zukunft erkennen kann. Das sind die wichtigsten Anliegen unserer Agrarpolitik.

Ich glaube, daß Angstmacherei ein sehr schwaches Argument ist, ein sehr gefährliches Argument, das der Landwirtschaft nicht nützt, sondern das das Gegenteil bewirkt. Ich möchte daher ersuchen, daß wir gemeinsam hier die Dinge so sehen, wie sie sind. Daß wir nämlich all das, was wir hier an Aufgaben und Problemstellungen in Zukunft zu bewältigen haben im gemeinsamen Geist, zwar vielleicht differenziert nach der einen oder der anderen politischen Partei, aber dennoch in die Zukunft hinein entwickeln. Denn das braucht die Landwirtschaft in diesen Tagen, da durch eine neue Situation auch in der Politik mehr gefordert ist als daß im Schlagabtausch von politischen Argumenten man versucht, bloß politisches Kapital daraus zu schlagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als letzter zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte nur ein paar Bemerkungen noch zu den Vorrednern machen. Zuerst einmal wurde vom Kollegen Ing. Dautzenberg eingefordert ein Konzept für die Landwirtschaft. Und ich glaube tatsächlich, daß wir alle wissen, daß zwar die Finanzierung von 1995 bis 1998 gesichert ist, daß es aber doch ein Budget ist, über welches man auch nach diesem Budget sozusagen zu einer Agrarpolitik kommen muß, wenn die Anpassungen, die jetzt mitfinanziert werden, nicht mehr möglich sein werden. Daß man von einem Konzept auszugehen hat, das dann die Landwirtschaft danach ermöglicht. Es gibt sicher auch dort wieder Bereiche der Unterstützung, aber ich meine doch, in einem neuen Konnex.

Was ich dazu noch anmerken möchte ist, es wurde wiederholt darauf verwiesen, daß wir zu einem neuen Gesellschaftsvertrag mit der Landwirtschaft kommen müssen. Und ich glaube in der Tat, daß es sich hier um eine Berufsgruppe handelt, die ein sehr hohes Maß an Solidarität braucht. Weil es hier erhöhte Anpassungsprobleme gibt, das ist ganz unbestritten. Diese sind aber nicht neu, sie würden auch - und das muß man schon anmerken - mit und ohne Europäische Union

ähnlich verlaufen. Vielleicht nicht in der gleichen Dynamik, aber jedenfalls ähnlich.

Es muß auch angemerkt werden, daß hier natürlich auch Versäumnisse aber in einem bestimmten Bereich der Verarbeitung und Weiterverarbeitung vorliegen. Das ist ganz unbestritten. Und es wurde letztlich auch von Herrn EU-Kommissär Fischler selbst festgestellt, in einer seiner ersten Aussagen - wobei ich wirklich überrascht bin über die Aussagen des ehemaligen Landwirtschaftsministers und nunmehrigen Kommissionsmitgliedes - diese Preisentwicklung, das sei eine hausgemachte Sache der Österreicher. *(LR Blochberger: Bei der Milch!)*

Das hat er gesagt; eine hausgemachte Sache der Österreicher. Schließlich sind da sehr viele ausländische Abhängigkeiten von Konzernen usw. und schließlich verfügt der Handel zu 70 % über ausländisches Kapital, das hier in den Vertriebsnetzen zum Ausdruck kommt. Aber das ist ja eigentlich nicht vom 31. Dezember 1994 zum 1. Jänner 1995 entstanden, sondern das ist eine Entwicklung, die ja schon sehr lange läuft. Und die man eigentlich immer so abgetan hat, daß hier nämlich gar nicht die Frage entsteht, ob jetzt die eine oder andere Form des Kapitaleigentums vorliegt. Die Frage ist aber sehr wohl, wer denn unmittelbar als Kapitaleigner Einfluß auf die Entscheidungen hat. Und daher bin ich wirklich etwas überrascht, daß dies als "hausgemachte Fehler" bezeichnet wurde.

Ich bin auch etwas überrascht über eine zweite Bemerkung vom 24. Jänner 1995, ebenfalls von Kommissär Fischler, der ausführt, ohne Einigung in Österreich kein EU-Geld. Also immerhin ist er ja zumindest von 1989 bis November 1994 österreichischer Landwirtschaftsminister gewesen. Und er hat ja die Konzepte, die heute zu dem Geld führen sollen, sehr weitgehend getragen und entwickelt. Und letztlich versucht, das in der Europäischen Union entsprechend auch durchzusetzen. Ich zitiere hier: "Fischler unterstrich zwar, daß die Brüsseler Milliarden im Rahmen der gesetzlichen Voraussetzungen der Union sichergestellt sind." Das ist wichtig. "Allerdings warnte er Österreich, daß die EU nur solange dazu stehe, solange sich Österreich an die zugesagten Voraussetzungen halte. Konkret stellte Fischler in den Raum, daß er Österreich aufgefordert habe, der EU rechtzeitig seine Einreichung für Projekte unter den EU-Strukturförderungen nach den Zielen 5b, 1 und 2 zu übermitteln und die österreichischen Finanzierungsanteile dafür sicherzustellen. "Sonst gibt es aus der EU kein Geld." Ich meine, es ist natürlich, das sei anerkannt, schon jetzt das Bewußtsein ein

anderes, aber es war ein zu grober sozusagen und ein sehr und meiner Auffassung nach zu rascher Anpassungsprozeß.

Ich möchte auch meinen, weil da gesagt wurde, es ist alles gesichert, ich glaube tatsächlich, ich habe als einziger aus diesem Kreis teilgenommen bei den Verhandlungen zur Umsetzung der Europäischen Union im April 1994. Das hat auch dazu geführt, daß wir ein Übereinkommen hinsichtlich der Finanzierung getroffen haben. Immerhin war das im April 1994, also vor der EU-Abstimmung. Man hätte nun eigentlich annehmen müssen, daß entsprechende Vorbereitungen in diese Richtung rascher vor sich gehen. Diese doch noch nicht ganz, glaube ich, begriffene EU-Bürokratie im Verhältnis zur österreichischen Bürokratie muß auch einmal überwunden werden, das muß effizienter werden, weil die Vorlaufzeiten bei uns tatsächlich, glaube ich, zu lange sind. Was beispielsweise auch dadurch zum Ausdruck kommt, daß man etwa die Erhebung über landwirtschaftliche Grundstücke in einer Zeit verlangt, wo es sehr schwierig ist, dies festzustellen. Oder daß man zum Beispiel bewältigbare Probleme, so sehe ich das, nicht hintanhält. In dem man etwa durch entsprechende finanzielle Zusagen eben auch das Vertrauen herstellt.

Ich komme zur Lagerabwertung: Hier ist es klar, die Lagerabwertung steht sozusagen mit diesen 4,4 Milliarden Schilling. Das steht wirklich. Die degressiven Ausgleichszahlungen für die entsprechenden Produktgruppen, das steht auch. Doch es ist zum Beispiel die agrarische Umweltförderung aus Mitteln der Europäischen Union, des Bundes und der Länder, die immerhin fünfzehn Milliarden Schilling betragen, das entsprechende Förderungsprogramm für das ÖPUL in Brüssel zwar vorgelegt, aber noch nicht entschieden. Ich glaube, das muß man schon anmerken. Oder die Direktzahlungen für Bergbauern. Darüber wird auch erst in einigen Wochen letztlich entschieden und die agrarische Investitionsförderung befindet sich in der gleichen Position.

Worum es mir eigentlich geht, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist, festzustellen, daß einiges auch noch gelernt werden muß, einiges sich erst zu entwickeln hat, weil einfach hier Bürokratien sozusagen erst eine Harmonisierung brauchen. Daß ich aber wirklich davor warne, sich hinzustellen und damit eine Verunsicherungspolitik zu betreiben. Davor warne ich wirklich! Wir können davon ausgehen, daß die Vereinbarungen erfüllt werden. Wir können aber auch davon ausgehen, meine sehr geehrten Damen und

Herren, daß in einer sehr angespannten Lage und auch in einer gesellschaftspolitisch heiklen Lage, das muß man auch hinzufügen, es nicht zu verantworten ist, wenn man hier ganze Gruppen oder Regionen noch zusätzlich verunsichert, so als ob keine Vorsorge oder nicht ausreichend Vorsorge getroffen würde. Ich richte daher wirklich den Appell an alle, daß man hier vorsichtiger mit den Aussagen umgehen soll. Weil wir sonst gerade bei jenen, gegenüber denen wir uns in einer hohen Verantwortung befinden, eben diesen Schutz, dieses selbstverständliche Vertrauen auf Solidarität untergraben. Und ich weiß schon, daß manche politisch sehr wohl genau in diese Richtung kalkulieren. Aber das sollte wirklich nicht auf dem Rücken der Bauern erfolgen.

Ich habe nur mehr einige Minuten Zeit zur Verfügung. Ich möchte nur sagen zu dieser Erfassung der Wähler, weil da immer wieder gesagt wird, es sei ohnehin alles in Ordnung - Herr Kollege Hiller hat das ausgeführt und Sie, Herr Kollege Kurzreiter, haben immer wieder gesagt, das ist Sache der Gemeinden - das kann man auch sagen. Aber wie das erfolgt, ist kein Zufall. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Ich sage das einmal als einer, der auch weiß, wie das so läuft. Es ist ein Unterschied, ob man sich auf den Standpunkt stellt, natürlich könnte der Wahlberechtigte sich auch selber darum kümmern, oder ob man sich so um ihn kümmert, daß man ihm das Wähleranlegeblatt ins Haus bringt, ihn aufmerksam macht, daß er in einer Woche dieses Wähleranlegeblatt abgeben soll, oder man es sogar abholt, wenn man ganz vornehm ist. Da weiß man dann meistens auch irgendwie, warum man es abholt. Und bei anderen, da geht man ein bißchen vorbei bei der Erfassung. Die macht man nicht aufmerksam. Da geht man vorbei und denkt sich, sicher ist man nicht, wie er wählt, also, wenn er nicht selber draufkommt, soll er halt nicht wählen gehen. Nach dieser Methodik, so habe ich den Eindruck, sind da manche Wählerlisten erstellt worden. Und ich glaube, auch das ist nicht notwendig. Denn wir als Sozialdemokraten, und das habe ich ja auch klar und unmißverständlich immer wieder festgestellt, wir bekennen uns zur Interessensvertretung durch die Kammer. Und es gibt ein klares Ja zu dieser Kammer, bitte über Werbung mag man unterschiedlicher Auffassung sein, ob hier ein Pferd oder anderes diese Motivation entwickeln soll.

Wir als Sozialdemokraten bekennen uns jedenfalls zur Interessensvertretung der Bauern. Weil wir auch andere Interessensvertretungen genauso für wichtig halten. Und ich meine, daß wir alles tun müssen, um diese Europareife der Landwirtschaft tatsächlich zu bekommen. Um zu

einem neuen Vertrag zu kommen. Wir haben ja viele Verträge, vom Generationsvertrag über Sozialverträge, wie auch den Gesellschaftsvertrag mit den Bauern. Ohne diesen Vertrag, ohne diese Grundlage können wir tatsächlich keine gesunde flächendeckende Landwirtschaft in Österreich aufrechterhalten. Und in dem Sinne, glaube ich, sollte man tatsächlich jenen Beitrag leisten, in einer sehr schwierigen, historischen Zeit jenen Beitrag leisten, der einer Gruppe, die schwer ringen muß, diese Anpassungen zu bewältigen, eben zukommt. Und in dem Sinne würde ich auch für die nächsten Wochen - es ist ja selbstverständlich, daß diese Aktuelle Stunde sehr wohl in einem Konnex zum 5. März gestellt wurde - würde ich appellieren, im Bewußtsein dieser hohen Verantwortung in diesen nächsten Tagen auch zu agieren. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, die Aktuelle Stunde ist damit beendet.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, zur Novellierung des NÖ Tourismusgesetzes. Ich bitte Herrn Abgeordneten Moser, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 257/T-3 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren! Ich berichte zu Ltg. 257/T-3, dem Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Thema Tourismusgesetz.

Das Tourismusgesetz 1991 hat sich an sich gut bewährt. Es sind jedoch in diesem von der Landesregierung vorgelegten Entwurf einige Regelungen drinnen, die den Ablauf der Beitragseinhebung zwischen Land, Gemeinden und Tourismusregionen optimieren sollen. Ein besonderer Punkt ist hier, daß auch eine Gemeinde an sich, die touristisch besonders bedeutungsvoll ist, die Möglichkeit hat, Mitglied in der Tourismusregion zu werden.

Es ist weiters hier auch angeführt und ich darf darüber berichten, daß im Rahmen des Subsidiaritätsprinzipes hier genau beachtet werden soll, daß den tourismuspolitischen Leitzielen auch draußen in den Regionen und Gemeinden entsprechend Rechnung getragen wird. Es soll hier gerade im Zusammenhang mit der Einhebung der Ortstaxe bei Kurorten, mit der Einhebung von Regionaltaxen auch in Zusammenhang mit speziellen Tourismusbereichen wie etwa dem Semiantourismus entsprechend Rechnung getragen werden.

Ein besonderer Punkt sei hier auch mit angeführt, nämlich, daß Behinderten eine besondere Begünstigung im Zusammenhang mit der Orts- und Regionaltaxe eingeräumt wird und daß im Zusammenhang mit der Problematik von Dauerurlaubern hier eine Pauschalierung im Vorhinein durch die jeweiligen Unterkunftgeber erfolgen kann.

Der Wirtschafts- und Finanz-Ausschuß hat sich in seiner Sitzung vom 9. Februar 1995 mit der Vorlage der NÖ Landesregierung ausreichend beschäftigt. Es wurden Anträge der Abgeordneten Breininger, Keusch und Dkfm. Rambossek im Ausschuß beraten und in den Antrag mit eingearbeitet. Die Begründung und das Geschäftsstück liegt den Damen und Herren des Hohen Hauses vor. Es geht hier in der ergänzenden Begründung vor allem um einige Formulierungen im Hinblick auf den Tourismusverband, Tourismusregion, verschiedene Zuerkennungsformulierungen und vor allem auch um den neuen Termin des Inkrafttretens. Dieses Gesetz tritt mit 1. Mai 1995 in Kraft, zeitgerecht, bevor der Hauptteil der Tourismussaison beginnt.

Ich darf damit die Berichterstattung beenden, da das Geschäftsstück sich in den Händen der Damen und Herren Abgeordneten befindet. Ich darf den Herrn Präsidenten ersuchen, die Debatte dazu einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Professor Breininger.

Abg. BREININGER (ÖVP): Verehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Der Berichterstatter hat bereits in seinem Bericht die wesentlichen Punkte dieses Gesetzesänderungsantrages festgelegt und definiert. Es handelt sich also um eine Änderung im Tourismusgesetz, vor allem die Abgaben betreffend. Erlauben Sie, daß ich die Disposition dieser Novellierung noch einmal in kurzen Punkten vortrage und umreiße.

Vor allem aber wissend oder ahnend, was vielleicht kommen könnte von den Freunden der anderen Fraktionen, darf ich Ihnen, da ich ja aus einer Tourismusstadt komme, und nicht aus der unbedeutendsten, schon sagen, daß natürlich der Nächtigungsrückgang in ganz Europa und leider auch in Österreich bedauerlich ist. Wir spüren ihn auch in unserer Stadt. Daß aber die NÖ Statistik, obzwar nicht erfreulich, weil sie auch ein Minus

aufweist, sich dennoch durchaus im Mittel der westlichen Bundesländer bewegt. Wenn man von Wien absieht, da muß man zugeben Wien "boomt" gerade, ich höre von 6,8 % Plus, während wir ein kleines Minus haben. Dieser "Boom" in Wien ist ein ganz besonderer und ein ganz markanter und nur von Wien aus zu erklären. Wien "dummt" nämlich mit den Preisen und hat eine gigantische Welle von Großhotels in letzter Zeit aus dem Boden gestampft. Und daher füllen sich die Häuser nicht in Wien. Daher geht man in den großen Vier-, Fünfsterhotels so mit dem Preis 'runter, daß man in der Umgebung Wiens - und Niederösterreich ist das Land um Wien - natürlich die Preise verdirbt. Das ist also nicht symptomatisch für das Ganze. Wir liegen mit unserer Statistik insgesamt ganz gut. Aber zur Debatte steht ja heute nicht die Statistik, das werden wir beim Fonds besprechen und bei den anderen Tourismusbeiträgen und Debatten in diesem Haus. Es geht vielmehr um die Novellierung des Tourismusgesetzes. Was sieht diese Novelle vor?

Das Tourismusgesetz 1991 hat sich im großen und ganzen, was die Regelungen über die Träger des Tourismus, die Gliederung der Gemeinden, die organisatorische Struktur, Region und Verbände und die Förderung anbelangt, bewährt und ist gelebtes Recht geworden. Die nunmehr vorgenommenen Änderungen resultieren aus der Erfahrung der praktischen Arbeit und wurden von einer Expertengruppe entwickelt. Die Änderungen bei den Interessentenbeiträgen der Privatzimmervermieter waren dringend erforderlich, da es bisher große Schwankungen bei Gemeinden innerhalb derselben Ortsklasse gab, was manchmal, da keine Jahreshöchstbeiträge festgelegt waren, zu unbilligen Beitragserhöhungen führte. Bisher "weiße" Gemeinden, es hat solche gegeben und gibt sie noch - meine wäre eine solche oder Harbach oder Schönau - das sind also besonders starke Gemeinden, jene, die keinem Tourismusverband angehörten. Die das auch nicht wollen und zum Teil nicht nur selber nicht wollen, sondern auch nicht gewünscht werden von den vielen Kleinen in der Region, weil sie erschlagen werden. Sie sagen wörtlich, eine große Stadt mit vielen Nächtigungen oder ein großes Imperium auf der grünen Wiese erschlägt unsere Werbestrategien. Diese Gemeinden haben jetzt die Möglichkeit, soweit sie touristisch bedeutsam sind, nicht zum Verband zu gehen, zum kleinen Tourismusverband, wohl aber direkt zur Region zu gehen. Das heißt, Mitglied der Region zu werden. Dagegen können wir eigentlich nichts haben. Es ist besser, sie sind dabei und füttern die Region, als sie scheren aus. Zwingen

kann man sie ja nicht. Das ist auch in dieser Novelle drinnen.

Eine Förderung der Tourismusgebietsverbände sollte in Zukunft weiter erfolgen können, wenn Marketingaktivitäten gesetzt werden. Die Einschränkung auf innovative Maßnahmen hat sich als zu restriktiv erwiesen. Das heißt, eine extensive Interpretation bei der Tourismusförderung. Sonstige Förderungswerber sollen unterstützt werden können, wenn ihr Vorhaben den tourismuspolitischen Zielsetzungen des Landes entspricht.

Durch die abgeschlossene Entwicklung des touristischen Leitbildes 2001 des Herrn Landesrates Gabmann, das wirklich greift, durch die regionalen Angebotsleitlinien sind die tourismuspolitischen Zielsetzungen weitgehendst definiert. Das greift neben seinen anderen Werbemaßnahmen, die er wirklich in seinen wenigen bisherigen Jahren zielführend durchgesetzt hat. Und sie werden schon spürbar, etwa die Auslagerung, Privatisierung der Tourismuswerbung mit einem guten Mann, wie wir glauben, der ja ab 1. April sein Amt antreten wird. Auch das steht in seinem Konzept.

Was ist noch in dieser Novelle drinnen? Aufwendige Verfahren bei der Vollziehung gab es beim Seminartourismus. Wir wissen, daß wir hier manchen ein bißchen weh tun müssen. Aber es ist gerecht, was hier steht. Bisher wurden Personen, die aus Anlaß der Berufsausübung oder Berufsausbildung nächtigten, von der Orts- und damit von der Regionaltaxe befreit. Im Einzelfall ist der Nachweis, ob der genannte Befreiungstatbestand vorliegt, aber schwer zu führen. Daher fällt diese Befreiung künftig weg, was auch zu mehr Einnahmen für die Gemeinden und daher auch für die Tourismusregionen führt. An den sozial orientierten Befreiungen, wie zum Beispiel Kinder unter 15 Jahre, Behinderte, Personen, die von der Rezeptgebühr befreit sind und Sozialhilfeempfänger, wird selbstverständlich nicht gerüttelt, sondern daran wird festgehalten.

Auf die Problematik der Dauercamper auf Campingplätzen, das heißt Abrechnung der Orts- und Regionaltaxen - dies war aufwendig in solchen Fällen - wurde insofern eingegangen, als eine Pauschalierung nunmehr geregelt ist. Beim Abgabeverfahren der Ortstaxe erfolgt eine eindeutige Festlegung des Abgabepflichtigen. Das ist zwar de facto nichts anderes als wir hatten, weil auch jetzt muß der Hotelier oder der Unterkunftgeber die Regionaltaxe abführen, aber er war letztlich rechtlich nicht verantwortlich dafür, sondern der Gast, der Kunde. Jetzt ist geregelt,

daß der Unterkunftgeber Abgabepflichtiger ist und auch Abführungspflichtiger.

Beim Interessentenbeitrag wurden Sonderregelungen für alle jene Tätigkeiten teilweise neu definiert, bei denen die Heranziehung des Jahresumsatzes nicht sachgerecht wäre. Zum Beispiel Banken und Versicherungen, wo ja wirklich relativ schwer der Nachweis zu führen ist, ob sie direkt oder indirekt etwas vom Tourismus haben. Ich hege privat, muß ich sagen, die Meinung, daß jeder im Fremdenverkehrsland Niederösterreich letztlich etwas davon hat. Und darum glaube ich auch, daß man der Frage eines größeren Interessentenbeitragskreises einmal näherzutreten muß. Das wird aber eine Frage des Interessenausgleiches sein und wird auch da und dort zu Konflikten führen. Man hat gesehen, daß bei Banken und Versicherungen den Jahresumsatz heranzuziehen, sich nicht bewährt hat und nicht gerecht wäre. Daher erfolgt auch hier eine Modifikation.

Nun aber haben wir, und man kann sagen alle Fraktionen in dem Haus, in den Ausschüssen uns überlegt, ob man die alte Vorlage vom Dezember nicht ändern sollte. Was ich jetzt sagte, beinhaltet ja schon die Änderungen. Und so haben die Abgeordneten Breininger, Keusch, Dkfm. Rambossek und auch Ing. Dautzenberg, im Grunde alle Fraktionen, in verschiedener Hinsicht Änderungen eingebracht, die bereits in diese Fassung eingeflossen sind. Begründung für diese Änderung war, ich nehme von den 12 oder mehr Punkten nur einige heraus, etwa, daß der Unterkunftgeber nicht definiert war, bei Campingplätzen die Frage offen war, wer von der Ortstaxe befreit wird. Der Begriff der Schwerbehinderten wurde erweitert von mindestens 70 % auf 50 %, also anstatt 70 % sind es jetzt 50 %. Pauschalierungsmöglichkeiten für die Abgabepflichtigen wurden ermöglicht und der Freibetrag von zwei Millionen Schilling als Obergrenze eingeführt. Vor allem auch, was die Pauschalierung der Privatzimmervermieter betrifft, die ja wirklich im ersten Entwurf ein bißchen auf die "Scherbank" gekommen wären.

Soweit meine Argumente und meine Stellungnahme zum neuen Tourismusgesetz, zur Novelle. Ich darf nun, Herr Präsident, wenn Sie erlauben, im Zuge meines Debattenbeitrages einen Änderungsantrag hier einbringen und im Anschluß einen Resolutionsantrag.

Zuerst mein Änderungsantrag (*liest*):

"Antrag

der Abgeordneten Breininger, Keusch und Dkfm. Rambossek zur Vorlage der NÖ Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Tourismusgesetzes 1991, Ltg. 257/T-3.

Die Vorlage in der vom Wirtschafts- und Finanz-Ausschuß beschlossenen Fassung wird wie folgt geändert:

1. Die Ziffer 20 entfällt.
2. Die Ziffer '20a' erhält die Bezeichnung Ziffer '20'.
3. Im Artikel II Abs. 1 wird nach dem ersten Satz folgender Satz eingefügt:

'Die Bestimmungen des § 13 Abs. 4, 5 und 6 sind bereits für die Ermittlung des Jahresumsatzes im Jahr 1995 zur Anwendung zu bringen.' "

Soweit mein Änderungsantrag, nunmehr zur Resolution (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Breininger, Keusch, Dkfm. Rambossek und Ing. Dautzenberg zur Vorlage der NÖ Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Tourismusgesetzes 1991, Ltg. 257/T-3, betreffend verwaltungsvereinfachende Maßnahmen im NÖ Tourismusgesetz.

Die Liste der im Anhang genannten Beitragsgruppen umfaßt eine große Zahl von Gewerben, die in der Praxis kaum oder überhaupt nicht bestehen oder, vor allem in den Beitragsgruppen C und D, kaum Standorte in Fremdenverkehrsgemeinden der Ortsklassen I und II haben. Im Sinne einer besseren Übersichtlichkeit des Gesetzes, einer Erfassung jener gewerblichen Tätigkeiten, deren Beitragspflicht tatsächlich aus einem wesentlichen Interesse am Tourismus resultiert, und letztlich einer sinnvollen Deregulierung erscheint eine Neufassung dieses Anhangs erforderlich. Darüberhinaus wäre das Tourismusgesetz dahingehend zu untersuchen, ob nicht in verschiedensten Bereichen, z.B. bei der Verrechnung der Regionaltaxe mit dem Amt der NÖ Landesregierung (Entfall der Abrechnungspflicht bei Kleinbeträgen) verwaltungsvereinfachende Regelungen getroffen werden könnten.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die NÖ Landesregierung, insbesondere Herr Landesrat Ernest Gabmann, wird aufgefordert, eine Überarbeitung des Anhangs zum NÖ Tou-

asmusgesetz vorzunehmen und im Sinne der Antragsbegründung zu untersuchen, in welchen Bereichen verwaltungsvereinfachende Regelungen getroffen werden könnten."

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.
(Beifall bei der ÖVP.)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG (LIF): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Die vorliegende Novellierung des Tourismusgesetzes findet selbstverständlich auch unsere Zustimmung. Und wir gehen auch davon aus, daß die Zufriedenheit, die aus diesem Bericht strahlt, die der Herr Landesrat hier festgeschrieben hat, zum großen Teil zu Recht besteht. Wenn es auch bedenklich ist, daß Niederösterreich nur mit zweieinhalb Prozent an diesem riesigen Tourismusgeschäft beteiligt ist. Das umso mehr, wenn man analysiert, daß eigentlich nur 44 % der Gesamtaufwendungen von Ausländern kommen und 56 % von den Österreichern beigetragen werden. Das zeigt, daß der Österreicher sein Heimatland sehr schätzt und auch gerne hier seine Freizeit verbringt.

Ich glaube, daß auch das Tourismusgesetz in engem Zusammenhang mit den Sportaktivitäten zu sehen ist. Es wird immer mehr Bewegungstourismus empfohlen, es wird auch immer interessanter für die Leute, einem gewissen Erlebnistourismus zu frönen. Und hier komme ich eigentlich nahtlos zu dem vorher Gesagten, bei meiner ersten Rede, daß man auch die Gesetze dahin bringen muß, daß den Leuten, den Aktiven die Möglichkeit geschaffen wird, aktiv tätig zu werden.

Es ist zum Beispiel nach wie vor sehr problematisch, Mountainbike-Touren zu machen. Das Mountainbike ist irgendwo in Verruf gekommen. Vielleicht durch einige, die es wirklich nicht fachlich richtig betrieben haben, vielleicht durch gewisse Emotionen der Jägerschaft oder der Grundbesitzer in nicht richtigem Maße und im Einklang. Wir sind in einer demokratischen Gesellschaft, man kann über alles reden. Richtig betrieben ist es ein tourismusattraktiver Sport, der auch von den Ausländern sehr gerne betrieben wird. Dazu müßte aber auch die rechtliche Basis da sein. Denn jeder Landwirt, jeder Gastwirt, jeder Hotelier, der heute zum Beispiel solche Touren organisiert, begibt sich eigentlich auf eine illegale Ebene bei der Durchführung. Denn überall stehen die Tafeln "verboten". Wenn er doch mit seiner

Gruppe fährt und es passiert ein Unfall, dann kann er zur Verantwortung gezogen werden. Es müßte auch hier eine rechtliche Vorkehrung geben, das gilt genauso für den Reitsport, wie für den Wandersport. Es gibt immer wieder Tafeln, die das Betreten von irgendwelchen Güterwegen verbieten. Die Leute stellen das meistens - und ich habe mit vielen gesprochen - nicht auf, weil sie wirklich dagegen sind, daß jemand geht, sondern als Vorsorge, weil sie haftbar gemacht werden könnten, wenn ein Unfall passiert. Daher stellen sie die Tafel auf. Damit bringen sie aber den, der jetzt dort geht, wieder in den illegalen Bereich seiner sportlichen oder Wanderbetätigung. Ich spreche hier aus Erfahrung, weil gerade im Gebiet Annaberg jetzt sehr stark nach Alternativen gesucht wird. Wir wissen, daß die Schneelage immer dünner, immer schlechter wird und der Sommersport dort sehr stark greift. Und da hat eben zum Beispiel am Joachimsberg jemand schon mit einer Haflingerzucht begonnen und macht Reitwanderungen. Die verzeichnen einen irrsinnigen Zustrom. Die Hotels sind jetzt voll, das funktioniert. Nur, die Problematik der Versicherung müßte auf einer gesetzlichen Ebene irgendwie vorbereitet werden. Ich könnte mir vorstellen, daß das ein Thema auch für unsere zuständigen Ausschüsse wird.

Es ist auch nicht einzusehen, daß 70 % der Tourismusaufwendungen für Transporte in Kärnten, in Salzburg und Tirol anfallen und wiederum nur zwei Prozent in Niederösterreich. Wir haben die Mariazeller Bahn, wir alle wissen, wie schön sie ist. Herr Abgeordneter Gruber hat in der letzten Rede erst wieder betont, wie wichtig sie ist. Ich bin derselben Meinung. Und wir sind selbst jetzt einmal gefahren, der Herr Abgeordnete und ich, mit dieser Mariazeller Bahn. Es ist ein Traum. Man kann wirklich genießen und man kann das vor allem mehr anbieten. Hier fehlen die Konzepte, die wirklich greifen. Und zwar auch greifen für uns Österreicher. Und da ist mir etwas zuviel Politik drinnen. Wie anders könnte es sonst sein, daß gerade das "Schiland", das eine der wesentlichsten Aktivitäten sein hätte sollen in der Vergangenheit für die Region von Lilienfeld bis Mariazell, so Schiffbruch erleidet. Schiffbruch erleidet, indem eigentlich eine dilettantische Konsultation erfolgt ist. Derselbe, der die gemacht hat, dann dort Geschäftsführer geworden ist, dort Investitionen durchgeführt hat gegen alle Vernunft, ist dann noch dazu hergegangen und hat im gleichen Atemzug die Nachbarregion Hochkar und alle möglichen Gebiete beraten. Da ist ja eine Unvereinbarkeit gegeben! Und dann, als alles kaputt war, ist er gegangen. Und jetzt müssen andere sich den Kopf zerbrechen, um

das zu sanieren. Ich hoffe, daß die Sanierung gelingt. Denn bei den Schiliften fängt schon die Problematik an, hier wurden Gewinne vorgerechnet, diese Gewinne können niemals in der Form entstehen. Ein Schilift rechnet sich in vielen dieser bekannten Schiorte nur durch die Umwegrentabilität. Das heißt, daß eben in Geschäften, Hotels, etc. die Touristen Geld dort lassen und dadurch eben praktisch den Ort beleben. Der Schilift als solches ist selten wirtschaftlich. Das wird auch nicht erleichtert durch die notwendigen Auflagen, die jetzt ständig entstehen. Ich würde daher sehr begrüßen, wenn man weiß, daß 25 Milliarden ungefähr in der Sportausübung allein von den Österreichern ausgegeben werden, daß man hier Pakete schnürt auf fachlicher Ebene. Und dann würde ich den Herrn Landesrat ersuchen, daß man aktiver vorgeht, auch Gelder zur Verfügung stellt. Ich komme wieder zu meiner Idee der Privatisierung des Flughafens, der EVN und so fort, um Gelder flüssig zu machen, um einmal einen einschneidenden Griff durchzuführen. Einen Griff, der der Bevölkerung hilft.

Die Betriebe, die wir haben, sind so strukturiert, daß sie im Durchschnitt zu 85 Prozent nur aus vier Beschäftigten bestehen. Und das, wie mein Vorredner gesagt hat, kann dann nicht konkurrieren mit Wien. Doch Wien ist für uns kein Gegner, für mich zumindest, sondern es ist ein Potential, das wir miteinarbeiten können. Ich habe das auch schon oft gesagt. Dann muß aber eine Hotelstruktur entstehen, die dem anspruchsvollen Gast auch die Möglichkeit gibt. Und die fehlt leider und die geht immer mehr zurück. Das ist halt ein Teufelskreis. Auf der einen Seite rückläufige Nächtigungen, auf der anderen Seite höherer Kapitalbedarf. Ich glaube, hier wird man sich irgendwelche Förderungen einfallen lassen müssen. Ich darf zwar vom liberalen Programm her nicht für Förderungen sein, ich bin es aber trotzdem in dieser Form. Weil ich der Meinung bin, daß es notwendig ist, daß wir von diesem Tourismuskuchen mit unserem schönen Land mitpartizipieren.

Kurz noch einmal zu den Alternativen, die eigentlich zu wenig ausgenützt werden. Diesbezüglich wäre die Landwirtschaft ein Punkt, der wirklich auch mitverdienen kann und eine ordentliche Sicherung der Existenz entwickeln kann. Ich kann das in Annaberg, im Mariazeller Raum, nur wieder feststellen, daß es viele Bauern schon gibt, die Fremdenzimmer ausgebaut haben, die Urlaub am Bauernhof anbieten. Und das ist interessanterweise nicht einmal ein Saisongeschäft, sondern das wird hier 12 Monate lang voll angenommen. Weil eben viele Leute den Herbst lieben, das ist ja

eine wunderschöne Jahreszeit. Es muß ja nicht jeder wild Sport betreiben, sondern die wandern halt dann eben. Aber die Zimmer sind voll, pausenlos, viele Deutsche, Dänen, Schweden kommen dorthin. Weiters darf ich auch, Herr Landesrat, ersuchen, daß man sich in der Werbung doch intensiv auf die ehemaligen Ostblockländer konzentriert. Hier gibt es viele Leute mit Geld. Und wir sehen das in unserer Region, daß es ankommt. Und daß da schon ein vorerst einmal sehr vorsichtig beobachtender Gast da war, so als ob man gesagt hätte, bitte, man weiß nicht, der aber jetzt schon gern gesehen ist.

Im Zusammenhang mit all diesen Punkten, die ich jetzt angeschnitten habe glaube ich, daß noch lange nicht alles ausgeschöpft ist. Noch lange nicht. Und daß die Professionalität doch greifen muß. Daß man nicht engstirnig sagt, Niederösterreich kann nur von Niederösterreichern beraten werden, sondern daß man sich auch hier einmal befreit und europäisch denkt. Ich bin nicht der Meinung, daß die EU jetzt eine Veränderung gebracht hat. Eher nur ein positives Aufmachen, weil es leichter geworden ist für unsere EU-Kollegen, jetzt hier nach Österreich zu kommen. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland, die Probleme in den anderen EU-Staaten, die ja zweifelsohne da sind, führen dazu, daß gerade solche Regionen wie unsere jetzt sicher stärker angenommen werden können. Man sieht den Rückgang in Lech, man sieht den Rückgang in Kitzbühel, dort ist man zu teuer. Wir haben noch die Chance und ich ersuche den Herrn Landesrat, diese wahrzunehmen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Der Herr Berichterstatter hat ja bereits einen ausführlichen Querschnitt über die Änderungen anlässlich dieser längst fälligen Novelle zum Tourismusgesetz vorgetragen. Für uns ist diese Novelle vor allem durch zwei Kernpunkte geprägt. Ich habe in diesem Zusammenhang auch die Worte "längst fällig" verwendet, um bewußt zu machen, daß die Neudefinition des § 10, "Förderung von sonstigen Förderungswerbern", eigentlich lediglich eine Nachjustierung der gesetzlichen Grundlage an die bisher bereits geübte Praxis darstellt. Wir werden aber, was diese Nachjustierung betrifft, unsere Toleranz unter Beweis stellen. Ich betonte es bereits einleitend, daß wir der Novelle die Zustimmung geben werden. Dies vor allem deswegen, weil wir

ganz einfach davon überzeugt sind, daß der Tourismus in unserem Land unter anderem ein ganz wesentlicher Faktor für den nachhaltigen Nebenerwerb zahlreicher Landesbürger ist.

Kernpunkt Nummer 2 ist für uns bei dieser Novelle die Änderung bei den Interessentenbeiträgen der Privatzimmervermieter. Die Einführung von landesweit einheitlichen Prozentsätzen von Jahreshöchstbeiträgen für die Einhebung der Interessentenbeiträge bei den Privatzimmervermietern ist wirklich zu begrüßen. Ich sehe das auch ein bißchen unter dem Aspekt "Urlaub auf dem Bauernhof", der zweifellos ein sehr wichtiger Bestandteil im vielfältigen Freizeitangebot unserer Regionen ist. Ich sehe das aber auch angesichts des Beitrittes zur Europäischen Union, daß der Urlaub auf dem Bauernhof zu einer Existenzgrundlage zahlreicher bäuerlicher Betriebe werden wird. Ich darf aber auch darauf hinweisen, daß man nicht vergessen soll, daß heute insbesondere bäuerlich gepflegte Landschaft und eine intakte Umwelt die zentralen Faktoren im Tourismus sind, die den Gast ansprechen. Neben diesen zwei Kernpunkten hat die Novelle auch eindeutig klargestellt, das wurde auch schon erwähnt, daß der Seminartourismus ortstaxepflichtig geworden ist. Eindeutig wurde auch geregelt, daß für Dauercamper von Campingplatzbetreibern die Ortstaxe in pauschalierter Form entrichtet werden kann.

Herr Professor Breininger hat auch bereits erwähnt, daß es zu einer Ausweitung bei den Schwerbehinderten gekommen ist. Er hat auch erwähnt, daß durch das Wort Freibetrag eindeutig klargestellt ist, daß bei der Berechnung der Interessentenbeiträge vom Jahresumsatz 2 Millionen in Abzug zu bringen sind bzw. als Freibetrag zu berücksichtigen sind. Entgegen dem Herrn Professor Breininger möchte ich schon erwähnen, daß es mir nicht unbedingt gefällt, wie die Problematik der sogenannten "weißen Gemeinden" gelöst wurde, die in Zukunft die Möglichkeit haben werden, Mitglied einer Tourismusregion zu werden. Eine Regelung, die ich als nicht unbedingt für notwendig erachtet habe. Ich sehe nämlich in dieser Regelung wirklich eine Gefahr, daß es zu einer Aushöhlung der touristischen Basis kommen kann. Gemeinden oder Bürgermeister, Herr Professor, die in einem Tourismusverband beleidigt worden sind, die vielleicht ihre persönlich gesteckten Ziele nicht erreichen, werden ganz einfach durch diese Regelung geradezu motiviert, den jeweiligen Tourismusverband zu verlassen, sich die Mitgliedsbeiträge an den Verband zu ersparen und sich direkt einer Tourismusregion anzuschließen.

Dahin sehe ich eine große Gefahr. Mir ist aber auch bewußt, daß durch dieses Gesetz eine Möglichkeit geschaffen wurde, den Wildwuchs "weißer" Gemeinden hintanzuhalten. Und diesbezüglich wird der Herr Landesrat Gabmann vor allem gefordert sein, daß er Gemeinden nur dann den Zugang zu einer Tourismusregion ermöglicht, wenn sie wirklich nicht die Möglichkeit haben, sich einem Tourismusverband anzuschließen. Und wenn dieser Wildwuchs vom Herrn Landesrat Gabmann möglichst hintangehalten wird, dann wird es diese Gefahr vielleicht nicht geben. Ein bißchen betrüblich, Herr Landesrat, und ich freue mich, daß Sie als Regierungsmitglied hier sind, stimmt mich, daß durch diese Novelle verschiedene Anachronismen aus dem Tourismusgesetz nicht beseitigt worden sind. Ich sehe als einen Anachronismus vor allem die Aufrechterhaltung des § 4, der die Meßzahlen für die Feststellung der Tourismusbedeutung von Gemeinden normiert, der damit die Grundlage für die Ortsklasseneinteilung ist. Denn diese Regelung ist seit längerer Zeit nach meiner Meinung, nach unserer freiheitlichen Meinung überholt, da sie für uns ein bißchen eine sehr, sehr theoretische Schreibtischüberlegung ist.

Die Ortsklasseneinteilung kommt durch diese Regelung auch einer, ich möchte es bezeichnen, Bürokratie gleich. Denn für den einzelnen Betrieb ist es absolut überhaupt nicht feststellbar oder nur äußerst schwer feststellbar, warum er in Ortsklasse 1, 2 oder 3 bezahlt. Ich meine auch, daß die im Gesetz verankerte Regelung über den Median viel zu wenig eigentlich die touristischen Einrichtungen in den einzelnen Gemeinden, aber auch in der Umgebung, berücksichtigt. Und ich würde wirklich ersuchen, auch hier bei der Überarbeitung das zu überdenken, daß man eine andere Möglichkeit schafft, vielleicht die Gemeinden hier anders zu klassifizieren.

Wir haben aber auch, das hat mir ein bißchen weh getan in unseren Gesprächen, eine Verwaltungsvereinfachung angeregt, um auch dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit zu entsprechen. Da ist es dabei gegangen um den Entfall der Abrechnungspflicht bei der regionalen Taxe bei Kleinbeträgen. Ich habe hier vorgeschlagen, daß man wirklich Überlegungen anstellen soll, daß man von den Gemeinden die Regionaltaxe nicht mehr einhebt und abführt an das Land, wenn das vierteljährliche Aufkommen 500,- Schilling nicht übersteigt. Ich möchte hier im Hohen Hause ein Beispiel herausgreifen, nämlich die Gemeinde St. Andrä-Wördern. In dieser Gemeinde gibt es zirka 300 Jahresnächtingungen, daher sind 300,- Schilling an Regionaltaxe im Jahr abzuführen.

Und ich glaube, es müßte hier im Hohen Haus Einigkeit darüber bestehen, daß bei jährlich 300,- Schilling Regionaltaxe die Suppe eigentlich mehr kostet als das Fleisch. Und solche Gemeinden gibt es in größerer Anzahl in Niederösterreich. Ich bin daher auch sehr froh, daß es zu einem gemeinsamen Resolutionsantrag gekommen ist, den der Herr Professor Breiningen bereits vorgetragen hat und mit dem der Herr Landesrat aufgefordert ist, daß bei einer Überarbeitung des Tourismusgesetzes über diese freiheitliche Initiative nachgedacht wird.

Hohes Haus! Für unser Land als Umland von Wien ist aber vor allem der Ausflugs- und Tages-tourismus von einer ganz wesentlichen Bedeutung. Daher meine ich, daß in fast allen Darstellungen über die Leistungen im Tourismus die gebräuchlichen Zahlen, nämlich die Ankunft von Gästen bzw. die Übernachtungen für Niederösterreich nicht unbedingt jene Aussagekraft besitzen, die wir aber oft benötigen würden. Ich meine, benötigen würden für Zwecke der Förderungen. Professor Breiningen hat auch schon in hellseherischer Art den Rückgang der Nächtigungen kundgetan, die wir ganz einfach brauchen würden, um die Tourismusentwicklung in unserem Lande richtig zu qualifizieren. Ich bin daher auch sehr froh, daß der Herr Abgeordnete Keusch einen diesbezüglichen Resolutionsantrag als nächster Redner noch einbringen wird, womit der Herr Landesrat ersucht wird, Überlegungen anzustellen, daß man auch den Ausflugs- und Tagestourismus als ein weiteres Kriterium in die Darstellung der Tourismusentwicklung einbeziehen kann.

Ich habe es schon erwähnt, ich bin nicht ganz der Meinung des Herrn Professor Breiningen, wenn er heute gesagt hat, daß wir heute über die Novelle zum Tourismusgesetz sprechen, daß das nicht auch Gelegenheit geben soll, über die Tourismusentwicklung zu befinden. Ich bin deswegen nicht der Meinung des Herrn Professor Breiningen, weil ich via Rundfunk erst vor wenigen Tagen mit den Aussagen des neuen Geschäftsführers der NÖ Werbung GesmbH konfrontiert worden bin. Und diese Aussagen haben mir schon ein bißchen zu denken gegeben. Herr Professor Breiningen hat schon gesagt, wir verzeichnen wieder einen Rückgang der Gesamtübernachtungen. Ich möchte dem aber einmal ein bißchen kumuliert ins Auge sehen. Es ist bedauerlich, daß wir diesen Rückgang haben, aber dieser Rückgang macht in den drei Jahren von 1992 bis 1994 nun einmal 572.000 Übernachtungen aus. Ich möchte das heute einmal nicht nur unter den Zahlen des Rückganges der Übernachtungen beleuchtet wis-

sen, sondern ich möchte das heute auch einmal in Schillingen ausdrücken. Da gibt es eine Gästebe-fragung über die Ausgaben der Touristen in Niederösterreich. Und da gibt eben ein Minus von 572.000 Gästeübernachtungen rund eine halbe Milliarde Schilling, die die NÖ Tourismuswirtschaft in diesen drei Jahren bitte an Einnahmen verloren hat. Ich glaube, wenn ich das jetzt in Relation

setze zu dem Radiointerview mit dem neuen Geschäftsführer der Niederösterreichwerbung, daß hier mehr die Alarmglocken läuten müßten. Daß man hier Konzepte anbieten müßte, die darauf abzielen, vor allem kurzfristig, Herr Landesrat, positive Auswirkungen auf unsere Tourismusentwicklung zu zeitigen. Daher meine ich, daß man vor allem den wichtigsten Herkunftsmarkt für Niederösterreich, nämlich den deutschsprachigen Raum, Deutschland, mit einer entsprechenden Verkaufsphilosophie verstärkt bewerben müßte. Ich halte das für eine Maßnahme, die sicher kurzfristig greifen würde. *(LR Gabmann: Ich war vorgestern in München!)*

Freut mich, Herr Landesrat! Aber der neue Geschäftsführer, und Sie sind ja Eigentümervertreter in dieser NÖ Werbung GesmbH, hat uns via Radio wissen lassen, daß er vor allem den asiatischen Raum bewerben wird. Ich halte das sicherlich für eine Fremdenverkehrsphilosophie. Aber eine, die nicht jetzt greift, sondern vielleicht längerfristig greift. Und bei einem Rückgang der Einnahmen der Tourismuswirtschaft in den letzten drei Jahren von einer halben Milliarde Schilling brauchen wir bitte Maßnahmen, die sofort greifen. Daher meine ich, daß eben hier nicht Philosophieren, sondern Handeln gefragt ist. Und ich bitte Dich, Herr Landesrat, in Deiner Eigenschaft als Eigentümervertreter, dem Geschäftsführer vielleicht ein bißchen auf die Sprünge zu helfen. Ich betone es nochmals, daß ich meine, daß Kontinuität und eine stärkere Verkaufswerbung im deutschsprachigen Raum sicherlich geeignet ist, uns kurzfristig bessere Tourismuszahlen für Niederösterreich zu beschern. *(Beifall bei der FPÖ und Abg. Knotzer.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Keusch.

Abg. KEUSCH (SPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Auch wir Sozialdemokraten sind der Meinung, daß es notwendig ist, die Ecken, die sich in der praktischen Anwendung des Tourismusgesetzes herauskristallisiert haben, der Praxis sozusagen anzugleichen, das Gesetz zu ändern und die Erfahrungen und Erkenntnisse, die aus der praktischen Anwendung resultieren, in das Gesetz einzuarbeiten. Wenngleich wir der Meinung waren, daß diese Novelle eben in viel umfassenderer Form schon früher hätte kommen sollen.

Ich sage das aber nicht aus grundsätzlicher Gegnerschaft, sondern es ist ja nicht neu, daß es

einige Änderungen schon lange hätte geben sollen. Trotzdem stimmen wir, wie ich es nennen möchte, dieser Minimalvariante zu. Es ist ja von meinen Vorrednern schon darauf verwiesen worden, was alles noch zu ändern ist. Weil wir meinen, daß zumindest der politisch derzeit außer Streit stehende Teil rasch in Kraft treten soll. Und daß nicht durch eine langwierige Behandlung oder durch langwierige Verhandlungen heikler tourismuspolitischer Themen, wie eben die Überarbeitung des Branchenanhanges oder die Neugestaltung der Interessentenbeiträge, über die heute überhaupt noch nicht geredet worden ist, was ich durchaus im Zusammenhang mit den bevorstehenden Handelskammerwahlen verstehe, oder auch die Frage eines Tourismusraumordnungsgesetzes, das man diskutieren sollte und auch die Anwendung eines aussagekräftigeren Tourismusparameters, daß durch Verhandlungen über diese heikleren Themen die heutige Novellierung des Gesetzes nicht verzögert oder blockiert werden soll.

Die Details dieser Novelle haben meine Vorredner ausgeführt. Ich möchte das auch mit einigen Gedanken ergänzen. Ich kann mich damit identifizieren, daß die als sogenannte "weiße Gemeinden" bezeichneten Gemeinden, die bei keinem Tourismusverband sind - aus durchaus verständlichen Gründen - daß die in eine Region aufgenommen werden, in die Tourismusregion aufgenommen werden sollen. Erstens einmal handelt es sich um nicht sehr viele. Mir ist nur bekannt, daß es sich um eine Gemeinde handeln könnte, die der Ortsklasse 1 angehört, also eine entsprechende Tourismusrelevanz hat. Und die Befürchtung, daß es hier einen Wildwuchs von "weißen Gemeinden" oder eine Flucht dieser Gemeinden aus den Verbänden geben wird, die halte ich für unbegründet. Da hat man versucht, ein Gespenst an die Wand zu malen, weil erstens einmal es sich nur um Gemeinden der Ortsklasse 1 handeln kann, die als Nichtverbandsmitglied in die Tourismusregion kommen könnten und zweitens, weil es der Zustimmung der Landesregierung bedarf.

Es ist also hier ein Korrektiv vorgesehen. Es ist von den Vorrednern dargelegt worden, worum es denn da wirklich geht. Ich möchte auch ein Beispiel bringen. Ich kann mir zum Beispiel vorstellen, daß Gemeinden, die eine sehr spezielle Tourismusintention aufzuweisen haben, wie Gesundheitstourismus zum Beispiel, etwa Bad Schönau oder Harbach, daß die unter Umständen durch ihre Dominanz auf einem ganz speziellen Gebiet nicht unbedingt in die Intention eines aus mehreren Gemeinden bestehenden Tourismus-

verbandes passen. Oder ein anderes Beispiel aus meiner engeren Umgebung. Unser Tourismusverband hat "Alpenvorland-Mostviertel" geheißen, jetzt heißt er "Mostarrichi". Da gibt es eine Reihe Gemeinden, die tatsächlich das Alpenvorland darstellen. Und dazu gibt es aber auch noch die Gemeinden des Donauraumes. Und die sind für meine Begriffe in diesem eher von den Gemeinden des Alpenvorlandes dominierten Tourismusverband weniger vertreten. Wenn man sich hier nicht entsprechend repräsentiert fühlt, kann ich mir vorstellen, daß man sagt, ich gehe einen eigenen Weg, ich gehe in die Tourismusregion. Damit ist die tourismuspolitische Mitwirkung in der Tourismusregion gewährleistet. Und diese Gemeinden hätten auch - und das ist auch wichtig - damit einen Zugang zur Regionaltaxe. Denn sie leisten ja auch die Abgaben dafür bzw. sie heben sie ein und leiten sie weiter.

Es ist die Zustimmung, die zum finanziellen Hilferuf der Tourismusverbände ergangen ist, auch aus meiner Sicht wichtig. Nämlich daß die Förderungseinschränkung der Verbände nur für die Förderung innovativer Marketingmaßnahmen aufgehoben wurde. Weil ich meine, daß die Tourismusverbände die Ideenlieferanten für die Tourismuspolitik des Landes sind und daß man dort möglichst professionell arbeiten soll und daß das natürlich auch finanzielle Mittel bedeutet. Daß das Geld kostet. Ich glaube, nur wenn professionell gearbeitet wird im Tourismus, dann besteht auch die Chance, daß der Tourismus ein zusätzliches wirtschaftliches Bein wird und daß die Menschen vom Tourismus auch in ihrer Existenz profitieren.

Bezüglich der Ortstaxe wurde schon ausgeführt, wer also der Einhebungs- und Entrichtungsbeauftragte ist. Daß das der Beherberger ist und nicht mehr, wie früher, vor der Novelle der Gast. Das wäre dann doch etwas skurril, wenn man den Gast mitverantwortlich macht dafür, daß die Ortstaxe abgeführt wird. Denn der ist womöglich gar nicht mehr am Urlaubsort und steht auch nicht mehr zur Verfügung. Und das finde ich daher legitim, das entsprechend zu ändern.

Daß der Seminartourismus nun für ortstaxepflichtig erklärt wurde, damit kann ich mich identifizieren. Es ist ja auch so, daß der Seminartourismus ein Teil unseres Tourismusangebotes ist, daß er auch aus Tourismuskriterien gefördert wird. Und aus dem Grund halte ich es für legitim, daß der, der aus dem Tourismus einen Nutzen zieht, auch seinen Obolus leistet. Lehrlinge sind ausgenommen, desgleichen sind Nächtigungen in Bildungsstätten nicht ortstaxepflichtig, wenn diese

nicht auf Gewinn ausgerichtet sind. Zivilbehinderte mit 50 % Minderung der Erwerbstätigkeit sind nicht ortstaxepflichtig, das wurde angeführt. Im § 13, der die Interessentenbeiträge regelt, bezieht sich der Novellierungsschwerpunkt einerseits auf Sonderfälle, wo man also den Umsatz nicht unbedingt umlegen kann für die Berechnung der Interessentenbeiträge, und im wesentlichen, ebenfalls schon ausgeführt, auch auf den Interessentenbeitrag, den die Privatzimmervermieter zu leisten haben. Hier hat es massive Wünsche in die Richtung einer Novellierung gegeben. Hier gibt es in Zukunft zum Unterschied von vorher, wo in Gemeinden unterschiedlich festgelegt werden konnte, landeseinheitliche Prozentsätze zur Berechnung und auch eine Höchstgrenze für die Beiträge und natürlich auch einen Unterschied in den Ortsklassen, denen die Gemeinden zuzuordnen sind. Und dennoch gibt es natürlich - ich habe es vorhin auszuführen versucht - einige Tabus. Etwa die Überarbeitung des Branchenanhanges. Hierzu ist ein Antrag eingebracht worden. Und ich meine, daß auch die Interessentenbeiträge einmal einer Betrachtung zuzuführen sind. Was den Branchenanhang betrifft, gibt es doch einige Skurrilitäten. Es sind im Branchenanhang zum Beispiel noch als interessentenbeitragspflichtig Schweinemäster angeführt, Teererzeuger, Ziegelbrenner. Ich kann mir kaum vorstellen, daß sich ein Teererzeuger in der Nähe oder überhaupt in einer Tourismusgemeinde, die ja eine bestimmte tourismuspolitische Relevanz hat, halten wird können. Das wird nicht möglich sein. Denn entweder ist es eine Industriegemeinde oder ist es eine Tourismusgemeinde. Wenn ich von Skurrilität geredet habe, ich kann mir auch kaum vorstellen, daß Leintücher in den Hotels der Kurstadt Baden, die ja besondere tourismuspolitische Bedeutung hat, von Weißnäherinnen, die auch im Branchenanhang als interessentenbeitragspflichtig angeführt sind, repariert werden. Ich meine also, diesen Branchenanhang sollte man wirklich umgehend auf Plausibilität prüfen.

Und auch das wurde andiskutiert: Wir brauchen uns nicht über die vielleicht uns unlieben Tourismustrends, nämlich den Nächtigungsrückgang oder die Nächtigungsentwicklung, die nicht immer so verläuft, wie wir uns das wünschen, zu wundern. Wir haben zur statistischen Darstellung des Tourismus in Niederösterreich ein für meine Begriffe untaugliches Element, weil gerade im NÖ Tourismus der Ausflugs- und Tagestourismus besonders ausgeprägt ist und die Darstellung in Form von Nächtigungen bzw. von Ankünften eigentlich nicht unserer Tourismussituation ent-

spricht. Wir brauchen daher ein besseres Instrumentarium, das darzustellen. Und ich könnte mir vorstellen, daß man die Meßgrößen verwendet, die auch für die Zuordnung der Gemeinden in bestimmte Ortsklassen angewendet werden. Die Nächtigungsintensität, den Umsatz, umgelegt auf die Bevölkerung usw., daß also diese Meßgrößen angewandt werden. Ich darf in dem Zusammenhang einen Antrag einbringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Keusch, Breininger, Dkfm. Rambossek und Ing. Dautzenberg zur Novelle zum NÖ Tourismusgesetz 1991, Ltg. 257/T-3, betreffend Darstellung des Tagestourismus.

In fast allen Darstellungen der Leistungen im Tourismus nehmen die Zahlen über die Ankunft von Touristen bzw. die Nächtigungszahlen eine hohe Wertigkeit ein. Für ein Land wie Niederösterreich, das nicht zufällig lange Zeit den Werbeslogan "Das Land um Wien" benutzt hat und dessen touristische Bedeutung in einem großen Ausmaß durch den Ausflugs- und Tagungstourismus begründet ist, können daher Nächtigungszahlen nicht jene Aussagekraft haben, wie in anderen Bundesländern. Gerade aber für Zwecke der Förderung erscheint es wichtig, aussagekräftige Zahlen über den Tourismus zur Verfügung zu haben.

Die Landesregierung und insbesondere das für Tourismusangelegenheiten zuständige Mitglied der Landesregierung, Landesrat Ernest Gabmann, werden daher aufgefordert, Überlegungen anzustellen, daß neben den Nächtigungszahlen auch andere Kriterien, wie z. B. der Ausflugs- und Tagestourismus, der statistischen Darstellung der Tourismusedwicklung in NÖ zugrunde gelegt werden."

Meine Damen und Herren! Wir verfügen, und das darf ich wirklich mit Befriedigung feststellen, nach der Novellierung dieses Tourismusgesetzes über ein ausgereiftes, ein praxiserprobtes, ein modernes Tourismusgesetz. Und wir haben auch die Tourismuskonzepte, Niederösterreich 2001, das Donauraumkonzept. Wir haben die finanziellen Mittel, ich denke an die Mittel des Fremdenverkehrsförderungsfonds. Herr Landesrat! Ich stehe nicht an zu sagen, es ist Dir gelungen, diesen in den letzten Jahren deutlich anzuheben. Wir haben die Ortstaxe zur Verfügung, um im Tourismus etwas zu bewegen. Und wir haben auch die Regionalförderungsmittel verfügbar. Und was mei-

ner Meinung nach sehr wichtig erscheint, wir haben jetzt in jedem Landesviertel einen Regionalmanager. Ich weiß schon, daß der nicht ausschließlich sich mit Tourismus zu beschäftigen hat, aber es ist auf jeden Fall jene Kapazität, die man braucht, um Tourismuspolitik professionell umsetzen zu können. Wir haben auch viel bewegt in unseren NÖ Tourismusaktivitäten. Gewaltige Investitionen in den Sommer- und Wintertourismus sind erfolgt, ich denke an Semmering, Hochkar, Schilandinvestition, am Ötscher wurden Lifanlagen gebaut, Schneekanonen installiert, ich denke auch an das ganze technische Drum-Herum, das man bei diesen modernen Anlagen braucht.

Ich denke an den Ausbau des Radwegenetzes, den Donauradweg, an die Radinitiativen Retzerland, Kulturpark Kamptal und auch an die Initiativen ARGE Rad im Mostviertel, die bemüht ist, die radtouristische Infrastruktur herzustellen. Also nicht nur, einen Radweg zu bauen, sondern auch das Drum-Herum. Ich möchte noch die Millenniumsfeier anführen, die für meine Begriffe ein ganz wesentlich touristischer und damit auch wirtschaftlicher Impuls für unsere Region, für die Wiege Österreichs sein wird.

Als verunglückt muß ich leider die Privatisierung der Tourismuswerbung bezeichnen. Ich gebe zu, der Versuch war wohl gut gemeint, aber das ist halt in dem Maße noch nicht erfolgt. Leider hat sich bis jetzt nur die Handelskammer mit 5 Prozent Anteil beteiligt, 95 % und die ganzen Beamten gehören nach wie vor dem Land. Neu ist der Manager, das wurde angeführt. Und was ich bedaure ist, daß sich aus der Branche, aus der Tourismusbranche eigentlich noch niemand wesentlich an dieser privatisierten NÖ Tourismuswerbung beteiligt hat. Ich hoffe aber, daß das noch kommt. Dies-

bezüglich müssen wir sicher Anstrengungen unternehmen. Ich kann mir kaum vorstellen, daß es keinen Interessenten gibt, den ein etwa 40 Millionen Schilling insgesamt betragendes Budget nicht interessiert, daß das nicht einen Anreiz böte.

Ein kritisches Wort, Herr Landesrat, darf ich auch zur Wirtshausaktion sagen. Nämlich im Zusammenhang mit dem Tourismus, nicht generell. Ich glaube, daß man klar definieren sollte, wo das Gasthaus oder das sogenannte Wirtshaus im positiven Sinn Teil eines touristischen Angebotes ist. Denn dann ist die Förderung aus dem Fremdenverkehrsförderungsfonds okay. Wenn man aber das sogenannte Dorfwirtshaus als örtliches Kommunikationszentrum, als Vereinslokal, als Veranstaltungsmöglichkeit, egal, wo es sich standortmäßig befindet, um einen Ausdruck aus dem Privatzimmervermietungsgesetz zu verwenden, wenn es in einer "Einschichtlage" ist oder in einer entlegenen Gegend, dann soll mir das auch recht sein. Ich habe nichts dagegen, wenn man das Gasthaus als Kommunikationsstätte fördert. Aber dann bitte ist es ein Teil der allgemeinen Wirtschaftsförderung. Dann gehört es nicht aus der Fremdenverkehrsförderung gefördert, sondern dann sollte man es aus dem Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds fördern. Und dann muß man diese Aktion trennen. An sich würde ich meinen, und das hat einer der Vorredner gesagt, wir sollten uns wirklich überlegen, ob man mit dieser Aktion die Probleme der Gastronomie grundsätzlich löst. Ich glaube es nicht. Wenn man an die schwache Eigenkapitalbildung denkt, dann muß man etwas anderes tun als den Gastronomen moralische Stärke anzubieten.

Dennoch glaube ich, ist in den letzten Jahren nicht zuletzt Herr Landesrat, ich stehe auch nicht an, das zu sagen, auf Grund Deiner Bemühungen, eine Bewegung in die Tourismuspolitik gekommen. Ich darf für die Sozialdemokraten reklamieren, daß auch wir uns sehr engagiert haben in Tourismusfragen und uns bemüht haben, unseren Beitrag positiv vor Ort dazu zu leisten. Ich glaube, daß der EU-Beitritt mit den zusätzlichen Förderungschancen, die sich bieten, auch eine Chance für den NÖ Tourismus bildet, und daß wir unter Umständen mit gemeinsamen Anstrengungen einen großen Schritt in eine neue Tourismuszukunft in Niederösterreich tun können. *(Beifall bei der SPÖ, Abg. der ÖVP u. LR Gabmann.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Hohes Haus! Wie Sie

sicher bereits bemerkt haben, hat es der Berichterstatter verabsäumt, den Antrag zu stellen. Auch der Schriftführer des Landtages hat mich bereits darauf hingewiesen. Ich darf daher den Berichterstatter bitten, diesen Antrag nachzuholen.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Nach Bericht und Debatte darf ich nun den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses stellen über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Tourismusgesetzes 1991, LGBl.7400 *(liest)*:

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Tourismusgesetzes 1991, LGBl.7400, wird in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Ich darf den Herrn Präsidenten ersuchen, die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich danke für den Antrag. Ich stelle die Frage, ist die verspätete Antragstellung noch ein Anlaß für eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ich darf daher als erstes über den Abänderungsantrag der Abgeordneten Breining, Keusch, Dkfm. Rambossek abstimmen lassen. Ich nehme an, der Inhalt ist bekannt. Oder soll der Herr Berichterstatter gebeten werden, ihn noch einmal vorzutragen? Das ist nicht der Fall. Ich darf daher über den Abänderungsantrag abstimmen lassen. *(Nach Abstimmung über den vorgelegten Abänderungsantrag)*: Einstimmig angenommen!

Wir kommen damit zur Abstimmung über die Vorlage selbst. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses)*: Einstimmig angenommen!

Ferner liegen zwei Resolutionsanträge vor. Als erster der Resolutionsantrag der Abgeordneten Breining, Keusch, Dkfm. Rambossek, Ing. Dautzenberg betreffend verwaltungsverein-

fachende Maßnahmen im Tourismusgesetz. Ich nehme an, daß auch dessen Inhalt bekannt ist. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Einstimmig angenommen!

Der zweite Resolutionsantrag ist jener der Abgeordneten Keusch, Breininger, Dkfm. Rambosek und Ing. Dautzenberg betreffend Darstellung des Tagestourismus. Auch hier ist anzunehmen, daß der Inhalt vollinhaltlich bekannt ist. Ich lasse daher abstimmen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Einstimmig angenommen!

Hohes Haus! Wir kommen damit zum nächsten Tagesordnungspunkt und ich ersuche den Herrn Abgeordneten Klupper, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 262/B-1/4 einzuleiten.

(Zweiter Präsident Koczur übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter Abg. KLUPPER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte zur Zahl Ltg. 262/B-1/4 betreffend den Bericht II/1994 des Finanzkontrollausschusses.

Die Finanzkontrolle des Landes wird vom Finanzkontrollausschuß gemäß Art. 51 - 56 der NÖ Landesverfassung ausgeübt. Gemäß Art. 54 der NÖ Landesverfassung hat der Finanzkontrollausschuß über die bei Ausübung seines Kontrollrechtes gemachten Wahrnehmungen, jeweils, mindestens aber halbjährlich, Bericht zu erstatten. Der nun vorliegende Bericht II/1994 enthält sieben Prüfberichte. Er behandelt fünf Berichte über Pensionistenheime und zwei Berichte im Bereich der Landesjugendheime.

Ich darf daher namens des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses folgenden Antrag stellen *(liest)*:

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Bericht II/1994 des Finanzkontrollausschusses über die bei Ausübung seines Kontrollrechtes gemachten Wahrnehmungen wird zur Kenntnis genommen.
2. Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen Sorge zu tragen, daß den in diesem Bericht dargelegten Auffassungen des Finanzkontrollausschusses entsprochen wird."

Ich darf den Herrn Präsidenten bitten, die Debatte einzuleiten und danach die Abstimmung vorzunehmen.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Ich danke dem Herrn Berichterstatter und eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt die Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. ROSENKRANZ (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Befund, den das Kontrollamt nach seiner Querschnittsprüfung über die Pflegesituation in den NÖ Landespensionistenheimen vorgelegt hat, trifft nicht nur den Nagel auf den Kopf, sondern ist auch von doppelter politischer Brisanz. Brisanz deswegen, weil gerade in den letzten Tagen in den Medien wieder über schauerliche Zustände in Pflegeheimen berichtet worden ist. Und ich möchte sagen, wir sollten uns nicht damit beruhigen, daß hier eben sensationsgierige Medien Gerüchte lanciert haben, sondern wir haben es ja bereits einmal erlebt in Lainz, daß alle diese Gerüchte ihre Wirklichkeit gehabt haben und es tatsächlich zu fürchterlichen und mörderischen Vorfällen gekommen ist.

Zum zweiten Brisanz auch deswegen, weil hier in hervorragender Weise demonstriert und dokumentiert ist, wie ein Problem, das in Kürze für uns ein zentrales sein wird, in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird und wie es von den politisch Verantwortlichen behandelt worden ist. Wenn ich hier ein Fazit ziehen soll, so steht in diesem Bericht, wir haben das Problem der Altenbetreuung und das demographische Problem der immer größeren Anzahl von alten Menschen spät, sehr spät wahrgenommen. Wir haben jetzt reagiert, wir laufen aber natürlich hinter der Entwicklung her und die Zukunft wird für uns eine ungeheure Herausforderung bedeuten. Und wir werden das Problem gar nicht bewältigen können, ohne daß hier entscheidendes Umdenken passiert.

Bis zum Jahr 1990 ist in dieser Hinsicht eigentlich in Niederösterreich wenig passiert. Der Dienstpostenplan 1989 hat nicht einmal seinem Sollwert entsprechend eine den gesetzlichen Bestimmungen entsprechende Pflege der Alten ermöglicht. Mit der Ausarbeitung des NÖ Sozialhilfeprogrammes und mit dem Landesaltenplan ist dann etwas Dynamik in die Sache gekommen. Und wir haben 1992 ein Investitionsprogramm von zwei Milliarden beschlossen, das im vorigen Quartal dann auf 2,8 Milliarden aufgestockt wor-

den ist. Gleichzeitig ist es wohl gelungen, dem Rechnung zu tragen, was auch schon lange bekannt hätte sein können, was aber im Landesaltenplan dann wieder erwähnt worden ist, daß es darum geht, umzustrukturieren. Und zwar von Wohnbetten zu Pflegebetten. Das ist einigermaßen zufriedenstellend passiert. Was aber mit dieser Umstrukturierung verbunden ist, daran krankt es nun wirklich sehr. Denn diese Umstrukturierung zu mehr Pflegebetten, zu einem Ausbau und zu einer Intensivierung der Pflege bedeutet natürlich, daß die Personalsituation vollkommen neu überdacht werden muß. Und hier spricht der Bericht - und das ist sicher zu Recht so, wenn man die Zahlen betrachtet - von eklatanten Mängeln und auch vom Notbetrieb. Der Mißstand, der sich da teilweise eingenistet hat, ist aber schließlich und endlich der, der die betroffenen Pfleglinge am meisten betrifft und der ihnen am meisten zur Last fällt. Denn man kann unter Umständen in etwas weniger gut ausgebauten Räumen sich aufhalten. Wenn es aber an der Pflege hapert, so ist das wirklich schwerwiegend.

Die Aufstockung des Dienstpostenplanes 1992 hat einen Mindeststandard an Betreuungspersonen festgelegt. Und hier wird der Sollwert in keiner Weise erreicht. Ich möchte nur sagen, für eine diplomierte Krankenschwester war vorgesehen, daß sie 11,4 Bewohner, also Personen, die noch nicht der intensiven Pflege bedürfen, betreut. In Wahrheit betreut sie 29,7. Die Situation auf dem Pflegesektor ist weit schlimmer. 4,5 Pflegebetten pro diplomierte Krankenschwester, in Wahrheit hat sie 16,7, das ist beinahe viermal so viel, zu betreuen. Der Fehlbestand auf dem Sektor des diplomierten Pflegedienstes beträgt 61 %. Und hier formuliert der Bericht - und das ist sicher richtig und nur so zu sehen - dieser krasse Fehlbestand läßt eine den Bestimmungen des Krankenpflegegesetzes entsprechende Pflege nicht zu. Da meine ich, müßte man sich eindeutig etwas überlegen. Der Fehlbestand betrifft also nicht nur das Personal im Gesamten, sondern betrifft eben vor allem das ausgebildete Personal. Denn schon jetzt hat dieser Dienstpostenplan ja eben nur Bedacht genommen, einen Mindeststandard herzustellen und nur dem Mindestbedarf zu genügen. Die Anforderungen der Heime werden aber in naher Zukunft rasant steigen.

Hier hat man dann der Realität Rechnung getragen und ich möchte darauf hinweisen, daß es ein gewisser Widerspruch ist zu der These, daß das Personal besser ausgebildet werden und nachgeschult werden muß. Man hat gesagt, daß

die Alltagsverrichtungen sehr wohl auch von nicht geschultem Personal vorzunehmen sein müssen und daß das mit den gesetzlichen Bestimmungen in Einklang gebracht werden soll. Das ist eben ein gewisser Widerspruch. Umso wichtiger ist es, daß man, wenn man schon weiß, daß es nicht so sein wird, daß nur ausgebildete Pflegepersonen die Pfleglinge betreuen werden, umso wichtiger ist es, daß man Qualitätskriterien formuliert und auch darauf achtet, daß diese eingehalten werden. Und hier ist das Land gefordert. Denn hier fehlen eben noch auf Landesebene einige entscheidende Dinge. Zum ersten sind weder operative Ziele formuliert, noch gibt es Normen für die Pflegequalität, noch gibt es Pflegestandards. Zum zweiten fehlt eine fachliche Beratung und eben auch die Fachaufsicht. Zum dritten ist die Pflegeplanung und die Dokumentation der Pflege jeweils der individuellen Initiative überlassen und wird deswegen auch nur sehr sporadisch durchgeführt. Und zum vierten ist es auch so, daß die Verantwortlichkeit neu festzulegen ist. Denn in einem Betrieb, der sehr oft auch nur als Notbetrieb geführt werden kann, kann es sehr oft vorkommen, daß auf Grund von menschlichen Fehlleistungen die Verantwortlichkeit ein gerichtliches Thema wird. Und hier steht eben auch im Bericht, daß das Land Niederösterreich als Rechtsträger diese Verantwortlichkeit sehr oft einfach auf die Stationsschwester und auf die Heimleiter abgeschoben hat. Und in diesem Sinn wäre der Erlaß vom 9. Mai 1989 eindeutig zu überdenken und wäre hier etwas neu zu formulieren.

Zur Zukunft: Schon jetzt sehen wir, daß wir hier Probleme haben, die wir nur schwer bewältigen werden. Schon jetzt wissen wir aber, daß ab Mitte der neunziger Jahre - und das ist jetzt - die Anforderungen an die Heime rasant steigen werden. Und zwar nicht nur linear, wie es die demographische Kurve erscheinen läßt, sondern exponentiell.

Denn, Hoher Landtag, noch werden 85 % der pflegebedürftigen Personen von den Familien selbst betreut. Aber immer mehr werden Personen in das Pflegealter kommen, die gar keine Familie mehr haben. Und auch die Personen, die noch

Familie haben, werden unter Umständen auf diese Familie nicht zurückgreifen können. Denn immer weniger Familien wollen einerseits und können andererseits diese Pflege ihrer alten Angehörigen wahrnehmen, denn es ist ja alles auf das Verdienertum eines jeden Erwachsenen ausgerichtet. Und da meine ich, sind wir gefordert, einen Trend umzukehren. Und zwar den Trend, die Altenpflege immer mehr in institutionelle Einrichtungen zu übermitteln. So hoch werden wir die Sozialquote gar nicht schrauben können, daß die Pflege auch nur einigermaßen zufriedenstellend geleistet werden kann. Und ich meine, hier ist eben auch ein Umdenken im moralischen Bereich vonnöten. Es muß erkannt und gesagt werden, daß die Solidarität innerhalb der Familien und innerhalb des ganzen Staates, vor allem zwischen den Generationen, neu erkannt werden muß. Denn es ist ja nicht so, daß die Individuen einander gegenüberstehen und je nach Belieben miteinander in Kontakt treten, Rechte abtreten, einen Gesellschaftsvertrag schließen, der so oder so gestaltet ist. Das ist nicht ein Bild, das der menschlichen Wirklichkeit entspricht. Es ist ja vielmehr so, daß wir nur in der mittleren Phase unseres Lebens theoretisch allein existieren könnten. In den ersten beiden Jahrzehnten und am Schluß sind wir darauf angewiesen, daß andere für uns eintreten. Und das haben wir sehr wohl zu erkennen. Und wir haben es eben auch in der Phase zu erkennen, in der wir in der Lage sind und in der Lage sein müssen, für andere einzutreten. Und da meine ich, müßte einiges getan werden.

Ich darf mit meinem *ceterum censeo* schließen. Wenn es darum geht, die menschlichen Bindungen wieder in Kraft zu setzen und zu intensivieren, so ist es vernünftig, dort anzuknüpfen, wo sie natürlicherweise vorhanden sind. Und ich meine, man muß die familiären Bindungen stärken und man muß die Familien wieder in die Lage versetzen, diesen Aufgaben, die sie herkömmlicherweise über die Jahrtausende erfüllt haben, auch wieder nachzukommen und sie zu erfüllen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG *(LIF)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Der vorliegende Finanzkontrollausschußbericht findet unsere volle Zustimmung. Und ich habe schon oft darüber gesprochen, daß diese Berichte sehr sorgfältig und mit einer unheimlichen Schärfe vorgelegt werden.

Ich glaube, wir als Politiker haben ein ganz wichtiges Gut zu verwalten bekommen bei der Wahl, das ist das Vertrauen des Volkes. Diese Berichte klingen mir immer so, die Qualität ist ausgezeichnet, aber der Inhalt, wie man es eben am Wirtshaustisch über Politiker und über die Administration hört. Wenn man das durchliest, ein Faden von Kompetenzüberschreitungen, von Nichtausschreibungen - etwas für mich Unfaßbares, daß man jetzt festhält, daß verschiedene Sachen ausgeschrieben werden sollen. Das sind ja Gelder der Bürger, die hier verwaltet werden! Und daß nach so vielen Jahren Demokratie und guter Demokratie noch so ein Ordnungsmanko vorhanden ist, das entsetzt mich eigentlich. Das bestätigt die Volksmeinung. Und dagegen müßten wir eigentlich auftreten. Wir müßten das durchsetzen, was in diesen Berichten drinnen ist. Nichts anderes als einfach Ordnung. Die Kompetenzen entziehen, die glauben, weil sie politisch einen Posten bekommen haben in irgendeinem Heim, daß sie jetzt auch Befugnisse haben, die über das hinausgehen, was normale Bürger haben. Und das leuchtet aus jedem Bericht heraus. Ich glaube, die höchste Aufgabe hier im Haus ist es, daß man den Kontrollausschuß seine Beanstandungen, die ganz sachlich und klar am Tisch liegen, auch abzustellen hilft. Wie man das macht? Ich bin zu jung um das zu wissen, ob es hier Möglichkeiten gibt. Aber ich kann mir nicht vorstellen, daß wir tatenlos diese Berichte in jeder Sitzung über uns ergehen lassen und sie dann *ad acta* legen und sagen, es ist nichts passiert. Und das geht von Budgetüberschreitungen, das geht über Handlungen eines Landesrates, der Mittel zur Verfügung stellt, die eigentlich beschlossen hätten werden müssen bis hin zu dem, daß sich ganz einfach Leute Privilegien herausnehmen, die dem Steuerzahler Geld kosten und die dann im Nachhinein praktisch nichts anderes bringen als einen besseren Lebensstandard für die, die eine Verantwortung zugeordnet bekommen haben.

Die Situation beim Pflegepersonal ist allgemein hier im Haus immer wieder besprochen worden. Das scheint auch aus jedem Bericht, ob Spital, Pensionistenheim, Pflegeheim immer heraus. Es gibt kein Pflegepersonal. Wir alle wissen, daß es praktisch keinen Sinn hat, weitere Gebäude zu errichten, Institutionen auf die Wiese zu stellen, Verbesserungen durchzuführen, wenn die Atmosphäre in diesen Häusern nicht stimmt. Nur die Atmosphäre gibt den Menschen, die dann dieser Organisation, dieser Institution anvertraut werden, weil sie eben leider selbst nicht mehr auf sich schauen können, nur die Atmosphäre gibt ihnen die Gesundheit und das Wohlbefinden.

Wir müssen daher Sorge tragen, daß das Image dieser Berufsgruppe steigt. Denn das ist eine Imagefrage. Heute ist dieses Image für das Pflegepersonal nicht gegeben nach meinem Dafürhalten. Und auch die Bezahlung muß besser werden. Sodaß sich Leute eben dort stolz Pfleger nennen können. Und dann werden sich die Leute, die in diesen Anstalten ihren Lebensabend verbringen oder auf Gesundheit hoffen, wohlfühlen und werden uns Politikern auch dankbar sein. *(Beifall bei Abg. Keusch und Abg. der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordneten Kautz.

Abg. KAUTZ (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus!

Der vorliegende Bericht - und meine beiden Vorredner haben schon sehr viel Konkretes dazu gesagt - zeigt, daß Berichte teilweise in den letzten Jahren wirklich nur vielleicht für das Protokoll geschrieben worden sind oder hier zur Diskussion gestellt wurden, aber daß Folgen ausgeblieben sind.

Ich darf ein wenig weiter in die Vergangenheit ausholen bei dieser Querschnittsprüfung. Wie hat das angefangen mit den Pflegeheimen und mit den Pensionistenheimen? Es wurden Pensionistenheime gebaut, zu denen man eine Krankenstation dazugebaut hatte. Und es wurden in Niederösterreich damals wenige echte Pflegeheime gebaut. Das heißt, man hat Wohnbetten gebaut und wenn der dort drinnen Wohnende krank geworden ist, hat man ihn in die Krankenstation gegeben. Man hat Jahre hindurch, fast Jahrzehnte hindurch diese sogenannte Krankenstation als illegale Pflegestation betrieben. Ich darf auch darauf zurückkommen, daß durch diese Art der Betreibung sich das Land Geld erspart hat und die Gemeinden es bezahlt haben. Denn zu dem damaligen Zeitpunkt war für die Pflegeheimerrichtung das Land alleine zuständig und für die Pensionistenheime gab es einen 50:50-Schlüssel. Das heißt, die 30 oder 40 Betten in der Pflegestation oder der Krankenstation waren eine illegale Pflegestation und die Gemeinden haben fälschlicherweise dort mitbezahlt. Das ist alles Vergangenheit, das ist alles anders geworden. *(LHStv. Prokop: Das ist ja falsch, bitte! Es gibt ein Raumordnungskonzept als einen Wunsch des Landtages!)* Das ist nicht falsch, das ist die Tatsache. Frau Landesrat! Sie haben nicht ganz aufgepaßt. Ich habe gesagt, das war einmal in der Vergangenheit. Ich habe ein bißchen weiter hinten ange-

fangen. So war es. *(LHStv. Prokop: Aber doch nicht illegal!)*

Ja, aber von der Bezahlung her war es so. Wir hatten die Pflegestation oder die Krankenstation als Pflegestation. Ich stelle nur die Tatsachen fest, Frau Landesrat. Es war keine Pflegestation. Es war eine Krankenstation, in der Pflege gemacht wurde. Und das ist nicht richtig gewesen. Es war ein Beschluß, das ist richtig. Nur, von der Pflege her war es nicht richtig. Der Beschluß hat so gelaute, das stimmt schon. Aber nur von den zu pflegenden Menschen her hat man dort in der Krankenstation diese in quasi einer Pflegestation betreut. *(LHStv. Prokop: Ich habe mich gegen das Wort illegal gewehrt. Denn illegal heißt, gegen das Gesetz!)*

Okay, das Wort illegal war vielleicht nicht der richtige Ausdruck. Aber es war trotzdem keine Pflegestation, sondern eine Krankenstation. Darin sind wir uns einig.

Damals hatten wir einen 30:70-Schlüssel, das heißt, zirka 30 % an Krankenstationsbetten und 70 % an Wohnbetten. Und ich kann mich erinnern, es war, glaube ich, meine zweite Landtagsrede, das ist schon 15 Jahre her, als ich von diesem Pult aus gesagt habe, wir brauchen mehr Pflegebetten. Das ist 15 Jahre her. Und ich kann mich erinnern, daß wir bis zum vorigen Jahr gebraucht haben, daß unsere Forderungen nach mehr Pflegebetten Gehör gefunden haben. Nach einer Studie hat man gesagt, jetzt brauchen wir mehr Pflegebetten. Und ich kann mich erinnern, Frau Landesrat, daß von dieser Stelle aus Ihr Kollege Buchinger etwa des öfteren gesagt hat, daß wir aufteilen müssen auf 70:30, nicht auf 30:70, sondern 70 % Pflegebetten und 30 % Wohnbetten. Jetzt gehen wir in diese Richtung. Aber ich sage, Frau Landesrat, um 10 Jahre zu spät! Um zehn Jahre gehen wir diesen Weg zu spät. Es ist schon so, daß alle Vorschläge, die die Sozialdemokraten in diesem Haus bringen, erst dann etwas gelten, wenn die ÖVP sie irgendwo wieder aus der Schublade hervorgeholt hat. Das hier ist das konkrete Beispiel.

Doch das gehört auch schon der Vergangenheit an. Wir wissen, jetzt sind wir auf einem anderen Weg. Teile der hier im Bericht aufgezeigten Mängel stammen allerdings davon. Denn wenn ich damals Heime gebaut habe für Wohnbetten, so habe ich eine andere Türbreite gebraucht, so habe ich eine andere Naßgruppe geplant. Und wenn aus diesen Wohnbetten jetzt auf einmal Pflegebetten werden sind andere Voraussetzungen vonnöten. Und die kann man teilweise gar nicht mehr baulich schaffen. Aber in diesem Bericht steht jetzt drinnen, daß sie diese

Mängel haben. Das heißt, wir haben neue Heime gebaut, haben in die falsche Richtung investiert und müssen neue Heime umbauen, um in die richtige Richtung gehen zu können. In Richtung Pflegebetten. Das wird hier festgestellt. Und zu dieser Kritik muß man eben sagen, wir haben zu spät den richtigen Weg erkannt.

Und noch etwas steht drinnen: Wir haben einen eklatanten Mangel an Pflegepersonal. Den gibt es seit 5, 10, 15 Jahren. Den gibt es. Und ich habe es auch schon hier von dieser Stelle aus einmal gesagt, das Land als solches hat sich bei der Ausbildung von Pflegepersonal sehr zurückgehalten. Das hat man den Krankenhäusern und den anderen Rechtsträgern, sprich den Gemeinden, überlassen. Ich nehme nur ein Beispiel aus dem Süden her. Es hat eine einzige Krankenpflegeschule gegeben in Wr. Neustadt, betrieben von der Stadt Wr. Neustadt. Diese hatte auf Grund der Größe dieses Gebietes das Krankenhaus Wr. Neustadt, das Krankenhaus Hohegg, das Reha-Zentrum Hohegg, das Reha-Zentrum Felbring und fünf Pensionistenheime mit Pflegepersonal zu versorgen. Und wenn ich weiß, daß eine Krankenschwester vom Ende ihrer Ausbildung bis zum 35. Lebensjahr sechs Jahre Dienst leistet und wenn ich weiß, daß 36 Schülerinnen pro Jahr abgegangen sind, so ist das eine Milchmädchenrechnung, festzustellen, daß diese Anzahl weit zu gering ist. Das heißt, man hätte viel früher eine zusätzliche Krankenpflegeschule errichten müssen. Auch wir in Neunkirchen sind damit zu spät gekommen. Wir haben noch immer einen riesigen Nachholbedarf. Aber das Land hat sich hier wohl etwas zurückgehalten und hätte sich auch stärker einsetzen sollen. (*LHStv. Prokop: Das kann ja nur an einer Krankenanstalt geschehen!*)

Das Land hätte zum Beispiel in Mödling die Möglichkeit gehabt, eine Krankenpflegeschule mit zwei Jahrgängen zu führen und nicht mit einem. Das wäre nur ein Beispiel gewesen, hier etwas tun zu können. (*LHStv. Prokop: Du brauchst eine gewisse Anzahl Betten, um für die Pflege ausbilden zu können!*) Das weiß ich schon. Man hätte auch die anderen Krankenhäuser mit einbeziehen können in die Ausbildung.

Okay. Ich stelle nur fest, daß wir zu wenig Personal hatten und noch immer haben und daß dieser Nachholbedarf noch Jahre dauern wird, bis wir ihn vielleicht schaffen können. Und daraus ergibt sich ein Kritikpunkt, der hier im Bericht angeführt ist. Frau Landesrat, da müssen Sie handeln! Es gibt keine Aufsicht über die Pflege. Das heißt, die Hierarchie in der Pflege endet pro Heim

bei der Stationsschwester oder Oberschwester. Darüber hinaus gibt es nichts. Es wäre angebracht, darüber hinaus eine überörtliche, eine landesweite Hierarchie zu schaffen, um zum Beispiel eine einheitliche Pflegedokumentation durchzuführen. Von 35 Heimen gibt es diese sowieso nur in 13 und diese 13 machen es, wie es halt jede Schwester irgendwo gelernt hat. Das ist korrekt, ist in Ordnung. Gottseidank wird das gemacht. Aber auch von den anderen muß das gemacht werden. Es wäre vernünftig, hier eine Linie einzuziehen, daß es heißt, diese Art der Pflegedokumentation wird im Land durchgeführt und so soll es vom Heim A bis zum Heim Z sein. Und damit ergibt sich auch die nächste Frage, die auch hier kritisiert wird, die der Verantwortlichkeit. Wir haben - das müssen wir zur Kenntnis nehmen - viele SHD, das heißt Sanitätshilfsdienste, die die verantwortlichen Dienste eines Diplomierten machen. Und wenn die diplomierte Schwester nicht anwesend ist, weil sie zu Hause ist, weil sie Urlaub hat, weil sie eben nicht Dienst hat, so geht die Verantwortung dann teilweise auf den Heimleiter über, der nicht die richtige Ausbildung hat. Das ist ja auch nicht seine Angelegenheit. Aber in die Verantwortung wird er mit einbezogen. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hier könnte man mit einer landesweiten Hierarchie mit einer Pyramide das abbauen und man könnte damit beiden Teilen helfen. Erstens einmal gilt es, eine Linie hineinzubringen und zweitens die Verantwortung so aufzuteilen, daß sie gerecht verteilt und in der Hand Kompetenter liegt. Man könnte hier noch viel weiter reden. Ich will Dienstpostenfragen, die die Frau Kollegin Rosenkranz angeschnitten hat, das will ich mir sparen. Das ist so. Und wenn man dann weiß - und damit dreht sich der Kreislauf - denn wenn ich weiß, daß 14, 15 Patienten auf eine Pflegeperson kommen, ist absehbar, irgendwann hat sie die Lust verloren an dieser Arbeit, irgendwann hat die Schwester sozusagen das Wasser bis über den Hals hinauf und sie wirft das Handtuch. Und wir haben wieder um eine Pflegeperson weniger und wir kommen damit weiter in des Teufels Küche. Das heißt, hier muß versucht werden, auch den Dienstpostenplan entsprechend an die Gegebenheiten anzugleichen. Es ist auch in anderen Teilen nicht passiert, wenn etwa ein Überbesatz an Dienstposten da war, das ist auch nicht angeglichen worden. Das ist in der Zwischenzeit schon erledigt, ich weiß. Aber man müßte wirklich auf Grund der Anzahl der aufgestellten Betten den Dienstpostenplan jährlich erstellen. Nicht, daß 200 Betten fehlen und der Dienstpostenplan dann nicht abgeändert wird. Das sind ungeschminkte Tatsachen. Und ich würde auch noch ersuchen, daß man die Möglichkeit des zweiten

Bildungsweges besser ausnützt. Es waren einmal 32 Personen in vier Jahrgängen auf diesem zweiten Bildungsweg, momentan sind 9 im zweiten Bildungsweg und das in allen Heimen. (LHStv. Prokop: *Du kannst niemand zwingen, der nicht will!*)

Man muß es versuchen. Vom Wollen her ist viel machbar, man muß nur den nötigen Anreiz bieten. Nicht sagen, wenn die SHD-Schwester auf den zweiten Bildungsweg geht, daß sie 5.000,- Schilling oder 7.000,- Schilling verliert, weil sie ja die Zulagen verliert und noch das Problem der Trennung hat, das Problem des Lernens hat. (LHStv. Prokop: *Und wie deckt man die Kosten? Das muß der Landtag auch sagen!*)

Liebe Frau Landesrat! Das stimmt schon. Aber man muß auch die Ausbildung richtig bewerten. Es waren auch noch andere, und ich habe von dieser Stelle auch schon einmal gesagt, daß die Ausbildungskosten weder in den Krankenhausetat noch woanders hineingerechnet gehören. Sondern daß die Ausbildungskosten des diplomierten Pflegepersonals aus einem eigenen Topf bezahlt werden sollten. Nicht so wie jetzt, daß etwa ein Krankenhaus mitläuft, daß die Tagsätze mitgehen. Das müßte ein anderer Topf sein. Da sind wir schon bei der Kostenwahrheit. Daß es hier mit den Tagsätzen mitgeht, daß wir dann mit den Kosten in die Höhe fahren, daß die Gemeinden schon geplagt stöhnen, wenn sie nur die Sozialhilfeumlage bekommen. Das heißt, hier müßte ein anderer Weg gegangen werden, daß die Ausbildung, wie jede andere schulische Ausbildung eben aus einem anderen Topf bezahlt wird, nicht aus den Tagsätzen der Pfleglinge heraus. Und ich würde wirklich anraten, den zweiten Bildungsweg mehr zu beschreiten.

Abschließend muß man zu dem Problem, glaube ich, auch noch feststellen und eine Linie finden bei den Heimärzten und mit der freien Arztwahl. Entweder wir entscheiden uns für das eine oder für das andere. Die Mischform ist, glaube ich, nicht Fisch und nicht Fleisch, und hier gibt es immer wieder Auswüchse, die menschlich bedingt sind. Aber man müßte sich meiner Meinung nach dazu entschließen, daß jedes Heim einen fixen Arzt hat, der zur Verfügung steht. Wenn man ihn bezahlen muß, dann muß man eine Regelung finden. Oder man verpflichtet die umliegenden Praktiker, daß sie zu jeder Zeit in das Heim hineingehen, wenn ihr Schützling Bedarf hat. Nur die jetzige Form ist, glaube ich, nicht Fisch und nicht Fleisch.

In diesem Sinne, meine sehr geschätzten Damen und Herren, glaube ich, müßte man wirk-

lich hergehen und die Berichte nicht nur lesen, diskutieren und ablegen, sondern wenn wir sie gelesen haben, diskutiert haben, auch die nötigen Schlüsse daraus ziehen und Handlungen nachfolgen lassen. (Beifall bei der SPÖ.)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächste Rednerin gelangt die Frau Abgeordnete Egerer zu Wort.

Abg. EGERER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte zu den Wahrnehmungen des Finanzkontrollausschusses. Im Konkreten wurden vier Landespensionisten- und Pflegeheime einer Querschnittsprüfung unterzogen, wie auch das Landesjugendheim Pottenstein. Die vier Landespensionistenheime sind Amstetten, das Ulrichsheim in Hainburg, Mistelbach und Scheibbs.

Wir erleben derzeit in der Altenbetreuung eine gravierende Entwicklung. Wobei auch in den 37 NÖ Landes Pensionisten- und Pflegeheimen in den letzten Jahren schon eine starke Änderung eingetreten ist. Waren es bis jetzt alleinstehende ältere Personen, die sich um einen Heimplatz beworben haben, so ist es heute so, daß hauptsächlich Pflegebedürftige um stationäre Aufnahme ansuchen. Wobei die Zahl ständig steigt. In den 35 Heimen, die vom Kontrollausschuß untersucht wurden, befinden sich mehr als 62 % der Insassen, die auf Hilfe und Pflege angewiesen sind. Durch die verschiedensten Einrichtungen wie beispielsweise die Hauskrankenpflege, mobile Schwestern, das Notruftelefon oder auch Essen auf Rädern ist es auch möglich geworden, daß ältere Menschen in ihrer gewohnten Umgebung länger bleiben können. Das Pflegegeld trägt natürlich auch dazu bei. Diese gewohnte Umgebung ist natürlich für ihre geistige und körperliche Verfassung ausschlaggebend. Wenn jedoch der Gesundheitszustand eine Beaufsichtigung und eine Pflege erfordert und Angehörige dies nicht tun können oder Angehörige es vielleicht gar nicht gibt, müssen wir natürlich die Voraussetzungen dafür schaffen. Daher gilt es auch, die Umstrukturierung in den Heimen durchzuführen. Derzeit, das stimmt schon, ist das Bettenangebot in den Wohnteilen noch größer. Wir sind aber dabei, Pflegebetten zu installieren. Der Bericht des Finanzkontrollausschusses erstreckte sich auf das vierte Quartal 1992 und es wurden die Bereiche Belagsmöglichkeit, Personalsituation, ärztliche Betreuung, Pflegedienst, die baulichen Gegebenheiten und die Ausstattung geprüft.

Seit 1992 ist aber schon Wesentliches geschehen. Im vergangenen Jahr wurde das NÖ Raumordnungskonzept für Pensionisten- und Pflegeheime neu erstellt. Und wir haben bereits in der Landtagssitzung am 20. Oktober die Errichtung zusätzlicher Heime beschlossen. Insgesamt vier solcher Projekte, die je nach Dringlichkeit und regionalen Erfordernissen auch geordnet werden. Prognosen bestätigen uns aber auch, daß die Zahl der über 75jährigen ständig steigt und auch die Schwere der körperlichen Pflegebedürftigkeit. Es wird noch mehr an therapeutischen Maßnahmen und aktivierender Pflege bedürfen. Bauliche Veränderungen und Adaptierungen erfordern aber auch einen hohen finanziellen Aufwand. Und der wiederum ist notwendig, um den Bedürfnissen einer zeitgemäßen Pflege entsprechen zu können. Eine wohnliche Atmosphäre und eine liebevolle Betreuung trägt wesentlich zu einem positiven Gesundheitszustand bei. Die Senioren werden dadurch sicherlich nicht jünger, doch ihr körperliches Wohlbefinden wirkt sich auf ihren Allgemeinzustand aus.

So erstrebenswert ein hohes Alter für den Einzelnen auch ist, so schwierig wird es aber auch für die Gesellschaft, den Anforderungen gewachsen zu sein. Das verlangt natürlich von der Politik neue Wege, an deren Verwirklichung wir bereits arbeiten. Grundsätzlich muß gesagt werden, daß die niederösterreichischen, und ich betone, die niederösterreichischen Landes- und Pensionistenheime gut funktionieren und laut Finanzkontrollausschuß keine gravierenden Mängel aufweisen. Und ich möchte unserer Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop herzlich danken. Denn an dem Ausbau- und Investitionsprogramm sowie auch an der Umstrukturierung wird ja bereits zügig gearbeitet.

Vom Finanzkontrollausschuß wurde aber auch das Landesjugendheim Pottenstein überprüft. Bei dieser Kontrolle wurden Mängel an der Planung des Küchenumbaus festgestellt. Dieser Umbau wurde in den Jahren 1988 bis 1990 durchgeführt. Durch eine gewisse Konzeptlosigkeit zum Beispiel bei den Ausschreibungen von Arbeiten usw. und auch durch mangelhaftes Baumanagement kam es zu erheblichen Bauverzögerungen. Im allgemeinen wurde die Zielsetzung einer Verbesserung im Wohnbereich doch erfüllt bzw. sind Maßnahmen teilweise noch in Umsetzung. Dadurch kann das Ziel, nämlich eine familienähnliche Sozialstruktur für die Kinder zu schaffen, doch erreicht werden. Verbesserungsvorschläge müssen aber im Verwaltungsbereich getätigt werden. Im Interesse

des Landes Niederösterreich und im Interesse des Gesamtbudgets muß auf eine Besserung der Zusammenarbeit zwischen Finanzplanung, Heimverwaltung und den Bautechnikern geachtet werden.

Auffallend war, daß ein konkreter Finanz- und Zeitplan nicht erfüllt wurde. Der etappenweise Ausbau war sicher mit sowohl finanziellen als auch mit organisatorischen Problemen belastet. Eine gezielte Planung unter Mitwirkung aller Beteiligten, meine ich, hätte sicher auch mitgeholfen, die Sanierungsmaßnahmen zeitgerechter ausführen zu können. So wurde beispielsweise die Bauzeit für den ersten Bauabschnitt, die mit 10 Wochen vereinbart wurde, um 7 Wochen überschritten. Bei der Abrechnung der Baukosten fielen Posten auf, die durch mangelnde Übersicht nicht klar dargelegt werden konnten. In Zukunft wird daher die Baukostenevidenz, und zwar EDV-unterstützt, durchgeführt, was sicher zu einer Besserung der Problematik führen wird.

Bei einigen Punkten, zum Beispiel bei Vorschreibungen der Zahlungsbedingungen oder bei der Vergabe der Kücheneinrichtung oder der Lüftungsarbeiten wurde nicht immer Ö-Norm-gemäß gehandelt. So war zum Beispiel die Gleichbehandlung der Anbieter nicht immer gewährleistet.

Zusammenfassend muß man sagen, daß eine sachliche Anbotsüberprüfung bei allen diesen Arbeiten notwendig ist. In Zukunft sollte auf eine bessere Planung solcher Aus- und Umbauarbeiten geachtet werden, um die Effizienz und Zielstrebigkeit solcher Bauvorhaben steigern zu können. Denn letztendlich kommen solche Bauvorhaben nur den Kindern zugute, denen wir doch alle eine individuelle Persönlichkeitsentwicklung wünschen und ermöglichen möchten. Und die wir darin bestens auch unterstützen wollen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Hrubesch.

Abg. HRUBESCH (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch von mir einige Anmerkungen zum Prüfbericht über die Landespensionistenheime Amstetten, Mistelbach und Scheibbs. Amstetten hat nach dem Aus- und Umbau nun eine Gesamtbettenanzahl von 117 Betten. Mistelbach stellt den Bewohnern im Wohnheim 60 Betten, im Pflegeheim 120 Betten, in der Betreuungsstation

50 Betten, also insgesamt 230 Betten zur Verfügung. Scheibbs hat eine Aufnahmekapazität von 163 Plätzen. Das bedeutet, daß in diesen drei geprüften Heimen eine Kapazität von 500 Plätzen für unsere Senioren zur Verfügung stehen.

Einige Anmerkungen zu Scheibbs: Hier wurde festgestellt, daß die durchschnittliche Jahresauslastung des Heimes weit unter dem landesweiten Durchschnitt aller Pensionistenheime in Niederösterreich liegt. Und zwar beträgt die landesweite Auslastung zirka 98 %, in Scheibbs beträgt sie hingegen knappe 91 %. Hier sollte meines Erachtens auf jeden Fall die Empfehlung des Finanzkontrollausschusses raschest umgesetzt werden. Und zwar die Erhöhung der Pflegebettenanzahl zu Lasten der Wohnbetten. Mein Vorredner, Herr Kollege Kautz hat es ja ebenfalls schon erwähnt, daß hier eine raschere Umstellung von Wohnbetten zu Pflegebetten erfolgen sollte. Damit würde automatisch eine bessere Auslastung von vornherein gewährleistet sein. Und somit könnte schon ein Punkt, den der Finanzkontrollausschuß bemängelt hat, in kürzester Zeit behoben werden.

Zu Amstetten wäre zu sagen, daß am 6. März 1990 die NÖ Landesregierung den Umbau des Heimes beschlossen hat. Der erstellte Bauzeitplan konnte auch hier nicht eingehalten werden, wie schon die Vorrednerin über das Jugendheim ausführte. Durch Verzögerungen im Vergabeverfahren erfolgte die Vergabe der Baumeisterarbeiten erst vier Monate später. Das hat natürlich zur Folge, daß anstelle der veranschlagten 39.815 Verrechnungstage tatsächlich nur 28.532 Verrechnungstage erzielt wurden. Also ein Manko von 11.000 Verrechnungstagen innerhalb von vier Monaten, weil dieser Bauzeitplan nicht eingehalten wurde. Damit wurden bei den Pflegegebühren um ca. 2,8 Millionen Schilling und bei dem Zuschlag zu den Pflegegebühren um ca. 930.000,- Schilling weniger eingenommen. Also man sieht, so eine Bauzeitverzögerung macht sich auch hier bemerkbar im Ausmaß von insgesamt 3,7 Millionen Schilling. Hier stellt sich für mich aber dann schon bitte auch die Frage, wer erstens einmal für die Bauzeitverzögerung verantwortlich war bzw. wer nun für die Mindereinnahmen aufkommen wird müssen. Denn dies geht aus dem Prüfbericht nicht hervor und es wäre doch auch einmal an der Zeit, das genauestens zu prüfen. Denn ich denke, wenn einem Architekt etwas übergeben wird - und er bekommt ja auch sein Honorar dafür - dann sollte er auch den vorgegebenen Zeitplan einhalten. Hier sollte man vielleicht einmal eine Amtshaftung prüfen von Architekten bzw. in Hinkunft auch

Fixtermine bei den Vorschreibungen vorgeben. Denn es geht ja nicht an, daß nur, weil die Ausschreibung nicht erfolgt, in vier Monaten dem Land Niederösterreich 3,7 Millionen Schilling abhanden gekommen sind.

Meine Damen und Herren! Das waren ein paar kurze Anmerkungen zu den Pflege- und Pensionistenheimen. Wir können sagen, der Finanzkontrollausschuß hat eine gute Arbeit geleistet und wir danken für die gründliche Arbeit. Jetzt wird es an den zuständigen Abteilungen liegen, die Erkenntnisse aus den Beanstandungen umzusetzen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Schütz.

Abg. SCHÜTZ (SPÖ): Verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zum vorliegenden Bericht II/1994 des Kontrollamtes möchte ich folgende Feststellungen treffen, welche das Landesjugendheim Pottenstein betreffen, wo die Beamten des Kontrollamtes harte, aber sachliche Kritik, vor allem bei der bautechnischen Prüfung des Küchenumbaus vorbringen mußten, was aber die volle Unterstützung der Mitglieder des Finanzkontrollausschusses nicht ausschließt. Im Gegenteil: Gerade, weil dieses Jugendheim hervorragend geführt wird und eine sehr gute Auslastung hat, ist es eigenartig, daß eine Haushaltsrücklage weit über das normale Ausmaß gebildet wurde. Dieser Umstand wirkt sich naturgemäß in der Höhe der Verpflegsgebühren aus.

Immer wieder müssen wir leider feststellen, daß hier im Hohen Haus Debattenredner das Gefühl haben, sie müssen etwas verteidigen oder vertreten. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Denn die Mitglieder des Finanzkontrollausschusses sind dazu da, die Beamten, die diese Kritik anbringen, die Mängel aufzeigen, darin zu bestärken, daß sie so korrekt, wie sie dies bisher immer getan haben, dies auch weiter tun. Es ist nicht unsere Aufgabe, etwas zu verteidigen, was eigentlich abgeschafft gehört. Ich glaube, wir sind einer Meinung, daß die Mitarbeiter und Mitglieder des Kontrollamtes in jeder Weise zu unterstützen sind.

Meine Damen und Herren! Immer wieder müssen wir leider feststellen, daß die Bestimmungen der Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung nicht eingehalten werden. Da 1983 die Wäscherei im Jugendheim aufgelassen wurde, war es möglich geworden, die

Räumlichkeiten der Küche einzugliedern. Diesen Umstand hat das Kontrollamt zum Anlaß genommen, eine bautechnische Prüfung für den Küchenumbau vorzunehmen. Merkwürdigerweise war die Heimleitung, also jene, die betroffen sind, die ihre Erfahrungen hätten einbringen können, weder in die Planung noch mit beratender Stimme in die bevorstehenden Umbauarbeiten eingebunden. Es wurde ganz einfach drauflos geplant und gebaut, ohne einen verbindlichen Bauzeit- und Finanzierungsplan zu erstellen. Vereinfacht ausgedrückt, ein sorgloser Umgang mit Landesmitteln war hier vorprogrammiert. Und daß nur beschränkt und nicht nach der Ö-Norm 2050 ausgeschrieben wurde, also öffentlich, ist ebenfalls eine eigenartige, unseriöse Interpretation der bestehenden Rechtsnormen. Daß entgegen der NÖ Bauordnung ein Bauwerber vor der Rechtskraft des Bewilligungsbescheides mit den Bauarbeiten beginnt, wie dies im gegenständlichen Projekt bei den Lüftungsarbeiten der Fall war, das könnte sich, das wissen wir alle aus Erfahrung, kein privater Bauwerber in diesem Land erlauben. Aber wie heißt es so schön beim Herrn Straub im Lotto: "Alles ist möglich". Allerdings nur im Land Niederösterreich.

Meine Damen und Herren! Daß Bauzeitüberschreitungen eine Folge von fehlendem Baumanagement darstellen, ist zwar klar zu definieren, dürfte sich aber noch nicht bei allen Fachleuten des Landes herumgesprochen haben. Und daß die vom Land gewünschten Zahlungsbedingungen und Ziele bereits in der Ausschreibung eindeutig festgelegt werden, nicht erst nach erfolgter Anbotsöffnung, sollte eigentlich, so meint man, selbstverständlich sein. Skandalös ist auch die Einholung oder Gewährung von Preisnachlässen innerhalb der Zuschlagsfrist und zudem noch gesetzwidrig, daher vehement abzulehnen. Daß der Auftrag über die Elektroinstallationen bereits vier Wochen vor der Beschlußfassung durch die Landesregierung erteilt wurde, zeigt eigentlich eine erschreckende Geringschätzung dieses Gremiums. Die Vorgangsweise, daß Firmen Teilschlußrechnungen anstelle einer einzigen Schlußrechnung vorlegen, ist ebenfalls künftighin nicht mehr zu akzeptieren. Daß Haftrücklässe bei Schlußrechnungen einzubehalten sind, sollte wohl selbstverständlich sein wie bei jedem privaten Unternehmen. Und wenn man, wie im gegenständlichen Fall, eine Zufahrtsstraße nach Abschluß der Bauarbeiten asphaltiert und nach einem Jahr draufkommt, daß man eigentlich auch einen Kanal braucht und diese Straße wieder aufreißt, dann ist das eigentlich ein echter Schildbürgerstreich sondergleichen.

Meine Damen und Herren! Zu Recht verlangt das Kontrollamt und die Mitglieder des Finanzausschusses von der Landesregierung Verbesserungsvorschläge hinsichtlich der Organisation und der Zusammenarbeit der an Bau- und Planungsvorhaben beteiligten Dienststellen, um künftige Vorhaben kostengünstig und sinnvoll zu realisieren. Hier muß rasch gehandelt werden, gerade im Hinblick auf die finanzielle Situation des Landes und das Ansehen des Beamtenstandes in unserem Land Niederösterreich. Meine Fraktion wird aber trotzdem diesem Bericht die Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Es hat sich die Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop zu Wort gemeldet, ich erteile es ihr.

LHStv. PROKOP (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich darf ganz kurz auf das Thema der Pensionistenheime, die in diesem Kontrollamtsbericht erwähnt sind, eingehen. Vor allem auch gleich in dem Zusammenhang, weil das ja an und für sich die Problematik als Ganzes zeigt, auf das zum Schluß angesprochene Pensionistenheim in Scheibbs. Es ist eines jener Heime, das ich, als ich die Verantwortung übernommen habe, bereits in einem Planungsstadium einer Umbaumaßnahme vorgefunden habe. Wir haben im Rahmen dieser Arbeiten das dann ausgeweitet und eine vergrößerte, eine komplette Pflegeabteilung dabei eingebaut. Und dabei trat natürlich das Problem eines alten Baues auf, eines sogenannten Ytong-Baues, bei dem plötzlich alles 'runtergefallen ist und die Kosten dadurch exorbitant gestiegen sind.

Wir hatten dadurch die Möglichkeit, auf einen guten Standard zu kommen. Wir waren gezwungen, größere Baumaßnahmen zu setzen und konnten damit auf einen heute zeitgemäßen Standard sanieren. Die Mitglieder des Kontrollamtes waren ja draußen und kennen die Situation dieses Heimes. Es ist ein sehr alter, denkmalgeschützter Trakt, es sind "mittelalterliche" Trakte und es sind neue Trakte da. All das fordert die Problematik des Verbindens unter dem Aspekt des tatsächlichen Bedarfes heute. Weil wir brauchen tatsächlich, und da muß ich jetzt sagen nicht 50, sondern wir brauchen weit mehr, wir werden über 80 % Pflegebetten brauchen. Wir haben derzeit schon 83 % Pflegefälle in unseren Einrichtungen, in den Heimen. Das heißt, wir brauchen alles pflegegerecht ausgestattet. Das ist in Scheibbs nicht mehr zur Gänze in dieser Bausubstanz machbar.

Wir haben Konzepte bereits erarbeitet und es gibt konkrete Vorschläge, in welcher Form wir jetzt doch noch an diesem Haus Umbaumaßnahmen mit einer vernünftigen Summe - denn ich kann bei einem Umbau nicht die Kosten eines Neubaubettes überschreiten - bewerkstelligen können. Mit vernünftigen Summen wird der Ausbau der letzten Zieletappe insgesamt rund 60 Millionen kosten. Aber man wird mit 25 Millionen eine volle Pflegestation zusätzlich bekommen können. Wir werden diese Maßnahmen in den nächsten Monaten einleiten und ich hoffe, daß wir es doch relativ schnell umbauen können. Die Planungen sind ja bereits im Gange gewesen. Es gibt Vorschläge, um das nur konkret zu sagen. Doch das ist die Problematik. Sie haben Heime geprüft, die zu einem Zeitpunkt geplant wurden, als die tatsächliche Entwicklung noch eine ganz andere war. Und deswegen habe ich mich jetzt hauptsächlich zu Wort gemeldet. Ich gehöre diesem Landtag schon sehr lange an und habe in der Regierung die Agenden der Pensionistenheime auch schon eine sehr lange Zeit. Was sich während dieser Jahre entwickelt hat, ist eine totale Philosophieänderung. Ich erinnere mich noch gut, daß wir in den siebziger Jahren heftig darüber diskutiert haben, daß wir das westliche, das westeuropäische Modell - denn in Amerika ist es noch stärker - der Seniorenwohnsitze in Österreich endlich einführen müssen. Das heißt, Wohnbereiche, reine Wohnbereiche, selbstverwaltete Wohnbereiche für alte Menschen zu schaffen. Daß unsere Heime das sein sollen. Wer sich auskennt weiß, daß Hollabrunn eines dieser Heime war. Es hätte Retz das zweite werden sollen. Wir haben es Gottseidank dann nicht mehr gemacht. Wir haben Gottseidank dort die Bremse eingelegt und haben gesagt, das ist nicht die Tendenz, in der es weitergehen wird.

Ich erinnere mich noch gut, als wir in den siebziger Jahren - und das ist es, was ich im Zwischenruf erwähnt habe - ein Raumordnungskonzept beschlossen haben im NÖ Landtag, in dem wir pionierhaft für ganz Österreich an unseren Pensionistenheimen Krankenstationen - wir haben es damals so definiert, Krankenstationen für jene Menschen, die eine intensivere Betreuung brauchen, damit wir sie nicht ins Krankenhaus bringen müssen - geschaffen haben. Wir sind hier einen anderen Weg gegangen als Wien. Die haben jetzt, erst viele Jahre danach, die P-Stationen gemacht. Wir waren schon in den siebziger Jahren dabei. Und in den frühen achtziger Jahren, als ich die Verantwortung übernommen habe, als schon die Hauskrankenpflege begonnen hat - und das muß man ja auch sehen, daß hier zwei

Achsen gewachsen sind - haben wir natürlich gesehen, daß die Entwicklung der Menschen, die in die Heime gehen, einen weitaus höheren Altersstandard und Pflegestandard in Anspruch nimmt. Es gab da die ganz krassen Jahre 1982 bis 1987. Innerhalb von fünf Jahren ist das Durchschnittsalter in unseren Heimen um sechs Jahre gestiegen. Das heißt, jeder, der ausgeschieden ist aus unseren Heimen, aus welchem Grund auch immer, ist durch jemand älteren ersetzt worden. Wir sind heute auf einem enorm hohen Durchschnittsalter. Und ich habe gerade gesagt, die letzte Erhebung aus Dezember dieses letzten Jahres weist eine 83prozentige Pflegebedürftigkeit aus. 83 Prozent all unserer Heimbewohner sind in vermehrtem Maße pflegebedürftig. Das ist eine enorme Entwicklung, die sich in diesen Jahren ergeben hat. Das wollte ich hier nur deponieren.

Man konnte gar nicht baumäßig Schritt halten. Und das waren keine Forderungen von irgendeiner Fraktion. Ich möchte das wirklich so sagen: Wir waren untereinander einig, bezüglich der ursprünglichen Krankenstationen. Es hat damals im Raumordnungskonzept geheißen 10 bis 25 %. Und als ich 1983 dieses Raumordnungsgesetz ändern wollte, weil wir - wer damit befaßt war, die Amstettener etwa, weiß es - Waidhofen bauen wollten, war das nicht möglich. Weil man gesagt hat, Nein, das wollen wir nicht. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Das war nicht von unserer Seite. Da gab es den Kommunalgipfel und es waren die Gemeindevertreter, die Partner in der Sozialhilfe, das muß man schon sagen. Wir müssen auch unsere Partner hier fragen, denn sie müssen ja mitzahlen. Und wir haben dann erst Mitte der achtziger Jahre uns gemeinsam diesen Beschluß abgerungen, daß sehr wohl ein Ausbau der Pflegebetten an den Pensionistenheimen möglich sein wird. Das heißt, erst Mitte der achtziger Jahre konnten wir in die Planung für diese neuen Heime gehen. Und die Amstettener wissen es jetzt, diese langen Forderungen haben eine enorme Entlastung am Pflegebettensektor im Bezirk Amstetten gebracht. Und genau dasselbe wird im Südraum geschehen, wenn wir die Baumaßnahmen fertig gestellt haben. Nur, Planung und Bau dauern eben runde fünf Jahre.

Ich darf also wirklich mit Stolz behaupten, daß wir in Niederösterreich durch diese gemeinsame Vorgangsweise modellhaft sind. Unsere Heime sind herzeigbar. Und wenn wir derzeit mit Kollegen aus ganz Österreich reden, so sagen die, wir wünschten, wir hätten euer

System. Wir sind diesen Weg gemeinsam gegangen, daß es in Abstimmung und mit dem Wachsen der Hauskrankenpflege und der sozialen Dienste parallel dazu jene Möglichkeiten gibt, daß wir Pflege anbieten werden. Und wir werden mit Ende der neunziger Jahre den Pflegebettenbedarf abgedeckt haben. Das war und ist eine Notwendigkeit. Ich halte es für eine absolute soziale Verpflichtung. Und ich habe es schon des öfteren hier im Landtag gesagt, ich bin sehr dankbar, daß auch die Gemeinden, die Sozialhilfeträger, die Partner in der Sozialhilfe, hier zugestimmt haben. Und ich bin sehr dankbar, daß der Landtag das immer auch mitgetragen hat.

Die Problematik beim Pflegepersonal ist enorm groß. Das ist kein niederösterreichisches Problem, das ist ein gesamtösterreichisches. Wer heute die Zeitungen aufschlägt und sich ansieht die Problematik in den Wiener Einrichtungen, der sieht, daß dort Nachtdienste ohne diplomiertes Personal gemacht werden, daß darüber hinaus eben tagelang kein diplomiertes Personal da ist, der sieht erst, in welcher Situation wir stehen. Gottseidank ist es bei uns etwas besser, Gottseidank haben wir rechtzeitig geschaltet. Der zweite Bildungsweg ist eine mühsame Art und Weise. Ich kann niemanden zwingen und es ist sehr, sehr schwierig - meistens handelt es sich um Frauen mit Familie - sich am zweiten Bildungsweg nochmals drei Jahre in die Schule zu setzen. Ich achte und schätze diese Damen - es sind durchwegs Damen gewesen, ihre Leistung ist enorm hoch - und ich bin sehr dankbar, daß wir jetzt schon über 50 über den zweiten Bildungsweg über die Heime, sozusagen uns selbst herangebildet haben. Denn sie bleiben in den Einrichtungen.

Wir haben aber keine Hierarchien aufgebaut, sondern wir haben eine Art Supervision aufgebaut, eine regionale Supervision. Wir haben die Pflegeleitung innerhalb der Heime hierarchischer, ich mag das Wort hierarchisch nicht so sehr, aber doch von der Qualifikation her gestaffelt aufgebaut. Und wir haben darüber hinaus eine Supervision im regionalen Bereich und eine Abstimmung, weil genau das entstehen soll, daß Pflege generell einheitlich angeboten wird. Daß es eine einheitliche Pflegedokumentation gibt. Daß jeder weiß, wie er das zu führen hat, und wenn jemand hineinsieht, was darin zu sehen ist und wie es zu machen ist.

Wir sind auch dabei, uns mit Ärzten sehr wohl zu einigen. Für jedes Heim wollen wir einen verantwortlichen Arzt haben. Diese Verträge mit den Ärzten sind abzuschließen. Doch auch hier brauchen wir einen Vertragspartner. Und wir haben

Gottseidank nur mehr sieben Heime - ich will mich jetzt auf die Zahl nicht genau festlegen, ich glaube, sieben ist der letzte Stand - die noch keinen Vertragsarzt haben, der verantwortlich ist für die Aufsicht im Pflegebereich. Genau das ist der Weg. Es soll aber für den Heimbewohner die freie Arztwahl weiter erhalten bleiben. Er soll sagen können, welchen Arzt er will. Aber für die Aufsicht über Pflegedokumentation und für das Pflegepersonal soll uns ein Arzt verantwortlich sein. Wir zahlen ja dafür. Es ist ja nicht so, daß das erst gefordert werden müßte. Wir haben Verträge, die auch finanziell dotiert sind, weil es eine Notwendigkeit ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte mich zur Klarstellung dieser Positionen noch einmal zu Wort melden, damit das nicht im Raum stehen bleibt. Ich halte es einfach für notwendig, daß eine humane Seniorenpolitik einfach jene Freiräume schaffen muß, daß der alte Mensch, soweit es möglich ist, sich auch entscheiden kann. Ich glaube, daß wir hier in Niederösterreich gemeinsam den richtigen Weg gehen. Wir schaffen Altenwohnungen in den Gemeinden, wo der älter werdende Mensch leben kann in seinem gewohnten Umfeld. Wir geben ihnen die Möglichkeit über die sozialen Dienste im Land, die jährlich enorme Millionen bereits verschlingen - kein anderes Bundesland hat so viele Einsatzstunden wie Niederösterreich. Nicht nur zahlenmäßig, sondern auch prozentuell wird eine enorme Leistung gegeben. Und wir sind dabei, alle diese zusätzlichen Einrichtungen zu schaffen, die man auch für den Pflegebereich braucht. Es sind sicherlich noch Zwischenschritte nötig. Denn wir wissen, die ganz intensive Pflege wird auch in unseren Einrichtungen auf Sicht und auf Dauer nicht möglich sein. Obwohl wir heute schon über 50 Fälle in der Pflegestufe 7 in unseren Heimen betreuen. Ich muß sagen, man muß unserem Personal wirklich die allerhöchste Hochachtung aussprechen, daß das in dieser Situation überhaupt möglich ist.

Diese Chance der Wahl, der Sicherheit zumindest, wenn man Hilfe braucht, diese auch zu bekommen, das ist eine soziale Verpflichtung, die wir unserer älteren Generation schuldig sind. Und ich glaube, wir kommen dieser Forderung sehr sorgfältig nach. Man braucht sich nur das Landesbudget anzuschauen. Und wenn man darüber jammert, daß das Sozialbudget enorm steigt, so ist der Teil, der am meisten steigt der Bereich der Altenbetreuung. Es ist eine Notwendigkeit in der gesellschaftspolitischen Situation, in der wir stehen, aber es ist auch eine Verpflichtung unserer Gesellschaft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Worte gelangt nunmehr der Herr Abgeordnete Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Im Sinne der Landesverfassung liegen heute dem Hohen Landtag sieben Prüfberichte des Finanzkontrollausschusses vor. Ich stelle hier eingangs fest, daß aus dem einen oder anderen Bericht ganz klar hervorgeht, daß der Steuermiteinsatz teilweise reparaturbedürftig ist, daß Fehlentwicklungen korrigiert werden müssen. Ich stelle aber auch fest, daß es höchst an der Zeit ist, das im Entwurf ja bereits vorliegende Vergabegesetz zu beraten und zu beschließen. Denn es zeigt sich immer wieder, daß eine nachlaufende Kontrolle hinsichtlich Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit vielfach zu wenig ist. Vielmehr sollte unter anderem durch das Vergabegesetz eine Basis geschaffen werden, die politische Verantwortung, wenn erforderlich, besser überprüfen zu können. Ich habe diese Worte ganz bewußt gebraucht. Denn es gibt immer wieder Beispiele, wo die Grenzen zwischen öffentlichen Körperschaften und Parteien bzw. Personen oder Personengruppen auf Kosten der Steuerzahler zu verschwimmen beginnen. Ich habe das aber auch ganz bewußt gesagt. Denn selbst die Stellungnahme der Landesregierung zum Bericht des Landespensionistenheimes in Hainburg zeigt unter anderem auf, daß die Verwirklichung des Projektes "Neubau einer Pflegeabteilung sowie Umbau und Adaptierung des alten Teiles" auf Grund der schlechten budgetären Lage um zwei Jahre verschoben wurde. Das, Hohes Haus, war vor rund 12 Jahren. In der Zwischenzeit sind die nicht gebundenen Budgetmittel noch knapper geworden, sodaß Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit, aber auch politische Verantwortung gegenüber den Steuerzahlern, gegenüber den zukünftigen Generationen noch mehr gefragt sind. Und ganzheitlich betrachtet haben sich beim Projekt Hainburg, "Neubau einer Pflegeabteilung sowie Umbau- und Sanierungsarbeiten im Altbau des Pensionistenheimes Hainburg" alle dafür Verantwortlichen dadurch ausgezeichnet, daß sie bemüht waren, fast ausschließlich Entscheidungen zu treffen bzw. Handlungen zu setzen, die mit den Grundsätzen von Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit nicht in Einklang gebracht werden können. Es gab nur ungenaue Erhebungen über den Bedarf an Pflegebetten. Der Bedarf

an Pflegebetten hätte jedoch die Grundlage für eine zweckmäßige und wirtschaftliche Projekterstellung sowie Bauführung sein müssen. Wenn die Frau Landeshauptmannstellvertreter gemeint hat, daß wir heute ein Verhältnis von Pflegebetten zu Wohnbetten von 83 % zu 17 % haben, so stimme

ich mit dieser Zahl vollkommen überein. Aber wir haben bereits 1988/89 ein Verhältnis von in etwa 70:30 % gehabt. Wenn die Frau Abgeordnete Egerer heute hier vom Rednerpult gemeint hat, daß seit 1992 Wesentliches auf dem Pflegesektor geschehen ist, so kann ich dem nicht ganz zustimmen. Denn es wurden 1991 bitte noch rund 90 Millionen Schilling für den Zu- und Umbau eines Landespensionisten- und Pflegeheimes ausgegeben, wo das Verhältnis, Frau Kollegin Egerer, zwischen Wohnbetten und Pflegebetten 50:50 % gewesen ist. Also, da kann ich wirklich nicht sagen, daß hier so Wesentliches bitte geschehen ist.

Die Erhebungen der Bausubstanz des Altbaus in Hainburg bzw. die Sanierungsmaßnahmen erfolgten nur mangelhaft, weshalb Sanierungs- und Baumaßnahmen laufend unterbrochen, erweitert bzw. ergänzt werden mußten, was sicherlich nicht dem Grundsatz der Zweckmäßigkeit entspricht. So hat die Entscheidungsfindung hinsichtlich der Erneuerung einer Heizungsanlage zwei Monate gedauert. Es kam zu einer Bauunterbrechung. Bei etwas menschlichem Denken, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann man sich die dadurch gegebene Beeinträchtigung der Heimbewohner auch ausmalen. Aber auch was die Kosten betrifft. So sind durch die mangelhafte Planung der Baumaßnahmen im Altbau die Schätzkosten von 1989 bis zum Bauende März 1991 um rund drei Millionen überzogen worden. Es wurde verabsäumt, vor Beginn der Umbau- und Sanierungsmaßnahmen im alten Teil im Jahre 1989 die Projektplanung und alle Entscheidungsgrundlagen neu zu aktualisieren. Das Ergebnis dieses Versäumnisses ist, daß dringend weitere Sanierungsmaßnahmen wie Fenster- und Dachsanierung wegen, wie es heißt, fehlender Finanz- und Gesamtplanung nicht durchgeführt worden sind. Man muß sich das bitte vorstellen. Bei einem Projekt, für das rund 52 Millionen Schilling aufgewendet werden, scheitert eine Fenster- und Dachsanierung mit Schätzkosten von 2,5 Millionen wegen einer fehlenden Planung. Hier, meine ich, setzt für mich schon auch eine politische Verantwortung ein. Denn die Dachsanierung wird durchgeführt werden müssen und wird insgesamt jetzt sicherlich ein Mehrfaches als die seinerzeitigen Schätzkosten an Steuergeldern erfordern. Ich glaube, daß bei derartigen Unzulänglichkeiten, die sich kein in der Privatwirtschaft Tätiger leisten kann, es ganz einfach notwendig ist, daß, Frau Landeshauptmannstellvertreter, Sie gefordert sind, durch Maßnahmen Sorge zu tragen, daß hier gegenüber den Steuerzahlern ein größeres Maß an Kostenbewußtsein wirklich Platz greift.

Ich habe mir die diesbezügliche Stellungnahme der Landesregierung wirklich genau angesehen. Da heißt es bitte, künftig soll dem Bereich der Gebäudeerhaltung besondere Bedeutung zugemessen werden. Unter anderem werden folgende Ziele angestrebt: Erstellen eines Wartungshandbuches für alle Maschinen und Gebäudeteile, laufende Budgetierung der erforderlichen Instandhaltungskosten und damit Reduzierung des Erhaltungsaufwandes, um nur zwei Punkte herauszugreifen. Für mich stellt sich aber in diesem Zusammenhang die Frage, ob sich diese positiven Ankündigungen bereits in einer Umsetzungsphase befinden. Frau Landeshauptmannstellvertreter, Sie sind anwesend, Sie werden diese Frage sicherlich beantworten können.

Auf die fehlende Problematik bei diesen Sanierungsmaßnahmen, was die Logistik bei der Planung betrifft, vor allem im Hinblick auf das Personal, nämlich daß sich die Küche im Altbau befindet, der Speisesaal jedoch im Neubau befindet, möchte ich gar nicht näher eingehen. Aber offensichtlich wurde bei dieser Planung mehr auf den Wunsch des Herrn Bezirkshauptmannes Rücksicht genommen, der sich nun einmal im Ulrichsheim einen Veranstaltungssaal gewünscht hat, als auf die dadurch entstehenden Erschwernisse für das Personal.

Meine Vorredner haben bereits darauf aufmerksam gemacht, daß die Vergabevorschriften nicht eingehalten worden sind, daß Folgeaufträge im Anhangverfahren vergeben worden sind, die sicherlich auch nicht dazu beigetragen haben, daß die Kosten für die Umbau- und Sanierungsmaßnahmen dem Grundsatz der Sparsamkeit entsprechen. Die Pikanterie aber, Hohes Haus, daß der planende bzw. bauüberwachende Architekt als Bruder zur ausführenden Baufirma in einer verwandtschaftlichen Beziehung stand, der Architekt die ortsüblichen Preise seines Bruders als Nachtragsangebot bzw. ohne Preiseinholung bestätigte und daß diese Tatsache aber auch noch der Fachabteilung bekannt war, diese für mich wirklich unverständliche Vorgangsweise überlasse ich Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren des Landtages, zur Beurteilung.

Hohes Haus! Ich erachte es aber auch noch für notwendig, auf das Landesjugendheim Pottenstein einzugehen, wobei ich, was die umfangreiche bautechnische Überprüfung des Küchenumbaus betrifft, nicht jedes Detail beleuchten werde. Außerdem hat die Frau Abgeordnete Egerer schon sehr viel ausgeführt. Fest steht jedoch, daß zwischen Pottenstein und

der Sanierung und dem Zubau in Hainburg Parallelen gegeben sind. Daß auch hier ganz einfach die Neukonzeption des Küchenbetriebes im Landesjugendheim Pottenstein keine entsprechende Vorbereitung gehabt hat, daß es nur eine mangelnde Bau- und Ausstattungsvorbereitung gegeben hat. Bei der Ausschreibung und Vergabe der Baumeisterarbeiten, der Kücheneinrichtungen sowie anderer Gewerke bis hin zur Abrechnung und Erfüllungszeit bei diesem Vorhaben ist - ich bezeichne es ganz einfach so - wirklich chaotisch vorgegangen worden. Oder, man kann es auch anders ausdrücken: die Erneuerung des Küchenbetriebes im Jugendheim ist ein Beispiel, wie ganz einfach Vorhaben nicht realisiert werden sollten. Man muß sich das vorstellen. Die Auftragssummen waren teilweise geringer als die Anbotssummen. Die Abrechnungen - das wäre ja positiv - teilweise geringer als die Auftragssummen. Die Baumeisterarbeiten zum Beispiel wurden um rund 700.000,- Schilling geringer abgerechnet als vergeben. Das bedeutet bitte 71 % der Auftragssumme. Da muß man doch ein bißchen auch nachdenken. Und da hat die Frau Abgeordnete Egerer ja schon aufgezeigt, daß einzelne Gewerke - und darunter das Hauptgewerk, die Baumeisterarbeiten - einfach nur beschränkt ausgeschrieben worden sind. Daß ganz klar war, daß man nach Ö-Norm öffentlich ausschreiben hätte müssen. Aber daraus muß man doch ganz einfach Erkenntnisse ziehen! Das ist für mich ein klassisches Beispiel, daß man in Zukunft ganz einfach dem Umstand von möglichen Preisabsprachen mehr Augenmerk zuwenden sollte. Das hat sich ganz eindeutig, was Pottenstein betrifft, gezeigt.

Die Vergabe des Auftrages für die Kücheneinrichtung erfolgte erst auf Grund eines schriftlichen Nachlasses und es wurde der ursprüngliche Bestbieter einfach ausgetobt. Obwohl die Landesregierung die Ö-Norm 2050 für verbindlich erklärt hat. Diese verbietet nun einmal ein Verhandeln mit den Bietern während des Vergabeverfahrens, insbesondere wenn es darum geht, daß man hier Preisnachlässe erhält. Es wurde in Pottenstein vergeben, wer gerade offensichtlich einen Auftrag gebraucht hat. Und das ist eine Vorgangsweise, Hohes Haus, die abzulehnen ist und die gerade von der öffentlichen Hand gegenüber der Wirtschaft, gegenüber den Handels- und Gewerbetreibenden nicht angewendet werden sollte. Was die Erfüllungszeit betrifft, so ist es ja eigentlich unwahrscheinlich, daß ein Auftragsvolumen von 6 Millionen Schilling einfach um eineinhalb Jahre zu spät fertiggestellt worden ist und diese Erfüllungszeitüberschreitung ganz einfach zur Kenntnis genommen worden ist, was wirklich ein

lockerer Umgang mit Steuergeldern ist. Diese Tatsachen aber beweisen, was ich eingangs gesagt habe: Daß der Steuermitteleinsatz in verschiedenen Bereichen unserer Landesverwaltung äußerst reparaturbedürftig ist. Aber der wichtigste Punkt für mich in diesem sehr souverän erstellten Bericht des Kontrollamtes lautet, und diesen darf ich zitieren: "Die derzeitigen Verwaltungsabläufe bei der Abwicklung von Hochbaumaßnahmen sind kritisch zu analysieren. Binnen angemessener Frist sind Vorschläge für die Verbesserung der Organisation und der effektiven Zusammenarbeit der beteiligten Dienststellen zu unterbreiten. Deren Ziel muß sein, die vielfältigen Aufgaben beim Neubau, Umbau und der Instandhaltung in Zukunft möglichst effizient bewältigen zu können." Und diese Feststellung ist es, die den Nagel auf den Kopf trifft. Die Verwaltungsabläufe bei der Abwicklung von Baumaßnahmen sind einer kritischen Analyse zu unterziehen. Denn überspitzt gesagt muß man sich beim gegenständlich überprüften Küchenumbau wirklich die Frage stellen, ob die Personalkosten der einzelnen jeweils damit beschäftigten Abteilungen nicht höher gewesen sind als die gesamten endabgerechneten Gewerke. Ich meine daher, daß es ein Anliegen der gesamten Landesregierung sein muß, dieser Forderung des Kontrollausschusses binnen angemessener Frist nachzukommen, will die Landesregierung sich nicht dem Vorwurf unterziehen, daß sie nicht für eine effiziente Verwendung der Steuermittel eintritt.

Ich sehe in diesem Zusammenhang aber auch das derzeitige Budgetdilemma unseres Finanzlandesrates, nämlich daß dem Land heuer und auch in den nächsten Jahren zusätzliche Kosten in Milliardenhöhe für den EU-Beitritt erwachsen werden. Die Überprüfung des Landesjugendheimes Pottenstein brachte aber auch Aufhellung in eine Praxis, wie vom Land Niederösterreich, wie von der Landesregierung, insbesondere vom Finanzlandesrat, das NÖ Jugendwohlfahrtsgesetz zum Nachteil der bereits übermäßig hoch verschuldeten Gemeinden ausgelegt wird. Auf den Punkt gebracht muß die Feststellung getroffen werden, die Gemeinden müssen die jährlichen Überschüsse der Landesjugendheime verdoppeln. Tatsache ist nämlich, daß für die NÖ Landesjugendheime jährlich die Verpflegungsgebühren erhöht werden, welche Erhöhungen von den Gemeinden in keiner Weise beeinflusst oder hinterfragt werden können, sondern lediglich auf Grund der Gesetzeslage zu 50 % bezahlt werden müssen. Tatsache ist aber auch, daß Erhöhungen der Gebühren vorgenommen werden. Auch wenn, wie im Fall

Pottenstein, der festgelegte Haushaltsrücklagenhöchstbetrag bereits um mehr als das Dreifache überschritten ist. Im Fall Pottenstein hat sich die Praxis eigentlich gezeigt, die von manchen Heimverwaltern angewendet wird. Die sicherlich zu begrüßenden Standardverbesserungen, die Zu- und Umbauten fließen ganz einfach im Jahr der Durchführung in die Pflegegebühren ein und so werden den Gemeinden immer höhere Summen unter dem Titel der Jugendwohlfahrtsumlage abverlangt. Ich meine, daß hier auch Landesrat Mag. Freibauer gefordert ist. Denn es sollte ganz einfach nicht wahr sein, daß er bei anderen Projekten hier vom Rednerpult aus immer wieder einer Verteilung von Investitionskosten auf die Nutzungsdauer das Wort redet, andererseits aber, wenn es um die Belastung der Gemeinden geht, meine sehr geehrten Damen und Herren, zuschaut, wie Investitionskosten in einem Jahr mit voller Härte auf die Gemeinden durchschlagen. Ich meine, der Herr Finanzlandesrat hat hier zu sorgen, daß Investitionen, ganz gleich, in welchen Heimen, ausschließlich über den außerordentlichen Haushalt, wie es auch die VRV vorsieht, abzuwickeln sind und daß dadurch die Verpflegungsgebühren in Jugendheimen durch eine realistische und gewissenhafte Veranschlagung so niedrig als möglich gehalten werden können. Er hat aber auch dafür zu sorgen, wenn die Haushaltsrücklagen bereits überschritten sind, daß hier die Gebühren nicht in einem Ausmaß erhöht werden und so auf den Rücken der Gemeinden übertragen werden. Denn ich habe es noch im Ohr, wie der Herr Mag. Freibauer gesagt hat, wir wollen Partner unserer Gemeinde sein. Wenn wir uns mit Recht als Partner unserer Gemeinden bezeichnen wollen, dann sollten wir wirklich auf die finanzielle Leistungskraft unserer Gemeinden Rücksicht nehmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zu Wort gelangt noch einmal die Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop.

LHStv. PROKOP (ÖVP): Hoher Landtag!

Da ich konkret angesprochen wurde, darf ich mich noch einmal ganz kurz zu Wort melden. Ich möchte noch einmal kurz auf das Pensionistenheim Hainburg eingehen. Ich nehme an, daß Sie aus den Unterlagen gesehen haben, daß die Erstplanungen bereits in die siebziger Jahre zurückgehen. Das heißt, Ende der siebziger Jahre war der Ausbau und Umbau von Hainburg bereits beschlossene Sache, die Mittel standen am Anfang der achtziger Jahre zur Verfügung. Und daher ist in dem Planungsschritt damals das, was

man in allen Heimen damals als notwendig erachtet hat, enthalten. Ein eigener Speisesaal mit Cafeteria, das war das Ausbauprogramm Mitte der siebziger Jahre über alle Heime, von Laa bis Mödling, die alle einen Speisesaal mit Cafeteria bekommen haben. Das war damals die Philosophie.

Man muß halt schon bedenken, die Philosophie der Verbesserung der Heime, daß die Menschen diese Möglichkeit auch haben sollten. Heute sind wir längst davon weg. Nur kann man das nicht verurteilen. Denn damals war das der Stand des Wissens. Und das ist damals in dieser Richtung geplant worden.

Als wir dann in den achtziger Jahren in die Planung, in die Baumaßnahmen eingestiegen sind, haben wir versucht, es stärker in Richtung Pflegebetten umzulenken. Zum Teil haben wir zusätzliche Betten dadurch noch gewonnen. Allerdings, aus dem heutigen Wissensstand hätten wir Hainburg nicht umgebaut. Wir hätten es neu gebaut. Wir haben heute sehr viele Beispiele dieser Art. Wir haben Laa, wir haben Mank, wir haben Mödling, wir haben St. Peter/Au, wo wir die Kostenrechnung gemacht haben, was kostet der Umbau und was kostet der Neubau. Und bei all diesen, die ich jetzt aufgezählt habe, sind wir dadurch im Baubeirat zur Entscheidung gekommen, der Neubau ist korrekter, besser und richtiger zu machen. Hainburg war zu jener Zeit, da man diesen Schritt noch nicht zu gehen wagte. Ich glaube, auch das ist einmal, um der Wahrheit auch für jene, die die Planung gemacht haben, gerecht zu werden, zu sagen.

Ich möchte nur ein Wort noch zu den Pflegegebühren bei den Pensionistenheimen sagen. Ich möchte schon herausstellen, daß wir hier anders

kalkulieren. Wir haben hier landesweit eine Kostendeckung. Wenn wir die Rücklagen immer nur für das jeweilige Heim schaffen würden, dann würden die neuesten Heime keine brauchen, denn sie haben nichts zu reparieren. Und die ältesten hätten die höchsten Grundgebühren. Daher haben wir eine landesweite Kostendeckung und einen internen Ausgleich. Und ich glaube, das ist in dieser Form auch das Korrekteste. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. KLUPPER (ÖVP): Ich verzichte!

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Nachdem darauf verzichtet wird, kommen wir zur Abstimmung.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses): Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Hoffinger, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 271/H-2/4 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. HOFFINGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich berichte zu Ltg. 271/H-2/4 vom 31. Jänner 1995, das ist der Antrag auf Beschlußfassung einer Landeshaftung für die Ausstellung 1995 auf der Schallaburg, "Menschen nach dem Krieg - Schicksale von 1945 bis 1955".

Die heurige Ausstellung auf der Schallaburg ist eine besondere und ist einem besonderen Kapitel der österreichischen Geschichte gewidmet, nämlich dem Nachkriegsjahrzehnt 1945 bis 1955. Die Schicksale führen uns nach Niederösterreich, sie könnten sich aber auch in anderen Gegenden Österreichs ähnlich ereignet haben. Man taucht in die Lebenszeit von 14 Menschen der Nachkriegszeit und gewinnt Einblick in ihre Sorgen und Nöte, aber auch in ihre Wünsche und Freuden.

"Menschen nach dem Krieg" zeigt bisher unbekanntes, vor allem auch russische Exponate in lebendiger und lebhafter Art. Die großen und die kleinen Themen eines wichtigen Abschnittes der Geschichte Österreichs werden hier für den Besucher lebendig und sichtbar. In den mit den einzelnen Leihgebern abgeschlossenen Leihverträgen haftet das Land Niederösterreich vom Abtransport

der Leihexponate vom Eigentümer bis zur Rückstellung. Seitens des Landes Niederösterreich wurden daher für diesen Schutz der Objekte vielfältige Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Und auch auf der Schallaburg selbst sind die Ausstellungsräume mit den international üblichen elektronischen Sicherheitsmaßnahmen mit Alarmmeldern versehen. Auf Grund der großen Versicherungssumme würden die Prämien für die Versicherungen der Objekte bei Versicherungsgesellschaften einen beträchtlichen Teil der budgetären Mittel, die für diese Ausstellung zur Verfügung stehen, beanspruchen. Der Versicherungswert der Leihgaben für die Ausstellung "Menschen nach dem Krieg - Schicksale von 1945 - 1955" beträgt immerhin 45 Millionen Schilling.

Der Ausschuß hat sich damit befaßt und ich stelle namens des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses folgenden Antrag *(liest)*:

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Für die Leihgaben der Ausstellung "Menschen nach dem Krieg - Schicksale von 1945 - 1955" auf Schloß Schallaburg im Jahre 1995 wird die Haftung des Landes Niederösterreich mit einer Gesamthöhe von S 45.000.000,- übernommen."

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Ich danke für die Berichterstattung. Die Debatte ist eröffnet, zum Wort gelangt die Frau Abgeordnete Dorfmeister-Stix.

Abg. DORFMEISTER-STIX *(LIF)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die heurige Ausstellung auf Schloß Schallaburg wird einem sehr interessanten Kapitel österreichischer Geschichte gewidmet sein, nämlich den Nachkriegsjahren und den Schicksalen verschiedener Menschen dieser Zeit.

Der erwähnte Zeitpunkt für diese Ausstellung erscheint mir in vielerlei Hinsicht als bestens ausgesucht. Zum einen feiern wir heuer ein Jubiläum, 50 Jahre Frieden und 40 Jahre freies Österreich. Zum anderen sollte auf Grund der letzten Ereignisse im Burgenland gerade diese Ausstellung als Mahnung vor den Gefahren des Rechtsextremismus und der Ausländerfeindlichkeit im Hinblick auf unsere Geschichte und der dem nun

andauernden 50jährigen Frieden vorangegangenen Greuelthaten des zweiten Weltkrieges dienen. Gewähren Sie mir daher einen kurzen Rückblick in die Nachkriegsjahre. Die ersten Stunden der zweiten Republik waren noch vom Kanonendonner und den letzten Widerständen der Deutschen Wehrmacht überschattet, denn der Krieg auf österreichischem Boden war noch nicht beendet. Adolf Hitler schrie noch immer seine Durchhalteparolen in den Äther. Die nationalsozialistische Machtmaschinerie füsierte noch ihre letzten Opfer, als am 27. April 1945 die provisorische Regierung der Republik Österreich zu arbeiten begann. Österreich gab es wieder. Aber wie sah es aus? Überall Schuttberge, in den Städten nur wenige befahrbare Bahnkilometer, ruinierte Straßen und Brücken, eine kaum funktionierende Strom- und Gasversorgung und eine unvorstellbare Lebensmittelknappheit. Österreich war gemäß der Beschlüsse der Alliierten in vier Besatzungszonen geteilt, wobei Niederösterreich der sowjetischen Zone angehörte.

Die ersten Nationalratswahlen fanden am 25. November 1945 statt. Karl Renner wurde zum Bundespräsidenten gewählt. Die folgenden zehn Jahre waren geprägt von Armut, Hunger und dem Warten auf späte Heimkehrer aus der russischen Gefangenschaft. Es war aber auch die Zeit des Aufbaues, der Hoffnung und der gegenseitigen Hilfeleistung und verschiedenster bedeutender juristischer Abkommen. Nur einige wenige seien erwähnt: Das Gruber-De Gasperi Abkommen zur Südtirolfrage, das den deutschsprachigen Südtirolern Gleichberechtigung mit den Italienern garantierte, das vom Nationalrat beschlossene Nationalsozialistengesetz, die Gründung des Österreichischen Städtebundes, die Einbeziehung Österreichs in den Marshallplan und die ersten Verhandlungen über den Staatsvertrag auf der Konferenz der stellvertretenden Außenminister im Jahre 1947. Ein großes Ereignis vor allem für die Wiener war die Eröffnung des wiederhergestellten Stephansdomes und die Begrüßung der Pummerin, die ja von Enns nach Wien gebracht wurde im Jahre 1952. Der denkwürdigste und erinnerungswürdigste Tag ist aber sicherlich jener 15. Mai 1955, an dem im Wiener Schloß Belvedere der Staatsvertrag unterzeichnet wurde, mit dem Österreich nach 17 Jahren wieder frei war, und der am 26. Oktober 1955 in Kraft trat.

Ich denke, daß die heutige Ausstellung zum Thema der Nachkriegsjahre nicht nur eine Erinnerung an die Zeit der Sorgen sein wird, sondern auch eine lehrreiche Wanderung in die Vergangenheit für meine Generation. Um einerseits den

heutigen Wohlstand und den für uns heute zur Selbstverständlichkeit gewordenen Frieden, den Rechtsschutz und die Gleichheit vor dem Gesetz, um nur ein paar dieser für uns heute normalen Lebenszustände zu beschreiben, schätzen zu lernen und andererseits die Gefahren der heutigen Zeit, die leider Gottes geprägt ist von Menschenverachtung und Zerstörungswut, aber auch ihre Mentoren zu erkennen, zu demaskieren und abzulehnen. Ich glaube, daß es durch diese Ausstellung gelingen könnte, Sensibilität der jungen Menschen gegenüber Rassismus, Rechtsextremismus und Intoleranz zu verstärken, damit wir nicht die gefährlichen Anfänge verniedlichen oder gar übersehen und die Zivilcourage besitzen, mit unserem eigenen Verhalten und auch dem öffentlichen Auftritt gegen menschenverachtende Aktivitäten ein positives Zeichen für die Zukunft zu setzen. Das Liberale Forum wird daher zu diesem Antrag gerne seine Zustimmung erklären. (*Beifall bei LIF sowie Abg. der ÖVP und SPÖ.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Preiszler.

Abg. PREISZLER (*FPÖ*): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Bevor ich auf den Text der heutigen Vorlage bezüglich Schicksale nach 1945 bis 1955 eingehe, habe ich vor wenigen Tagen in einer internationalen Zeitung von einem sehr namhaften Auslandskorrespondenten einen Bericht gelesen, der mir scheint, daß er wirklich heute hier zur Tagesordnung paßt. Ich zitiere: "In den letzten Tagen häuften sich die Wortmeldungen der Kulturschaffenden und Künstler in Sachen Terrorismus und Demokratiegefährdung. Man war sich einig. Die Gefahr kommt immer nur von rechts, die Künstler haben immer schon davor gewarnt. Die Banalität und Brutalität des Kleinbürgers ist eigentlich der Nährboden für Terrorismus. Nun weiß man es. Die Bevölkerung, vom ausländerfeindlichen Taxifahrer angefangen bis zur fremdenfeindlichen Kellnerin sind schuld an all diesen Terrorakten. Sie schaffen ein Klima der Gewalt. Sie hassen die Ausländer" - und ich hoffe, daß es mir nicht übel genommen wird, wenn ich hier wörtlich zitiere: "Zigeuner, Kroaten und Künstler, die sich gern als auch verfolgte Minderheit sehen. All dies ist natürlich nicht verwunderlich, wenn man den historischen Hintergrund der braunen Masse berücksichtigt. Die einfachen Österreicher waren immer die Nazis, sind Nazis und werden es immer sein. Die Künstler nicht. Doch leider besteht ein Riesenirr-

tum. Das Selbstbild der Künstler stimmt überhaupt nicht. Egal, welche Diktatur in diesem Jahrhundert Menschen unterdrückte, es waren immer genügend Künstler auf der Seite der Diktatoren, einen blühenden Kunstbetrieb aufrechtzuerhalten. Das Burgtheater, die Oper funktionierten nach dem Einmarsch der Deutschen 1938 genauso wie vorher. Vielleicht fehlten ein paar jüdische Schauspieler, Musiker oder Sänger, aber das störte nicht weiter. Man spielte, sang und musizierte Stücke, Gedichte, Drehbücher, Opern. Ob nun die Hakenkreuzfahne wehte oder die der Alliierten und selbst als es wieder die rot-weiß-rote Fahne in allen diesen Aufführungsstätten gab."

Das sind Worte eines namhaften Auslandsjournalisten. Und ich meine, das gibt sicherlich Anlaß für uns, für diese Generation, und hier meine ich insbesondere die zweite Generation, vielleicht doch schon bald die dritte, nach diesem unsinnigen Krieg. Man kann es nicht einfach so machen, daß man immer wiederum - und er sagt es hier treffend - nur auf einem Auge blind ist. Wir wissen alle, was es in der linken Hälfte an Terrorismus gegeben hat in Deutschland, was es heute wiederum gibt. Und wir meinen und wir distanzieren uns von allen, ob von links, ob von rechts oder überhaupt. Und ich glaube, daß es auch gut wäre, wenn wir heute und wenn wir schon, wie heute hier der Bundespräsident auch dieses Kapitel angeschnitten hat, daß wir die Nachkriegsgeschichte von Österreich, insbesondere aber von Niederösterreich, auch uns ein wenig ins Bewußtsein bringen.

Es war interessant vor wenigen Tagen, als erstmalig etwas anderes gesendet wurde im Fernsehen, in den Zeitungsmedien: Der Fall Dresden. Sie alle wissen, was sich hier in der Nacht vom 16. auf 17. Februar 1945 abgespielt hat. Jeder wußte, daß die Russen an der Oder standen, die Alliierten den Rhein längst überschritten hatten, daß es nur mehr eine Frage von wenigen Tagen war, wann dieser unselige Krieg beendet ist. Aber nichts desto weniger hat man hier ausgespielt, ein sogenannter "Bomber-Harris", der es auch jetzt zuwege gebracht hat bei den Gedenkfeierlichkeiten in Dresden wenigstens dabei zu sein, auch die englischen Delegationen. Bis vor wenigen Jahren war es noch so, als wären es die Deutschen selbst gewesen, die das Kunstwerk zerstört haben. Wir alle wissen, daß Dresden, das Elbe-Florenz des Nordens, unsägliche Schätze beheimatet hatte und auch heute Gottseidank wiederum hat, aber daß Milliardenwerte verlorengegangen sind. Und als Beweis dafür darf ich hier einen namhaften Dichter nennen, nämlich Gerhart Hauptmann, der selbst als Vertriebener, als Ostpreuße, mitten drin

in Dresden war und gesagt hat vor diesem Trümmerhaufen, wo es zigtausende Tote gegeben hat, "Wer das Weinen verlernt hat, der wird es wieder lernen in Dresden". Meine Damen und Herren! Ich glaube, auch das sollte einmal ins Bewußtsein der Bevölkerung der jungen Menschen heute aufgezeigt werden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Eine Vergangenheit können wir nur bewältigen, wenn man in jeder Beziehung - und das Sprichwort sagt es ja schon, zum Streiten gehören immer zwei. Da muß man auch wirklich aufrichtige, ehrliche Politik machen, nicht aufrechnen gegenseitig, sondern wirklich von neuem beginnen. Und dann gehören auch diese Dinge aufgezeigt. Es freut mich, daß es hier Gottseidank ein Umdenken gegeben hat.

Zum heutigen Bericht: Hier sind Schicksale von Niederösterreichern, die nachgestellt wurden. Und ich habe es als junger Mensch, als Kind noch erlebt. Ich bin auch in Wr. Neustadt gestanden, wo die Heimkehrerzüge eingetroffen sind, wo wir auf Onkel und Vater gewartet haben. Gottseidank nicht vergeblich. Und ich habe als Kind noch die Erinnerung in mir, daß es hier wirklich Schicksale gegeben hat, wenn man sieht, daß hunderte, tausende Frauen und Kinder gewartet haben, ob ihr Mann, ob ihr Vater, ob ihr Onkel, ob der Familienerhalter wieder in die Heimat kommt. Auch egal, wie immer, nur hoffentlich lebend, wenn auch selbst als Kriegskrüppel. Und das vergißt man nicht. Und wir müssen auch bedenken, daß Wr. Neustadt die Stadt war, die am meisten gelitten hat. Es hat keine einzige Stadt in Österreich oder zum Teil auch in Deutschland gegeben, die so schwer bombardiert wurde, mehr oder weniger dem Erdboden gleichgemacht wie Wr. Neustadt. Und auch ähnliche Gegenden, wo es Industrie, wo es kriegswichtige Industrie gegeben hat.

Darum meine ich - und das gilt wirklich für Niederösterreich, vor allem für die Region Wr. Neustadt. Hier hat es einen Ferry Porsche gegeben, hier hat es gute Betriebe gegeben, die seit Jahrzehnten und Jahrhunderten stolze Herzeigetriebe österreichischer Provenienz waren. Die hat es nachher nicht mehr gegeben. Aus der Angst heraus, es könnte wieder so etwas Schreckliches kommen. Es war gut so vielleicht. Nur, heute bereuen wir es und es ist auch hier ein Umdenken zu verzeichnen. (*Abg. Gruber: Herr Kollege Preiszler! Wer Krieg führt, wird die Greuel des Krieges ernten!*)

Herr Kollege Gruber! Ich habe gesagt, wir wollen hier nicht aufrechnen. Das ist gar keine

Frage. Ich habe nur einige Dinge zum Überdenken gegeben, die heute nachgewiesen sind von allen Wissenschaftlern, die sich objektiv damit beschäftigen. (*Abg. Gruber: Wer zur Gewalt greift, wird Gewalt ernten! Da ist nichts herumzurechnen und zu verherrlichen!*) Ich habe keine Verherrlichung ausgesprochen. (*Abg. Gruber: Die Fackel des Krieges und des Bombenterrors haben wir erlebt!*)

Ja, das wissen wir alles. Aber man kann es nicht so machen, daß wir nur glauben, in einer bestimmten Richtung wird heute Terrorismus, Extremismus geschürt. (*Abg. Gruber: Wir wissen es nur zu gut! Wer hat den Krieg begonnen?*)

Wir haben hier heute keine Diskussion über den Krieg, um das geht es überhaupt nicht. Wir wollen heute der Jugend, der Generation nach dem Krieg eindeutig und klar zum Ausdruck bringen, daß hier objektive Geschichtsschreibung vorgenommen wird. In diesem Sinne freuen wir uns auf diese Ausstellung und können nur hoffen, daß die Jugend sehr viel Gebrauch davon macht. Wir Freiheitlichen werden zustimmen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Wöginger.

Abg. WÖGINGER (SPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Der österreichische Literaturnobelpreisträger Elias Canetti läßt in einem seiner Bücher seinen Gesprächspartner Dr. Sonne sagen, er habe Angst um die Städte. Es war dies in jenem Jahr vor dem zweiten Weltkrieg, in dem Hermann Görings Legion Condor dem spanischen Faschistenführer Franco zu Hilfe gekommen ist und Guernica bombardiert hat. Picasso hat dieses Morden auf einem seiner großen Bilder festgehalten. Von Guernica hat der Wahnsinn dann über die englische Stadt Coventry bis nach Dresden geführt, an dessen Flammenhölle im Jahre 1945 wir erst dieser Tage erinnert worden sind.

Die Schallaburg-Ausstellung "Menschen nach dem Krieg" beschwört herauf, was die Konsequenzen dieser schrecklichen Jahre in Niederösterreich waren. Unser Dresden nämlich hat, ohne das Ausmaß des Leidens in der sächsischen Metropole verniedlichen zu wollen, Wr. Neustadt geheißen. Und Bomben haben auch in anderen Teilen unseres Landes eine unheilvolle Wirkung getan.

Man wird in dieser Ausstellung die Tafeln aus Pappkarton sehen, die auf den Trümmern der

zerstörten Häuser Aufschluß geben über die neue Adresse der Ausgebombten, sofern sie überhaupt mit dem Leben davongekommen waren. Und man wird die Mütter sehen, die auf den Bahnhöfen bei der Ankunft von Heimkehrertransporten den Soldaten die Fotos ihrer Söhne hingehalten haben, um etwas über deren Verbleib und Schicksal zu erfahren. Es war eine gute Idee der Veranstalter, die Situation der Menschen nach dem Krieg in Lebensbildern nachzuzeichnen. Die Frauen etwa, die sich bei den Zügen um die aus der Kriegsgefangenschaft Entlassenen gedrängt haben, sind darangegangen, das Leben, das sich wieder zaghaft zu regen begonnen hat, buchstäblich mit den Händen aus den Ruinen zu graben. Sie haben die Wohnungen gepölzt, wenn sie ihnen geblieben waren. Und sie haben von den Erbsen gelebt, die von den Sowjets großmütig verteilt worden sind. Abends haben sie sich versteckt vor den betrunkenen Besatzern. Unsäglich war auch das Leid derjenigen, die als junge Kriegerwitwen zurückgeblieben waren. Auch auf ihre Situation blendet die Ausstellung zurück. Ein letzter Feldpostbrief oder die Todesnachricht von der Front war alles, was damals von ihrem jungen Glück geblieben ist.

Die Ausstellung auf der Schallaburg vergißt aber auch nicht zu schildern, was das Los russischer Kriegsgefangener bei uns war. Es wird eine Kaserne in Rußland gezeigt, von wo die Rotarmisten bis an die Erlauf gekommen und hier mit den Amerikanern zusammengetroffen sind. Wie es einigen ihrer Offiziere ergangen ist, hat man ja erst jüngst aus dem Film über die sogenannte "Mühlviertler Hasenjagd" erfahren.

"Menschen nach dem Krieg" waren aber natürlich auch die Arbeiter, die in den Betrieben mit ansehen mußten, wie wertvolle Maschinen und teures technisches Gerät einfach aus den Fundamenten gerissen wurde, um als Beutegut nach Rußland gebracht zu werden. Die Bestürzung darüber konnten auch die Läden der USIA nicht wettmachen, in denen es billigen Fusel und einige wenige Lebensmittel gegeben hat. Wer aufbegehrt hat, der hat nicht nur den Arbeitsplatz riskiert. Auch die Deportation nach Sibirien war unter Umständen, wie das bei meinem Cousin und bei der Mutter eines meiner Freunde passiert ist, die Folge. Wie heldenhaft sich die Arbeiter dem Terror widersetzt haben, wurde an den Ereignissen im Oktober 1950 deutlich, als es schlicht und einfach darum gegangen ist zu verhindern, daß der Eiserne Vorhang auch an der Enns herunterrasselt. (*Abg. Kurzreiter: Herr Kollege! Nicht nur die Arbeiter, auch die Bauern!*) Die kommen auch noch, die werden auch noch erwähnt. Es ist zu hoffen, daß die Ausstellung die

Rolle der niederösterreichischen Arbeiterschaft nicht negieren wird. Der Pression zum Trotz haben sich die Belegschaften auch in den sogenannten "Russenbetrieben", bei Voith in St. Pölten und im Bergwerk Grünbach, in der Korneuburger Schiffswerft und in den Boehler-Ybbstal Werken um ihre sozialdemokratischen Betriebsräte geschart.

Man wird in der Schallaburg aber auch sehen, wie sich kleine Gewerbetreibende und auch Landwirte nicht unterkriegen haben lassen, wie die Lehrer zu unterrichten begonnen und wie die Bürgermeister im Umgang mit der Besatzungsmacht Mut bewiesen haben. Selbstverständlich wird auch jener Männer der ersten Stunde in der Politik gedacht, zu denen vor allem Dr. Karl Renner und Ing. Leopold Figl gehört haben.

"Menschen nach dem Krieg", das waren alle, die an der Zonengrenze am Semmering und an der Ennsbrücke den Identitätsausweis herzeigen mußten, die im Radio die russische Stunde zu hören bekommen haben, die die sowjetische "Österreichische Zeitung" oder die "Volksstimme" lesen sollten, und doch zur "Arbeiterzeitung" und zum "Volksblatt" gegriffen haben. "Menschen nach dem Krieg", das waren schließlich auch die Pfarrer, die den Gläubigen in den Kirchen Zuversicht gegeben haben, und das war Kardinal Dr. König, dessen Arbeitszimmer als Bischof von St. Pölten die Ausstellung ebenfalls zeigt.

Dann sind die Kleiderkarten abgekommen und in den Straßen die Puch-Roller und in den Lokalen die ersten Musikautomaten aufgetaucht. Und es ist der Marshallplan wirksam geworden, der diese ganze Entwicklung zum Besseren gewendet und schließlich bewirkt hat, daß sich Moskau, vom Ausgang der Wahlen in Österreich beeindruckt, dem Staatsvertrag nun nicht länger widersetzen wollte.

Wir haben den "Menschen nach dem Krieg", die mit Zähigkeit und großer Opferbereitschaft zum Aufbau der zweiten Republik beigetragen haben, sehr viel zu danken. Das hat, so könnte man sagen, noch 1945 mit der Wiederaufnahme der Erzeugung von Fensterglas in der Brunner Glasfabrik begonnen. Der Krieg hatte im Osten Österreichs, was eigentlich nicht seine schlimmste Seite war, zerbrochene Fensterscheiben hinterlassen, die zusammengenommen eine Fläche so groß wie der Bodensee ergeben haben. Damals hat die UNRA erklärt, das österreichische Volk gehöre zu jenen Völkern, die dem Niveau des Hungertodes am nächsten seien. Und

trotzdem wurde noch 1946 in Ternitz bei Schoeller-Bleckmann der erste Fünftonnen-Schmiedehammer in Betrieb genommen.

Aber es ist auch zu Rückschlägen gekommen. Ein Katastrophenwinter hat durch den Mangel an Strom, Gas und Kohle die Industrieproduktion völlig lahmgelegt. Doch dann ist die Eisenbahn zunächst einmal auf der Aspangstrecke gefahren. Um das Jahr 1950 herum wurde die Elektrifizierung der Strecke Amstetten-Wien in Angriff genommen. Und 1954 erfolgte der Spatenstich zum Bau der Westautobahn. Man entschließt sich zum Bau des Donaukraftwerkes Ybbs-Persenbeug und in der Korneuburger Werft läuft das erste Hochseeschiff vom Stapel. Schließlich nimmt man die Grundsteinlegung zur Errichtung der großen ÖMV-Raffinerie in Schwechat vor. Zwischendurch gibt es auch andere kräftige Signale für den Lebenswillen dieses Staates. Der Nationalrat beschließt das ASVG und es wird die paritätische Kommission gebildet, diese wichtige Einrichtung der Sozialpartnerschaft, der über so viele Jahre der soziale Friede in Österreich zu danken ist. Man sollte diese Taten in unserer heutigen Zeit nicht vergessen, in der alles so selbstverständlich geworden ist, was von den Menschen nach dem Krieg erarbeitet und an die jüngere Generation weitergegeben wurde.

Wir dürfen uns freuen, daß es mit der Schallaburg-Ausstellung einen so bildhaften Beitrag zu den Veranstaltungen geben wird, mit denen heuer der Ereignisse vor 50 Jahren gedacht wird. Niederösterreich war ja ein Brennpunkt der Geschehnisse. Am 29. März 1945 überwinden russische Truppen von Ungarn her den sogenannten Ostwall und erobern am 1. April Wr. Neustadt. Am 4. April nimmt Dr. Karl Renner - in Gloggnitz beheimatet - in Hochwolkersdorf in der Buckligen Welt Kontakt mit den Russen auf. Zu diesem Zeitpunkt noch trifft die Panzerdivision "Der Führer" auf Befehl Hitlers in Wien ein, um alle Donaubrücken zu sprengen. Aber im Marchfeld bricht dann am 10. April die deutsche Front zusammen. Und während die SS noch Juden und Widerstandskämpfer erschießt, rücken die Sowjets am 15. April 1945 auch in St. Pölten ein. In Mistelbach gibt es auch am 18. April noch hartnäckige Kämpfe und Altenmarkt an der Triesting wird nach zweiwöchigen Kämpfen erst am 24. April von der Wehrmacht geräumt. Am 8. Mai gehen auch die letzten Gefechte im Raum Burg Kreuzenstein zu Ende und am 10. Mai treffen amerikanische Panzer in Amstetten ein.

An die historische Rolle, die in jenen Tagen Dr. Karl Renner gespielt hat, wird heuer im April

eine Gedenkveranstaltung in Gloggnitz erinnern. Eine spezielle Veranstaltung gibt es auch im Gedenkraum in Hochwolkersdorf. Und in Erlauf, wo Amerikaner und Russen einander getroffen haben, ist beabsichtigt, des Kriegsendes vor 50 Jahren in besonderer Weise zu gedenken. Man plant aber auch ein Schallaburg-Symposium über die Kriegsgefangenschaft mit Teilnehmern aus Österreich, Deutschland, Rußland und den USA und eine Tagung über die Rolle der Frau in den letzten 50 Jahren sowie eine Veranstaltung aus Anlaß der für den September 1945 einberufenen Länderkonferenz, an der die Historiker ihre Freude haben werden. Denn es war doch so, daß die westlichen Bundesländer damals der von Renner gebildeten Regierung zunächst mit einigem Mißtrauen gegenübergestanden sind, dann aber doch ein einmütiges Bekenntnis zum Gesamtstaat abgelegt haben, was die staatliche Wiedergründung Österreichs erst ermöglicht hat.

(Dritter Präsident Ing. Eichinger übernimmt den Vorsitz.)

Allen diesen Vorhaben und vor allem der Ausstellung "Menschen nach dem Krieg" ist deshalb ein gutes Gelingen zu wünschen, weil es, wie wir alle wissen, einen unbehaglichen bedrückenden und alarmierenden Trend gibt, der von Demokratieverdrossenheit bis zum nackten Terror mit Brief- und Rohrbomben reicht. Es ist von den Veranstaltungen zu hoffen, daß sie zum Eintreten für diese Republik und zum Mut gegen die Uneinsichtigen und Böswilligen animieren.

Die Ausstellung "Menschen nach dem Krieg" verwendet bisher unbekannte und - wie auch schon erwähnt wurde - vor allem auch russische Exponate. Der Versicherungswert der Leihgegenstände beläuft sich auf 45 Millionen Schilling, für die, wie das so üblich ist, das Land die Haftung zu übernehmen hat. Der Umfang dieser Haftung entspricht den international anerkannten Modalitäten. Meine Fraktion wird dem Antrag auf Haftungsübernahme selbstverständlich zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ, Abg. der ÖVP und Abg. Marchat.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Professor Breiningner.

Abg. BREININGER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich glaube, wir haben alle festgestellt und erfahren, daß alle bisherigen Reden in der Lage waren, sich mit verschiedener Intensität und mit verschiedenen Perspektiven, aber mit großem

Horizont diesem Thema zu nähern. Und alle Fraktionssprecher haben offenbar begriffen, daß es hier nicht nur um eine Ausstellung wie jede andere geht, bei der die Haftung übernommen wird, sondern alle Reden haben die Perspektive des Jubiläumsjahres herangezogen. Das war richtig so. Der Vorteil eines letzten Redners ist gering bei einem solchen Thema, weil die Sache selbst beschrieben ist. Der Vorteil kann aber nur darin liegen, daß man versucht, das eine oder andere zu verstärken oder zu sagen, was bewußt oder unbewußt nicht gesagt wurde. Der Nachteil liegt zweifellos darin, daß das Thema erschöpfend behandelt wurde und daß man auch gar nicht krampfhaft versuchen soll, neue Themen hinzuzufügen. Wenn man Gutes unterstellt, konnte man sich auch mit allem identifizieren was gesagt wurde. Nicht immer verstand man aber, warum gerade dieses oder jenes Thema aufgegriffen wurde.

Denn wenn man ein Thema anreißt, das in die Vergangenheit führt, müßte man es auch konsequent durchdenken und durchsprechen. Es soll aber an diesem Tag heute und in diesem Jahr dieses Thema uns zueinander führen und vereinen. Daher sage auch ich als Sprecher der Volkspartei zu diesem Thema, zu diesem Bericht und zu diesem Antrag, daß es wert ist, der 50 Jahre Republik zu gedenken, der Befreiung Österreichs zu gedenken, des Kriegsendes zu gedenken, an 40 Jahre Staatsvertrag zu denken. Und auch daran, daß wir gerade im Jahr 1995, wo keine offizielle Landesausstellung geplant ist, weil wir gerade in diesem Jahr beginnen, alternierend Landesausstellung oder Donaufestival zu veranstalten, daß wir froh sind, in diesem Jahr eine solche Ausstellung auf der Schallaburg als Sonderausstellung diesem Thema, dem interessantesten Kapitel der österreichischen Geschichte gewidmet zu haben, nämlich dem Nachkriegsjahrzehnt 1945 bis 1955.

Was die Redner und auch der Berichterstatter deutlich gesagt haben, nämlich daß diese Ausstellung auf den Spuren von Einzelschicksalen wandelt, möchte ich so charakterisieren: Einzelschicksale sind weder in der Juristerei noch im Leben, noch in der Journalistik eigentlich immer gleichbedeutend mit allgemeinen Schicksalen. Einzelschicksale werden aber gerne hervorgeholt, weil man sich mit ihnen identifizieren kann. Sie können keine Norm für ein allgemeines Schicksal sein, aber sie verlocken, dargestellt zu werden, in der Kunst, in der Literatur, weil, wie gesagt in jedem Einzelschicksal viele sich sehen und wieder-

finden. Diese Ausstellung unternimmt den Versuch, auf der Spur von verschiedenen Menschen wie du und ich zu gehen, ob wir jetzt 50 sind wie ich, ob wir jünger sind, ob wir älter sind. Wir alle wissen durch unsere Väter oder selber - ich habe diese Zeit als Kind erlebt - vieles zu berichten und knüpfen viele Erinnerungen an diese Jahre 1945 bis 1955.

Es wurde auch - und das muß man nicht wiederholen - hier berichtet, daß wir uns in die Arbeitszimmer, in die Stationen, in die Arbeitsräume von Menschen begeben, die wir gekannt haben, persönliche Erinnerungsstücke dort sehen und bewundern werden können und froh sind, daß diese bisher gar nicht so sehr vorgestellten Utensilien und Gegenstände gezeigt werden. Weil auch die Gegenstände und Erinnerungsstücke den Vorteil haben, daß man sie angreifen kann, geistig anfassen kann, sehen kann, sinnlich wahrnehmen kann.

Aber es gibt daneben, meine Damen und Herren, neben dem, was man angreifen kann und nehmen kann, noch etwas anderes Tatsächliches. Nicht nur das Dinghafte ist tatsächlich, sondern auch das Ideelle ist tatsächlich und das Geistige. Genauso lebensprägend und tatsächlich sind Begriffe wie Heimatverbundenheit, Liebe, Ehre, wie auch Gegenstände, die man angreifen kann.

Diese Schicksale, gestaltet durch die Person eines Nachkriegslehrers, des Bürgermeisters, der es so schwer hatte, wenn ich an meine Heimatstadt denke, der Bürgermeister um 1945, welchen Mut er haben mußte, um einerseits mit der Vergangenheit fertig zu werden, andererseits der Besatzungsmacht entgegenzutreten. Wie sehr die Bürgermeister damals an der Kippe standen, auch deportiert zu werden, wie richtig gesagt wurde, können wir Jüngeren ja gar nicht ermessen. Das bedurfte wirklich einer großen Zivilcourage. Und sie haben alle damals, von welcher Partei sie auch kamen, ihren Mann gestellt. Der Arbeiter damals zwischen den Fronten, der Unternehmer zwischen den Fronten, der wieder Gewinne machen mußte, Wertschöpfung bilden mußte, die Kriegerwitwe, der Bauer, die Jugendlichen, sie alle spiegeln eben den Wiederaufbau Österreichs wider. Und dann ging es rapid bergauf, dann kam das Wirtschaftswachstum, das Wirtschaftswunder. Und wir alle denken nostalgisch an Geräte, Fahrräder, Puch-Roller, die alle symptomatisch dort gezeigt werden, symbolisch uns zeigen sollen, welchen Aufschwung und Lebensstandard wir genommen haben.

Abgesehen von dieser Vorlage und von den Inhalten fällt mir etwas ein. Wir sollten auch unseren Kindern manchmal sagen, wie es damals war. Nicht um sie zu verändern in ihrer Gesinnung, aber um zu verstehen, warum unsere Kinder den Leistungsfetischismus unserer Tage nicht begreifen können. Denn die Zeitgeschichte bedeutet immer einen Wandel in der Gesinnung. Man will immer das, was man nicht hat. Nach dem Krieg haben unsere Eltern nichts gehabt und mußten aufbauen. Damals waren Gegenstände, Geräte, KÜcheneinbauten Wohlstandssymbole, waren das Erstrebenswerte. Man wollte "in" sein. Auch die gute Ernährung war erstrebenswert. Heute, wo man das alles hat, sucht der Mensch wieder die Alternative. Die Menschen suchen immer das andere. Aber es ist ganz gut, in einer Wohlstandsgesellschaft daran zu denken, daß die damalige

Alternative nicht so lustig war. Da haben wir es eigentlich heute schon besser mit unserer einzigen Sorge, wie wir abnehmen können und wie wir wieder asketischer leben können, nur aus der Mode heraus. Damals war die Askese keine Mode, sondern sie war Alltag. Daher war sie nicht erstrebenswert.

Es ist daher richtig, daß wir in dieser Stunde nicht nur der Summe der Leihgaben denken, der Versicherungswerte, des Inhaltes der Ausstellung, sondern auch demokratiepolitische und gesellschaftspolitische Schlüsse daraus ziehen und unser Leben seit damals überdenken. Wir können noch korrigieren. Wir müssen es schaffen, mit unserem Wohlstand fertig zu werden und ein bißchen auch den Egoismus einzubremsen, der sich in verschiedener Gestalt äußert. Denn letztlich sind wir alle unzufrieden, je besser es uns geht. Und da kann etwas nicht stimmen, da muß irgendwo der Wurm drinnen sein. Und da tut es ganz gut, erstens einmal Leute zu besuchen, denen es schlecht geht, in die Welt hinauszugehen und zu schauen, wie es um die Dritte Welt steht und dann doch hoffentlich zu erkennen, daß man das pflegen soll, was man hat und halten soll, was man hat.

Welche Denkanstöße und Schlüsse können wir also daraus ziehen? Ich schließe mich auch den Vorrednern an, daß wir unbedingt den Denkanstoß und den Schluß aus dieser Ausstellung ziehen sollen, daß Terrorakten entgegengetreten werden muß. Es muß den Anfängen gewehrt werden. Leider sind es schon keine Anfänge mehr, sondern wir stecken schon mitten drinnen. Eine klare Absage diesen Terrorakten, ein klares Bekenntnis dazu, daß wir im Jubiläumsjahr 1995 50 Jahre Frieden erlebt haben. Meine Damen und Herren! Das war keiner Generation in Europa vergönnt, und ich glaube, sogar weltweit nicht, 50 Jahre Frieden zu haben. Wenn man heute 50 ist, wie ich und feststellen kann, daß man voll im Frieden gelebt hat, was sonst keiner Generation gegeben war, weil schon unsere Eltern und auch die Großeltern zwei Kriege erleben mußten, dann ist das ein Ziel und ein Wert, der erhalten werden muß. Diese längste Friedensperiode der Geschichte darf nicht mutwillig zerstört werden. Es ist schon so: Terrorakte, auch wenn es Einzelakte sind, bilden immer Klüfte zwischen den Menschen, weil Schuldige gesucht werden müssen, weil Opfer da sind. Und daher ist ein Terrorakt so teuflisch, weil er ganz bewußt Zwietracht sät. Und genau weiß, daß, was immer er anonym tut, dann ganz konkrete Auswirkungen hat und Lager auseinanderdividiert.

Niederösterreich, unser östliches Bundesland, in dem wir leben, hat eine besondere Schlüsselrolle nicht nur in der Friedenspolitik, sondern auch wirtschaftspolitisch. Und daher hängt das Thema auch mit Europa zusammen. Und daher war es gerade heute gut und richtig, daß dieses Thema heute, an dem Tag hier behandelt wird, an dem wir im Rahmen der Landtagssitzung einen Festakt begehen konnten mit dem ersten Mann im Staat, der bei uns zu Gast war, der uns eine europäische, staatspolitische Dimension mit seiner Rede eröffnet hat.

Wir haben auch im Antrag gelesen, daß diese Ausstellung eine Reihe von Veranstaltungen auslöst. Nicht nur auf die Schallaburg bleiben diese beschränkt, sondern es beginnt schon am 2. April 1995 mit dem Festakt in Gloggnitz, dem Wohnort von Dr. Karl Renner. Es geht weiter mit einer Friedensveranstaltung in Erlauf, wo amerikanische und russische Offiziere damals 1945 zusammentrafen. Es geht weiter am 10. Mai in St. Pölten mit der Ausstellung, mit der Tagung, "Am Anfang war die Trümmerfrau - Wandel der Frauenrolle von 1945 bis 1995". Im Juni gibt es dann auf der Schallaburg ein Symposium im Rahmen der Ausstellung "Gefangen in Rußland" mit Teilnehmern aus Österreich, Deutschland, Rußland und den USA; ein Treffen ehemaliger Kriegsgefangener und Kriegsgegner. Am 11. Mai schließlich eine Festsitzung der Landesregierung hier im Landhaus und eine Tagung "Europa und seine Regionen".

Es entstehen aber auch in diesen Jahren eine Reihe von Publikationen. Denn das, was gesprochen wird, soll auch dokumentiert werden. Diese Dokumentationsbroschüren werden heißen "Gedenken und Mahnen" und eine wird heißen, "Die Länderkonferenz 1945". Schließlich werden auch die NÖ Schüler darauf eingehen und das ist das Wichtigste. Denn unsere Kinder sollen ja heranwachsen in dem Geist des Wissens darum, was damals war, aber durchaus selber entscheiden können, wohin wir gehen. Die Schüler sind aufgerufen, sich an einem Wettbewerb "50 Jahre Zweite Republik" zu beteiligen. Zeitgeschichte soll lebendig gemacht, ein neuer Dialog zwischen Jung und Alt soll eingeleitet werden. Die Pädagogen sind hier aufgerufen, sanft diesen Wettbewerb einzuleiten, ihm ein besonderes Gewicht zu geben.

Meine Damen und Herren! Abschließend, neben diesen gesellschaftspolitischen Dimensionen, welche kulturpolitischen Folgerungen schließen

wir an diesen Antrag, über den jetzt in Bälde abgestimmt wird? Ich glaube, man muß davon sprechen, daß es in Niederösterreich seit dem Jahr 1978/79 ein Kulturförderungsgesetz gibt, das schon in den achtziger Jahren novelliert wurde und jetzt wieder vor einer Novelle steht. Das aber bei allen Änderungen, die kommen, auf die Prinzipien stolz sein soll, auf denen die NÖ Kulturpolitik aufgebaut ist. Was sind diese Prinzipien? Diese Prinzipien sind, ich gewichte jetzt bewußt mit dem ersten Wort so, Dezentralisierung. Niederösterreich ist flächenmäßig das größte Bundesland. Ich setze mich vehement dafür ein, daß die Kulturpolitik dezentral in ihrer Präsentation bleiben soll, weil das Land vier Viertel hat und wir die Regionalisierung, die Dezentralisierung wirklich ernst meinen und groß schreiben. Aber in diesem Kulturprogramm Niederösterreich, in diesem Kulturmodell, an dem ich auch mitgearbeitet habe im Jahr 1983 schon und auch wieder 1988, soll auch Toleranz drinnen sein. Und jetzt auch ganz offen, welche Toleranz: Nicht nur die Toleranz des Publikums dem Künstler gegenüber, auch umgekehrt bitte, muß ich sagen. Es darf auch keine Diktatur des Geschmackes umgekehrt geben, daß man alles bejubeln muß oder zu allem Ja sagen muß, was vorgesetzt wird. Aber in einem toleranten Klima. Es muß Konsument und Schöpfer sagen können, was er möchte, ohne daß man damit Klüfte aufreißt und immer sofort Staatstragödien in unerhörter Dramatik hervorruft.

Dieses Kulturkonzept, das neue Kulturförderungsgesetz, wird die menschlichen Lebensbedingungen der Künstler beleuchten, die Verhaltensweisen, Lebensformen. Es geht um jene Unterstützung des Künstlers, zu der sicherlich der Staat und die öffentliche Hand aufgerufen ist, weil es die Mäzene des Mittelalters und der Renaissancezeit ja nicht mehr gibt. Und daher fällt dem Staat oder öffentlichen Institutionen heute diese Kunstförderung zu. Konkret in Zahlen gegossen und in Veranstaltungen gegossen wird sich diese tolerante, fortschrittliche NÖ Kulturförderung ausdrücken im Kulturprogramm. In den Höhepunkten des Jahres 1995. (*Abg. Breiningner hält eine Broschüre hoch.*) Was zeige ich Ihnen hier? Es ist eine Reihe von sehr schönen Publikationen und Prospekten erschienen. Den Schallaburg-Prospekt "Menschen nach dem Krieg" darf ich Ihnen hier zeigen und auch das "Kulturprogramm Niederösterreich - Höhepunkte 1995", mit den Veranstaltungen dieses Jahres, die wirklich umfassend breit gestreut und ausdrucksstark sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!
Das alles, diese Aspekte, kulturpolitisch, gesell-

schaftspolitisch, diese Aspekte zählen alle im Grunde zum Thema Schallaburg und zu dieser Ausstellung. Das alles sollte heute bewußt thematisiert werden am Tag des Besuches des Herrn Bundespräsidenten im NÖ Landtag. Vor allem aber im Jubiläumsjahr 1995. (*Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. HOFFINGER (ÖVP): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Wir kommen zur Abstimmung.

(*Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses*): Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Rupp, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 272/H-11/9 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. RUPP (SPÖ): Sehr verehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich berichte zur Geschäftszahl Ltg. 272/H-11/9. Sie betrifft Eggenburg, Sonderkrankenanstalt, 1. Bauabschnitt.

Hoher Landtag! Durch Beschluß des Kommunalgipfels vom 9. Juli 1991 und des NÖ Landtages vom 18. Februar 1993 wurden die projektvorbereitenden Planungskosten für das Projekt "Eggenburg, Sonderkrankenanstalt, Errichtung des 1. Bauabschnittes" in der Höhe von 6 Millionen Schilling genehmigt. Danach wurde das Projekt beim KRAZAF zur Genehmigung durch die Fondsversammlung eingereicht und in der 36. Sitzung am 18. Oktober 1993 beschlossen.

Von seiten des Kommunalgipfels wurde das Gesamtprojekt am 20. Juni 1994 freigegeben. Die Gesamtherstellungskosten des Projektes, die nunmehr zu zirka 76,2 % durch Ausschreibungen gesichert sind, belaufen sich auf S 87,500.000,- auf Preisbasis 1. Jänner 1994. Das Projekt soll im Rahmen einer Leasingfinanzierung abgewickelt werden.

Die Vorlage wurde im Wirtschafts- und Finanz-Ausschuß debattiert. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf daher den Antrag stellen (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Gesamtinvestitionskosten für das Investitionsvorhaben 'Eggenburg, Sonderkrankenanstalt, 1. Bauabschnitt' (infrastrukturelle Einrichtungen) in der Höhe von S 87,500.000,- auf Preisbasis Jänner 1994 (incl. der bereits genehmigten projektvorbereitenden Planungskosten von S 6,000.000,-) werden genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird ermächtigt, die Gewährung des 60%igen Landesbeitrages für die Gesamtherstellungskosten des Investitionsvorhabens zuzusichern. Die Ermächtigung erfolgt gemäß den gesetzlichen Bestimmungen des § 70 Abs. 2 NÖ KAG 1974, LGBl.9440-8.
3. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, die zur Durchführung dieses Beschlusses erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Bezogen auf die Gesamtherstellungskosten excl. Bauzinsen errechnet sich auf Grundlage der derzeit bekannten Rahmenbedingungen bei Fertigstellung des Projektes durch die Leasingfinanzierung eine voraussichtliche jährliche Belastung des Landes im Ausmaß von ca. 6,0 % der Gesamtinvestitionskosten für die ersten 10 Jahre und ca. 5,1 % für weitere 10 Jahre. Diese errechneten Zahlungenleistungen können nicht als fix angesehen werden, da die für das Landesbudget aus der Projektrealisierung tatsächlich erwachsenden Belastungen noch abhängig sind von den erfolgten KRAZAF-Leistungen und der Zinsentwicklung."

Ich darf Sie, Herr Präsident bitten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt die Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. ROSENKRANZ (FPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wie im Bericht dargelegt, soll heute hier die Beschlußfassung über ein Projekt erfolgen, das bereits im Juli 1991 auf dem Kommunalgipfel seinen Anfang erfahren hat. Es ist dies ein Projekt, das sowohl das Landespflegeheim als auch die Sonderkrankenanstalt Eggenburg betrifft, denn diese Baulichkeiten werden eben von beiden Anstalten genützt werden.

Nichts desto trotz ist aber das Bauvorhaben, so wie es jetzt geplant ist, nur dann sinnvoll, wenn auch die Sonderkrankenanstalt Eggenburg tatsächlich so verwirklicht wird, wie das ursprünglich vorgesehen ist. Und da sind natürlich jetzt in der letzten Zeit Zweifel aufgetaucht. Denn seit kurz vor der letzten Landtagssitzung die Gesundheitsministerin ihren Landeskrankenanstaltenplan vorgelegt hat, in dem eine Reihe von Spitälern von der Schließung betroffen sein sollen - für Niederösterreich wäre das Stockerau, Allentsteig und eben auch Eggenburg - haben wir nicht mehr die Sicherheit, daß an der Durchführung des ursprünglichen Vorhabens in Niederösterreich, eben diese zwei Anstalten in Allentsteig und Eggenburg umzuwidmen und zu Sonderanstalten zu machen, daß das auch durchgeführt werden kann.

Wir haben in der darauffolgenden Landtagssitzung dann alle einen Resolutionsantrag mitgetragen, in dem festgehalten worden ist, daß der NÖ Landtag sehr wohl wünscht, daß an dem ursprünglichen Konzept festgehalten wird. Nur müssen wir uns darüber klar sein, daß sich natürlich Niederösterreich allein die Finanzierung einer Krankenanstalt gar nicht leisten kann. Wir haben deswegen in der Ausschußsitzung, die dieser Landtagssitzung vorangegangen ist, gebeten, uns eine fixe Zusage zu geben. Diese Zusage ist eigentlich nicht gekommen. Man hat uns mit dem Hinweis auf den Resolutionsentwurf, der ja nur ein Vorhaben ist, abgespeist. Unsere Bedenken sind auch nicht geringer geworden, als Sie, Herr Landesrat, dieser Tage im ORF-Journal einem Redakteur auf mehrmaliges Nachfragen bezüglich Allentsteigs, das ja ebenso wie Eggenburg in eine

Sonderkrankenanstalt umgewidmet werden soll, nicht die fixe Zusage geben konnten, daß das auch passiert.

Klubobmann Gratzler hat schon am 9. Februar 1995 sowohl an den Herrn Landesrat als auch die Frau Gesundheitsministerin ein Schreiben gerichtet und gebeten: ..."Daher ersuche ich Sie um verbindliche Zusage, daß der Bau der Sonderkrankenanstalt Eggenburg in der erwähnten Strukturreform vorgesehen bleibt. Ich darf weiters um Ihr Verständnis ersuchen, daß die Zusage vor der Sitzung des Landtages am 23. Februar 1995 erfolgen möge". Klubobmann Gratzler hat bis heute von beiden Herrschaften keine Antwort erhalten. Wir sehen uns daher außerstande, die Verantwortung für diese rund 88 Millionen Schilling mitzutragen und werden daher diesem Antrag des Ausschusses nicht zustimmen können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Gruber.

Abg. GRUBER (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Das bestehende Krankenhaus in Eggenburg wird nun nach dem Krankenanstaltenplan aus dem Jahr 1991 in eine Sonderkrankenanstalt für Innere Medizin, insbesondere zur Behandlung der Atemwege und der Psychosomatik, umgewandelt. Und dazu wird es kommen, ja kommen müssen, weil der Bedarf ganz einfach gegeben erscheint.

Der Rechnungshof hat diese Vorgangsweise kritisiert. Gerade in dieser sensiblen Atmosphäre muß betont werden, daß psychosomatische Erkrankungen leider sehr häufig registriert werden. Es handelt sich hier um die Bedeutung seelischer Vorgänge für die Entstehung und den Verlauf von Krankheiten. Manche Personen bekommen davon sogar Asthma. Die Atemwegserkrankungen sind insbesondere in der letzten Zeit stark im Steigen begriffen. Es gibt leider doppelt so viele Krankenstandstage durch die Erkrankungen der oberen Luftwege, als durch Arbeitsunfälle entstehen. Das heißt eindeutig, daß der Bedarf für diese Art medizinischen Behandlung im Spital gegeben ist. Nördlich der Donau sind derzeit keine Akutbetten dafür vorhanden. Wenn man also der Sache auf den Grund geht, erfährt man auch die Sinnhaftigkeit dieser Kombination der beiden Abteilungen. Darüber hinaus wird dieses Projekt eine Ergänzungsfunktion für das Landespflegeheim in Eggenburg erfüllen können, was sehr notwendig ist.

Ganz anders schaut hingegen eine Umstrukturierung für das Krankenhaus in Allentsteig aus. Genau dort, neben dem Truppenübungsplatz eine Sonderanstalt für Neurologie zu errichten, erscheint, gelinde gesagt, deplaciert. Gestern wurde im ORF berichtet, daß ein Lärmgutachten für Allentsteig durchgeführt wurde. Auf Grund dieses Gutachtens wäre die Errichtung einer Neurologie möglich. Weiters hätte auch der Gemeinderat von Allentsteig eine Änderung der Flächenwidmung beschlossen. Also es soll ein neues Spitalsgebäude im Gemeindegebiet Allentsteig entstehen. Bei mehr als 200 Schießtagen im Jahr ist es unmöglich, ja schwachsinnig, dort gleich daneben eine Neurologie zu errichten. Dieses Projekt gehört in einem Erholungsgebiet angesiedelt und nicht beim Truppenübungsplatz. Nachdem der Truppenübungsplatz vom Bundesheer, zu dem wir Sozialdemokraten uns bekennen, weiterhin gebraucht wird, muß natürlich die Standortfrage für eine Neurologie in Allentsteig überlegt werden. Und diese Frage gehört objektiv geprüft. Eigentlich müßte man bei den gegebenen Verhältnissen in Allentsteig, wenn Sie mich fragen, ein Erholungsheim für Schwerhörige einrichten. Neben Artillerie und Feldhaubitzen, die dort feuern - und das macht ganz anständige "Kracher" - eine neurologische Station unterzubringen, ist eben medizinisch unmöglich. Da kann man nicht dafür sein! Der Truppenübungsplatz muß bestehen bleiben, weil wir ihn brauchen. Daher braucht man eben einen Standort, der zweckmäßigerweise wirklich für eine Neurologie sinnvoll ist. Da hat sich Schrems zum Beispiel beworben. Schrems hat eine verkehrsmäßig günstige Lage, dort gibt es auch die Erholungszone, einen schönen Wald. Dort würde eine Neurologie zum Beispiel hinpassen.

Nun aber ein weiteres Kapitel im Rahmen der gesundheitspolitischen Betrachtung. In einem Resolutionsantrag des Landtages, den wir erst am 26. Jänner 1995 beschlossen haben, wird darauf hingewiesen, daß im Verwaltungsbezirk Gänserndorf eine Tagesklinik unter Einbindung des Notarztwagensystems und Einbeziehung der niedergelassenen Ärzte der sozialmedizinischen Betreuungsdienste und eine Nachsorgeeinrichtung geschaffen werden soll. Seit mehr als einem Vierteljahrhundert werden im Landtag immer wieder Klagen laut, daß es für die rund 80.000 Einwohner dieses Bezirkes kein eigenes Krankenhaus gibt. Dieser einwohnerstarke Bezirk hat das gleiche Recht wie jeder andere auch. Wenn es mit der Stadt Wien keine befriedigende Lösung gibt, dann wird es zur Errichtung einer Standardkrankenanstalt letzten Endes kommen müssen. Denn wenn man sagt, für die Neurologie, die wir brauchen,

sind 350 Millionen Schilling unbedingt locker aufzubringen, dann, glaube ich, muß man sich auch Gedanken darüber machen, was im Marchfeld für die Spitalsversorgung künftighin zu geschehen hat. Dieses Bezugsspital wird dann als Alternative bettenführende Abteilungen für Chirurgie, Frauenheilkunde, Geburtshilfe, Innere Medizin und Kinderheilkunde haben müssen.

So gut wir in Niederösterreich, meine sehr geehrten Damen und Herren, am Spitalssektor sind, so schlecht ist leider dieser Bezirk dran. Ich verstehe deshalb die Kritik des Rechnungshofes nicht, wenn er meint, daß die medizinische Versorgung im Bezirk Gänserndorf ausschließlich durch eine Kooperation mit der Stadt Wien sicherzustellen wäre. Verhandlungen sind ja schon sehr oft durchgeführt worden. Sie sind leider immer wieder mehr oder weniger im Sand verlaufen. Es gab keine konkreten Ergebnisse. Für Angelegenheiten der Spitzenmedizin wird sich Wien natürlich weiterhin anbieten, das ist keine Frage. Dazu haben wir ja die universitären Einrichtungen. Übrigens, der Verwaltungsbezirk Gänserndorf darf im Krankenhausgeschehen nicht weiterhin als ein weißer Fleck auf der Niederösterreichlandkarte erscheinen. Die Marchfelder haben bisher leider das Nachsehen gehabt. Sie brauchen jedenfalls ein zukunftsorientiertes, realistisches Spitalskonzept; am besten wäre es mit Wien.

Landesrat Wagner ist bemüht, dieses Konzept in die Wege zu leiten, einer Realisierung zuzuführen. Aber diese Spitalsmisere des größten Einwohnerbezirkes im Weinviertel darf nicht mehr länger mitgeschleppt werden. Mit der Stadt Wien müssen endlich auch die Fremdpatientenprobleme ausgeräumt werden, ein für allemal. Nicht daß man bald wieder fürchten muß, daß ähnliche Probleme kommen. Niederöreicher müssen in Wiener Spitälern die gleichen Bedingungen vorfinden wie die Wiener selber. Es darf keine Ungleichheiten geben. Gerade die langen Wartelisten für Niederöreicher waren bisher eine Schikane. Alle guten Vorsätze mit Wien sind in den vergangenen Jahrzehnten leider gescheitert. Die Zeit, konkrete Handlungen am Spitalssektor dort zu setzen, ist endlich gekommen. Die Zeit ist reif geworden! Der Schritt zur Tagesklinik kann deshalb für den großen Bezirk im Marchfeld nur der erste Schritt zum eigenen Bezugsspital sein. Meiner Meinung nach müßte es sowohl eine Tages- als auch eine Nachtambulanz sein. Was ist denn, wenn des Nachts etwas passiert? Die Klinik muß auch in den Nachtstunden für die Patienten jederzeit erreichbar sein. Die flächendeckende medizinische Grundversorgung für Niederösterreich, das kann

man schon feststellen, muß ein erklärtes Ziel der Gesundheitspolitik weiterhin bleiben. Mit der Ausnahme des Bezirkes Gänserndorf haben wir im Land Niederösterreich eine optimale Versorgung der Bevölkerung mit Standardkrankenanstalten.

Außerdem dürfen niemals wieder Niederöreicher in Wien als Fremdpatienten angesehen und auch als solche behandelt werden. Das neue Finanzierungssystem, das wir fordern, muß diese humane Forderung auf alle Fälle tatsächlich erfüllen. Unsere NÖ Patienten sind für die Wiener Medizin keine Stiefkinder und bedürfen deshalb der selbstverständlichen Gleichbehandlung.

Wir haben als Niederöreicher auf dem Gesundheitssektor eigene Initiativen gesetzt, weil wir auch durch Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes dazu verhalten worden sind. Und da ist schon sehr viel geschehen auf diesem Sektor. Die Nierensteinertrümmerung, die früher nur in Wien möglich war, ist jetzt in Niederösterreich flächendeckend gesichert. Aber auch die Radioonkologie, die in Wr. Neustadt geplant ist, an der gearbeitet wird und die zirka in zwei Jahren ihren Betrieb aufnehmen wird, gehört in den Bereich der Spitzenmedizin eingeordnet. Das gleiche wird auch im Schwerpunktkrankenhaus St. Pölten in die Wege geleitet. Auf das Burgenland entfällt der Betrag von 118,5 Millionen Schilling für diese Wr. Neustädter Einrichtung und auf Niederösterreich der Betrag von 296,5 Millionen. Da gab es die Kritik, wir hatten zu wenig Ärzte und die Wartezimmer waren übervoll. Die Patienten waren die Leidtragenden daran. Wir als Sozialdemokraten haben damals die Initiative ergriffen, alle Abgeordneten des Hauses sind mitgegangen und haben echt initiativ daran mitgewirkt, daß die Lösungen gekommen sind. In der Zwischenzeit, haben wir registriert, gibt es eine Vermehrung der Spitalsärzte um 36 %. Abteilungen der Spitzenmedizin erfordern natürlich hochqualifiziertes Personal. Die Zahl der in Ausbildung befindlichen Ärzte wuchs in den letzten 10 Jahren um 46 %. Unsere Aktion, mehr Ausbildungsplätze für Ärzte zu schaffen, hat also wirklich ihren guten Niederschlag gefunden. Österreich hat im Vergleich zu den westeuropäischen Ländern relativ viele Krankenhausbetten. Auf tausend Einwohner entfallen 10,3 Spitalsbetten. Deutschland und Finnland weisen noch mehr Spitalsbetten auf. Luxemburg, eine kleine Ausnahme, hat darüber hinaus noch viel mehr Spitalsbetten. Deutschland und Finnland haben pro tausend Einwohner elf Spitalsbetten. In Portugal und Spanien, bitte, das ist für uns kein Vergleich, gibt es nur 4,4 Betten pro tausend Einwohner. Diese Länder möchte ich hier als sozial arm einstufen. Auf der iberischen Halbinsel sind ja

bekanntlich die Reichen ganz reich und die vielen Armen wirklich ganz arm. Dort möchte ich kein Patient sein.

Mit der geplanten Schließung von Spitälern, das ist schon angezogen worden, hat uns die Frau Gesundheitsminister Krammer die Zornesröte ins Gesicht getrieben. Sie hat aber auch kein Dogma aufgestellt. Sie hat nicht gesagt, so muß es unbedingt sein. Sie hat gemeint, initial, senken wir die Zahl der Akutbetten, schaffen wir also finanzielle Lösungen und gehen wir daran, hier finanziell wirtschaftlich sparsam vorzugehen. Wir haben aber als Niederösterreicher unser Krankenanstaltengesetz und den Krankenanstaltenplan, da sind wir an und für sich im Vergleich zu anderen Bundesländern schon viel wirtschaftlicher. Also unser Grundsatz lautet in Niederösterreich, nicht zusperrern, sondern umwandeln, umstrukturieren. Ich glaube, das ist ein gutes Programm, wenn wir imstande sind, das zu bewerkstelligen. Eggenburg, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist deshalb ein zukunftsorientiertes, modifiziertes Spitalsprojekt. Künftige freie Bettenkapazitäten, die wir in Niederösterreich erreichen, müssen insbesondere für den Rehabilitationsbereich reserviert werden.

Die Krankenhausfinanzierung ist in sich so verstrickt, das wissen wir alle, wie ein Gordischer Knoten. Ein neues Finanzierungssystem zu erfinden, wird nicht einfach sein. Die Verantwortung liegt bei der Gesundheitspolitik des Bundes, der Länder und der Gemeinden sowie bei der Sozialversicherung. Erst wenn uns das neue Finanzierungsmodell bekannt ist, können wir auch ernsthaft über Reformideen für unsere Krankenanstalten konkret diskutieren und Maßnahmen in Erwägung ziehen. Die bisher konzipierte und erfolgreich praktizierte Spitalspolitik in Niederösterreich darf jedoch nicht in Gefahr gebracht werden. Steuergelder müssen nach den Grundsätzen von Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit verwendet werden. Sollte es also für ein Projekt, das vom Landtag beschlossen worden ist, künftighin eine Bauüberschreitung geben, dann muß dem Landtag berichtet werden. Erst nach Akzeptanz durch den Landtag kann das in Bau befindliche Projekt fortgesetzt werden. Es hat jedenfalls ein Baubeirat nicht die Kompetenz, einen größeren Millionenbetrag für eine Bauüberschreitung zu genehmigen. Einzig und allein der Landtag besitzt dafür die Budgethoheit. Das muß klargestellt sein.

Wir bekennen uns zum Prinzip des Sparens. Wenn schon gespart werden muß, dann müssen wenigstens auch die Beschlüsse des Landtages

genau eingehalten werden. Aus gegebenem Anlaß habe ich diese prinzipielle Sache erwähnt. Und ich verweise, nochmals zusammengefaßt, auf den Ausspruch, vorbeugen ist besser als heilen. Die Frage lautet nach wie vor: Was ist uns in Österreich die Gesundheit wert und wieviel sind wir selber bereit, für die Gesundheit, welche das höchste Gut ist, auszugeben? Für die Volksgesundheit müssen wir gemeinsam wirken, dazu brauchen wir hochqualifizierte Ärzte, medizinisch gut ausgebildetes technisches Personal und Diplompflegerkräfte in ausreichender Zahl. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion steht zu diesen Grundsätzen. Wir stehen zur Vorlage Eggenburg, aber wir meinen auch, daß die Frage Allentsteig im Sinne dieser Überlegungen geprüft werden muß und daß endlich auch für Gänserndorf die Spitalsproblematik einer Lösung zugeführt werden muß. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt die Frau Abgeordnete Lugmayr.

Abg. LUGMAYR (ÖVP): Herr Präsident!
Hoher Landtag!

Am 26. Jänner 1995 haben wir ausführlich diskutiert über den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in bezug auf unser Bundesland und wir haben auch diskutiert über den Plan des Gesundheitsministeriums bezüglich der Spitalsbettenreduzierung und der Schließung von Krankenhäusern.

Wir haben damals einen einstimmigen Beschluß gefaßt, daß wir in Niederösterreich die begonnene Umstrukturierung, die ja teilweise auch gelobt wird in dem Rechnungshofbericht, nämlich nicht nur Spitäler der Grundversorgung zu sperren, sondern umzustrukturieren in Sonderkrankenanstalten oder, wie in Eggenburg, in Kombination mit Pflegeheimen, daß wir dieses begonnene Werk weiter fortführen wollen. Und deshalb wird auch meine Fraktion dem vorgelegten Antrag heute zustimmen. Denn in Eggenburg sind ja schon Planungsgelder ausgegeben und die Umplanung ist in diesen unserem Sinne. Das einmal vorweg.

Der Antrag und die Argumentation dieses Antrages vom 26. Jänner 1995 lautet aber auch auf Allentsteig, daß es so wie geplant fertiggestellt werden soll, wenn die notwendigen Gutachten vorliegen. Ich höre in den letzten Tagen auch vom zuständigen Landesrat eigentlich einige Unsicherheit heraus. Und ich stelle mir die Frage, hat sich die Frau Gesundheitsministerin doch durchge-

setzt? Ist ein Meinungswandel eingetreten? Ich hoffe nicht. Denn ich glaube schon, daß wir am richtigen Weg sind und daß wir das, was wir damals beschlossen haben, auch zügig umsetzen sollten.

Ich möchte nur warnen davor, daß wir der Versuchung eventuell verfallen könnten, zwar umzustrukturieren, aber die Grundversorgungs-krankenhäuser oder wie in Eggenburg, Abteilungen dann auch zu schließen. Das wäre dann nicht der richtige Weg. Es kann nur so sein, daß wir Grundversorgungsbetten einsparen und diese Häuser eben für Sonderkrankenanstalten zweck-umorientieren, weil dann die Betriebskosten eben wirtschaftlicher zu gestalten sind und die Notwendigkeiten dadurch abgedeckt werden. Das alles trifft zu sowohl bei Eggenburg und Allentsteig, sollte aber auch überlegt werden bei Korneuburg und Stockerau. In diesem Sinne ist eine vernünftige Kooperation zu finden. Und ganz besonders ist natürlich bei dem neuen Projekt Gänserndorf die Versorgung umzustellen einerseits auf die Kooperation mit Wien, wie es auch im Rechnungshofbericht verlangt wurde, und als Zusatzversorgung die Notfallambulanz, die sehr wohl rund um die Uhr offen sein muß. Nach meiner Information heißt eine Tagesklinik nicht, daß die nur am Tag offen ist, sondern daß die Patienten dort nicht länger als 24 Stunden bleiben sollen. Also das kann sehr wohl auch in den Nachtstunden sein. Es muß nicht nur am Tag sein. Aber eine beschränkte Stundenanzahl der stationären Betreuung muß gegeben sein.

In diesem Sinne hoffe ich, daß nach der geplanten und geforderten Überprüfung das Konzept zügig fertiggestellt wird von der Landesregierung, wie diese Umstrukturierung in Niederösterreich fortgeführt werden soll mit einem neuen Gesundheitskonzept. Und daß wir damit die Gesundheitsversorgung in unserem Land verbessern und trotzdem finanziell möglich machen und wirtschaftlicher und patientenbezogener gestalten. In diesem Sinne werden wir dieser Vorlage die Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort ist gemeldet der Herr Landesrat Wagner.

LR WAGNER Ewald (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Lassen Sie mir nur einige wenige Anmerkungen machen, weil ich glaube, es gibt hier in der Öffentlichkeit eine gewisse Verunsicherung und ich möchte versuchen, dazu beizutragen,

vielleicht doch diese Verunsicherung wieder aus der Welt zu schaffen.

Der Kollege Mag. Freibauer und ich waren vor 10, 14 Tagen zu einem Gespräch bei der Frau Gesundheitsminister und haben dort sehr deutlich gesagt, daß wir eine Reihe von Übereinstimmungen finden in diesem österreichischen Krankenanstaltenplan mit dem Raumordnungsprogramm des Landes und daß es damit über weite Strecken hier keine Differenzen gibt. Daß es aber natürlich in einer Reihe von Fragen Auffassungsunterschiede gibt und wir als Landespolitiker doch meinen, daß es eben auch in der Gestaltungsmöglichkeit des Landes liegen muß, nach gewissen nachvollziehbaren Kriterien auch entsprechend Entscheidungen zu treffen, die vielleicht auf der Bundesebene nicht immer volle Zustimmung finden. Es wird an uns liegen, eben entsprechend viele gute Argumente zu finden, warum es aus verschiedenen Gründen andere Überlegungen in einem Land geben kann.

Wir haben uns in Niederösterreich seit vielen Jahren und Jahrzehnten darauf verstanden, daß es hier eine dezentrale Struktur der Krankenhäuser geben soll. Nicht deshalb, weil wir sie erfunden haben, sondern weil es einfach aus der Geschichte heraus diese Krankenhäuser gibt. Und es mag schon sein, daß man hier die Not zur Tugend gemacht hat und sich darauf verstanden hat, eben weiterhin diese dezentrale Struktur anzubieten. Es war aber auch klar, daß diese dezentrale Struktur bedeutet, daß man vielleicht nicht immer die optimalste und auch kostengünstigste Variante hat, aber sicherlich eine Variante, die von der Bevölkerung erwartet wird. Der Herr Kollege Litschauer und ich erleben ja jetzt sozusagen die Diskussion im Bezirk Korneuburg hautnah. Und erst dann, wenn es die Diskussionen gibt, daß ein Krankenhaus geschlossen wird - jetzt frage ich gar nicht, welches - beginnt natürlich plötzlich die Bevölkerung sich daran zu erinnern, daß es eigentlich ein Krankenhaus gibt, das man immer als völlig selbstverständlich empfunden hat und plötzlich sagt man, ihr werdet doch nicht wirklich - und ich sage es jetzt ganz rustikal - so "wahnsinnig" sein und werdet ein Krankenhaus zusperrern, das seit vier Jahren erst eröffnet ist.

Das heißt also, diese dezentrale Struktur ist natürlich auch eine gewisse Versorgungssicherheit für die Bevölkerung. Was nicht heißt, und das hat die Frau Abgeordnete Lugmayr angeschnitten, daß wir natürlich nicht durch Umstrukturierungen auch die Kostensituation verbessern können und auf der anderen Seite jene Dinge auch in der Zu-

kunft verstärkt anbieten, die man im Bereich der gesundheitlichen Versorgung braucht.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Gerade die Frage der Psychosomatik ist etwas, was uns in der Zukunft noch mehr beschäftigen wird als wir uns alle miteinander heute vorstellen können. Es gibt international viel mehr Krankenanstalten, die psychosomatische Betten anbieten als das in Österreich der Fall ist. Und wir werden in Eggenburg sicherlich eine Lücke schließen können. Ich habe anlässlich eines Besuches in Eggenburg damals folgendes erlebt, und ich werde das Beispiel nie vergessen. Entschuldigen Sie, wenn ich das hier erzähle: Ein Mädchen sitzt in dieser Gesprächsrunde und man hat mir erzählt, sie war schon mindestens fünfmal dort und immer wieder kam sie mit Beschwerden, von denen man wahrscheinlich in einem anderen Krankenhaus gesagt hätte, die kann man nur mehr operieren. Und in Wahrheit war das eine psychosomatische Störung, sie war organisch überhaupt nicht krank. Es ist doch völlig klar, daß es wesentlich günstiger ist, Patienten so zu behandeln, auch finanziell günstiger, ich rede gar nicht davon, daß das die für den Patienten sicherlich bessere Lösung ist. Und daher ist es wichtig, diese Hilfen in der Zukunft eben auch stationär anbieten zu können. Weil natürlich es auch in der Zukunft notwendig ist, der Psychosomatik auch im niedergelassenen Bereich einen entsprechenden Stellenwert zu geben. Und wo man das nicht im ambulanten Bereich machen kann, soll es eben - siehe Eggenburg - auch die Möglichkeit geben, es stationär zu machen.

Mein Wunsch wäre nur, daß man auch den zweiten Schritt in Eggenburg sehr rasch setzen kann. Denn nun wird dieser gemeinsame Bereich mit dem Pflegeheim und Altenheim hergestellt. Das ist sehr wichtig, weil es auch Synergieeffekte gibt. Aber es ist mindestens genauso wichtig, daß eben der zweite Schritt gesetzt wird, nämlich die Umstrukturierung im Krankenhaus. Das heißt also, auch die Renovierung im Krankenhaus. Um eben auch dann ein Krankenhaus anbieten zu können, das der heutigen Struktur der NÖ Krankenhäuser entspricht. Eggenburg ist sicher eines der Häuser, das heute vom baulichen Zustand her sicherlich nicht gerade optimal ist. Ich glaube daher, daß hier ein richtiger Schritt in die richtige Richtung gesetzt wurde. Und ich sage es noch einmal, der zweite Schritt muß rasch gesetzt werden. Nicht irgendwann erst, wenn es sich die Gemeinde leisten kann. Denn dann könnte es unter Umständen wirklich lange dauern.

Warum ich mich eigentlich gemeldet habe, ist die Frage Allentsteig. Und jetzt möchte ich fast sagen, wie es ein Präsident der USA gesagt hat: Lesen Sie es von meinen Lippen. Ich habe in Wahrheit seit Monaten immer wieder eine Meinung vertreten und ich bleibe auch dabei: Wir brauchen in der Neurologie-Frage eine dezentrale Lösung. Weil es in unserem Neurologieplan steht, weil es im Psychiatrieplan steht, daß in Zukunft die dezentrale Struktur in diesem Bereich gefragt ist. Und weil das auch dem internationalen Standard entspricht. Daher also brauchen wir zweifellos im Waldviertel eine Anstalt, die sich verstärkt um den neurologischen Patienten bemüht. Wir brauchen sicherlich - und daran besteht überhaupt kein Zweifel - die Frage der Neurorehabilitation. Wir müssen diese Frage klären. Denn es ist heute Stand der Medizin, und hier gibt es viele, die wahrscheinlich auch in diese Richtung schon intervenieren mußten, daß Patienten nach einem Schlaganfall sehr schnell in die Rehabilitationsphase kommen sollten. Die Chance ist allerdings manchmal nicht gegeben, weil es einfach zu wenig Möglichkeiten gibt. Wir brauchen also die Neurorehabilitation und was liegt näher als beides zu kombinieren? Und hier gibt es ja dieses bekannte Projekt einer Gesellschaft, die also Land, Gemeinde und die nichtspitalerhaltenden Gemeinden umfaßt und einen Privaten, der den Bereich der Rehabilitation abdecken soll. Dieses Konzept für Allentsteig liegt auf dem Tisch.

Das Drama, wenn Sie so wollen, ist halt die Tatsache des naheliegenden Truppenübungsplatzes. Aber auf der anderen Seite, wenn Sie wollen, auch für Allentsteig ein großer Nutzen. Denn immerhin gibt es ja dort viele Arbeitsplätze im Bereich des Truppenübungsplatzes. Es ist halt sehr schwer, dort einen Standort zu finden, der auch den Normen entspricht, die man heute - und ich sage es ausdrücklich - heute für die Errichtung von Krankenhäusern verlangt. Das heißt, es muß die Umgebung der Krankenhäuser über den Tag und in der Nacht gewisse Normen im Bereich des Schallpegels unterschreiten, damit solche Krankenhäuser errichtet werden können. Bei den ersten vier Standortensuchen hat man halt hier keinen Standort gefunden, der diesen Normen entsprechen hätte. Nun gibt es einen fünften Standort, der geprüft wurde, nämlich vom Lärmgutachten her. Und nun besteht die Aufgabe darin - und das sage ich auch seit Monaten - genauso wie in den ersten vier Standorten auch für diesen fünften Standort das Lärmgutachten medizinisch zu bewerten. Und wenn diese medizinische Bewertung so ausgeht, wie man heute offensichtlich annimmt und wie ich es in den

Zeitungen lesen kann, dann wird es sicherlich keinen Grund geben, zu sagen, in Allentsteig kann es dieses Krankenhaus nicht geben. Wobei ich genau weiß - und dazu gab es ja am vergangenen Dienstag in der Regierung auch eine entsprechende Diskussion - daß dies nicht der optimalste Standort ist, das ist überhaupt keine Frage. Aus regionalpolitischem Standpunkt oder aus regionalpolitischen Überlegungen heraus soll dieses allgemeine öffentliche Krankenhaus Allentsteig durch eines ersetzt werden, das sich mit den Fragen der Neurologie beschäftigt. Und damit soll auch dieser sicherlich nicht leichten Situation in dieser Region Rechnung tragend die Möglichkeit gefunden werden, für einen Bereich von Krankheiten auch in Niederösterreich zusätzliche Behandlungsmöglichkeiten anzubieten. Und ich werde hoffentlich sehr rasch von der Sanitätsdirektion nun auch diese medizinische Bewertung bekommen. Und wenn das auf dem Tisch liegt und positiv ist, dann wird es natürlich darum gehen, die Finanzierung sicherzustellen. Denn eines, meine sehr geschätzten Damen und Herren, muß man an dieser Stelle auch sagen: Die Gemeinde Allentsteig ist in Wahrheit nur unter größten Schwierigkeiten imstande, an der Finanzierung so mitzuwirken, wie es in anderen Bereichen der Fall ist. Das heißt also, es werden hier sicherlich viele Überlegungen anzustellen sein, wie man in dieser Gemeinde auch die Finanzierung sicherstellt. Damit nämlich nicht die Abgangsgemeinde Allentsteig noch weiter in den Strudel hineingerissen wird, sondern auch die Möglichkeit hat, irgendwann auf eigenen Füßen zu stehen. Auch das bitte sollte am heutigen Tage gesagt werden.

Daher also, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es geht hier nicht um irgendwelche parteipolitische Überlegungen. Sondern es geht einfach darum, alles abzusichern, damit wir nicht auf Glatteis marschieren, sondern wirklich auf einer Grundlage, die auch sicherstellt, daß nicht irgendwann in fünf Jahren man in diesem Haus einen Rechnungshofbericht diskutiert, wo dann behauptet wird, wir hätten nicht wirklich ordentlich unsere Überlegungen angestellt und wir hätten vielleicht Geld beim Fenster hinausgeworfen, wo man uns dann wirklich zu Recht Vorwürfe machen könnte. Um das zu verhindern, meine sehr geschätzten Damen und Herren, glaube ich also, daß dieser Standpunkt, den ich versucht habe, hier einzubringen, und ich bitte, das auch so zur Kenntnis zu nehmen, daß das also auch der richtige Standpunkt ist. Weil er uns in der Zukunft vielleicht manche Diskussionen erspart, die wir uns, glaube ich, auch ersparen sollten.

Und weil Gänserndorf auch heute angeschnitten wurde: Am kommenden Montag wird Baubeirat sein in Gänserndorf. Es wird die Frage des Grundstückes am Tapet stehen, wir werden ein entsprechendes Grundstück aus einer ganzen Liste von Grundstücken auszusuchen haben und dann wird es darum gehen, auch dort die Finanzierung sicherzustellen, alle Fragen der EU-weiten Ausschreibung für all diese Bereiche. Wenn das am kommenden Montag geklärt werden kann, dann sind wir auch dort einen Schritt weiter. So glaube ich also, daß wir hier wirklich auf dem richtigen Weg sind, also keine Häuser zusperrten, sondern sinnvoll umstrukturieren. Aber wohlge-merkt, immer wieder mit dem Blick darauf, daß wir hier sicherlich nicht genug Geld haben, um es für Projekte aufzuwenden, die nicht sinnvoll sind. Aber ich gehe davon aus, daß in diesem Landtag niemand ist, der nicht auch in diesem Sinne seine Beschlüsse gefaßt haben möchte. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. RUPP (SPÖ): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Wir kommen zur Abstimmung.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses): Mit den Stimmen der ÖVP, der SPÖ, des Liberalen Forums angenommen! Nicht mitgestimmt haben die Abgeordneten der Freiheitlichen Partei und der Herr Abgeordnete Ing. Wagner Josef. *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, LIF; Ablehnung FPÖ und Abg. Ing. Wagner Josef.)*

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Dkfm. Rambossek, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 121/A-3/9 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Hoher Landtag!

Ich habe über den Antrag der Abgeordneten Treitler, Knotzer, Dkfm. Rambossek, Kurzreiter, Keusch und Dr. Mautner Markhof gemäß § 29 LGO betreffend Vereinheitlichung der Telefongebühren und die Errichtung von Standleitungen von den Bezirksverwaltungsbehörden zum Amt der NÖ Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Gratzner, Dkfm. Rambossek u.a. betreffend Einführung des Ortstarifes für Telefon-

gespräche mit dem Amt der NÖ Landesregierung, Ltg. 121/A-3/9, zu berichten.

Es geht bei diesem Antrag darum, daß es den Landesbürgern ermöglicht wird, Telefongespräche zum Ortstarif mit den Dienststellen des Amtes der NÖ Landesregierung zu führen. Es geht darum, daß die Teilnehmer im ländlichen Raum durch die Staffelung der Gebührenzonen finanziell nicht noch mehr belastet sind. Es geht also darum, den Landesbürgern die Möglichkeit zu bieten, billiger mit dem Amt der NÖ Landesregierung Verbindung aufzunehmen, ohne daß daraus dem Land wirtschaftlich nicht vertretbare Kosten erwachsen.

Im Namen des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses darf ich daher den Antrag stellen (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung dafür zu sorgen, daß beim Ausbau der Telefonanlage beim Amt der NÖ Landesregierung in St. Pölten eine Vernetzung der Telefonanlagen zwischen dem Amt der NÖ Landesregierung und den Bezirksverwaltungsbehörden derart herbeigeführt wird, daß es den Landesbürgern ermöglicht wird, Telefongespräche zum Ortstarif mit den Dienststellen des Amtes der NÖ Landesregierung zu führen.
2. Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung beim Bund vorstellig zu werden, um eine Vereinheitlichung der Telefongebührentarife zu erwirken.
3. Der Antrag der Abgeordneten Gratzler, Dkfm. Rambossek u.a. betreffend Einführung des Ortstarifes für Telefongespräche mit dem Amt der NÖ Landesregierung, Ltg. 121/A-3/9, wird durch diesen Antrag der Abgeordneten Treitler, Knotzer, Dkfm. Rambossek u.a. gemäß § 29 LGO erledigt."

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Hrubesch.

Abg. HRUBESCH (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus!

Am 6. April 1994 haben wir Freiheitlichen einen Antrag eingebracht betreffend Einführung des Ortstarifes für Telefongespräche mit dem Amt der NÖ Landesregierung. Begründet haben wir seinerzeit diesen Antrag wie folgt: Für viele Dienstleistungsunternehmen ist es bereits selbstverständlich und gehört zum Dienst am Kunden, daß Telefonate mit diesen Einrichtungen außerhalb des Bezirkes und des Bereiches des gültigen Ortstarifes eben nur zu diesem verrechnet werden. Da auch das Amt der NÖ Landesregierung Bürgerservicefunktion hat und diese ja oft unter Beweis stellt, sollte diese Servicefunktion auch dahingehend ausgebaut werden, daß Gespräche der Landesbürger mit dem Amt der NÖ Landesregierung niederösterreichweit zum Ortstarif möglich sind.

In diesem Zusammenhang haben wir auch erwähnt, daß gerade wirtschaftlich benachteiligte Gebiete, wie zum Beispiel das Waldviertel, in höhere Telefongebührenstufen fallen. Deswegen meinten wir auch, sollte es für alle Landesbürger aus diesen entfernten Gebieten, für die die höheren Gebührenstufen zur Anwendung kommen, keinen Nachteil bei Inanspruchnahme der Leistungen des Amtes zur NÖ Landesregierung geben. Soweit unsere seinerzeitige Begründung am 6. April 1994.

Meine Damen und Herren! Nun wurde am 6. Februar 1995, also zehn Monate später, ein Antrag der Abgeordneten Treitler, Kurzreiter und Dr. Mautner Markhof eingebracht, der ebenfalls die Vereinheitlichung der Telefongebühren für alle Landesbürger vorsieht.

Soweit, so schön. Sehr gut, meine Damen und Herren. Gerne sind wir Freiheitliche natürlich diesem Antrag beigetreten, da er sinngemäß die Forderung enthält, die wir mit unserem Antrag erzielen wollten. Wir sind froh, daß er jetzt, 10 Monate später, behandelt wird. Es ist interessant: Wenn die ÖVP-Fraktion einen Antrag einbringt, dann wird er gleich im nächsten Monat behandelt. Unserer ist 10 Monate gelegen und wird jetzt mitverhandelt.

Aber, meine Damen und Herren, zur Sache selbst: Damit ist nun gewährleistet, daß für alle Landesbürger, wenn sie mit der NÖ Landesregierung telefonisch Kontakt aufnehmen wollen, die gleichen Gebühren verrechnet werden. Wir Freiheitliche begrüßen diese Aktion und werden dem vorliegenden Antrag zustimmen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Knotzer.

Abg. KNOTZER (SPÖ): Herr Präsident!
Hoher Landtag!

Zum vorliegenden Geschäftsstück möchte ich folgende Bemerkungen namens der sozialdemokratischen Abgeordneten des Landtages einbringen. Eine langjährige Forderung der SPÖ Niederösterreich wird mit dem heutigen Beschluß - und das nehme ich an, nachdem alle Fraktionen dem beitreten - verwirklicht werden. Und auch ein Anliegen der sozialdemokratischen Gemeindevertreter. War es doch so, daß gerade die entfernt gele-

genen Gemeinden oder jene, die weit weg von der jetzigen Landeszentrale Wien und in Zukunft von St. Pölten gelegen sind, große Nachteile zu erwarten gehabt haben. Vor allem die kleineren Gemeinden, die natürlich genauso telefonisch Kontakt mit den Landesdienststellen brauchen, waren durch hohe Telefongebühren weiter benachteiligt. Und das ist der erste Schritt, die Vereinheitlichung der Telefongebühren zum Ortstarif. Daß nicht nur die Bürger, sondern auch natürlich die Gemeinden und darüber hinaus natürlich auch Betriebe und alle, die den Kontakt zu den Landesdienststellen brauchen, in Zukunft eine einheitliche Telefongebühr in ganz Niederösterreich vorfinden.

Der zweite Schritt, auch in diesem Antrag beinhaltet, fordert die Landesregierung auf, bei den Bundesdienststellen vorstellig zu werden, um auch eine Vereinheitlichung für die Bundesdienststellen zu erreichen. Es ist ja nicht einsichtig, daß ein Betrieb aus dem Gebiet Wald-, Wein- oder Industrieviertel wesentlich mehr Gebühren zahlt, oder auch eine Gemeinde, ein Bürger, wenn er/sie mit einer Bundesdienststelle in Wien telefonisch in Kontakt treten will oder muß. Auch diesen Antrag unterstützen wir, um die bisherige Benachteiligung des ländlichen Raumes in Zukunft etwas zu verringern. Für die Gemeinden, für die Betriebe ist das sicherlich ein wenig mehr Chancengleichheit. Wir werden daher diesem Antrag, dem wir auch beigetreten sind, gerne zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Marchat.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich nehme diesen Tagesordnungspunkt her, um mir grundsätzlich Gedanken über den Ausbau des D-Netzes in Österreich zu machen. Es hat seinerzeit die Versprechungen der Post gegeben, daß mit Juni 1994 der Ausbau des D-Netzes fertig ist, also flächendeckend in Österreich mit einem D-Netztelefon telefoniert werden kann. Der Status quo ist, daß der Ausbau noch immer nicht fertig ist und daß wir in Niederösterreich zahlreiche Gebiete haben, wo es für einen D-Netzteilnehmer nicht möglich ist zu telefonieren. Wir haben in Österreich nicht nur die höchsten Grundgebühren, sondern auch die höchsten Gesprächsgebühren in Europa für Handtelefonteilnehmer. Mit Stand vom 1. Februar 1995 sind über 37.000 Anschlüsse in Niederösterreich angemeldet und zirka 222.000 Anschlüsse in ganz Österreich. Jetzt tritt folgendes ein: Der Teilnehmer bezahlt

eine Grundgebühr, ich möchte das jetzt vergleichen mit einer Bereitstellungsgebühr, wie das zum Beispiel ist beim Wasser. Ich zahle eine Bereitstellungsgebühr dafür, daß ich die Möglichkeit habe, Wasser zu benutzen. Der Teilnehmer bezahlt ebenfalls diese Grundgebühr, sprich diese Bereitstellungsgebühr, kann aber gar nicht überall telefonieren. Das ist meines Erachtens ein Zustand, der nicht haltbar ist. Ich bringe daher folgenden Resolutionsantrag ein (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Marchat, Ing. Hofbauer, Knotzer, Ing. Dautzenberg zum Antrag der Abgeordneten Treitler, Knotzer, Dkfm. Rambossek u.a. Ltg. 121/A-3/9, gem. § 29 LGO betreffend Vereinheitlichung der Telefongebühren und die Errichtung von Standleitungen von Bezirksverwaltungsbehörden zum Amt der NÖ Landesregierung.

Das Sendernetz für D-Netztelefone ist in weiten Gebieten Niederösterreichs mangelhaft ausgebaut, obwohl die Grundgebühren sehr hoch sind. So ist die Verwendung des D-Netzes im Wald- und Weinviertel, beziehungsweise im Pielachtal, in der Region Wienerwald und in der Buckligen Welt nur sehr eingeschränkt möglich. Mit Stand 1. Februar 1995 sind in Niederösterreich 37.442 D-Netz-Teilnehmer gemeldet. Für diese ist es unverständlich, daß sie im europäischen Vergleich nicht nur die höchsten Gesprächs- und Grundgebühren bezahlen, sondern auch die geringsten Verwendungsmöglichkeiten haben.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung, insbesondere bei Verkehrsminister Klima, vorstellig zu werden und

1. auf eine Senkung der Grundgebühren, sowie
2. auf den lückenlosen Ausbau des D-Netzes zu drängen."

Ich möchte alle Damen und Herren des Hohen Hauses bitten, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. (*Beifall bei der FPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Ing. Hofbauer.

Abg. Ing. HOFBAUER (ÖVP): Herr Präsident!
Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin noch keine zwei Jahre Abgeordneter in diesem Hohen Landtag und erlebe heute die dritte Diskussionsrunde zum Thema der Telefongebühren in Niederösterreich. Ich hoffe, daß mit der heutigen Debatte und mit einem positiven Beschluß des Antrages des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses auch tatsächlich eine positive Erledigung zugunsten der peripheren Gebiete verwirklicht werden kann. Ich darf mich heute auch wiederholen und meine Aussagen vom Februar 1994 hier nochmals wiedergeben.

25.000 Telefonteilnehmer im Bezirk Gmünd können miteinander zum Ortstarif telefonieren. Im Ballungsraum Wien sind das 800.000. Will ein Telefonteilnehmer im Bezirk Gmünd, in Waidhofen oder Laa a.d. Thaya mit Behörden oder Geschäftspartnern in Wien telefonieren, dann muß er bis zur neunfachen Gebühr aufwenden um die gleiche Zeit telefonieren zu können wie im Ballungsraum Wien. Diese krasse Benachteiligung der Grenzregionen muß dringend abgestellt werden. Meine Hoffnung, daß wir diesmal eine erfolgreichere Aktivität setzen als das letzte Mal, wo wir einen sehr höflichen Brief des Herrn Postgeneraldirektors Dr. Sindelka erhalten haben, in dem er uns mitteilt, daß die Veränderung nicht möglich ist, begründet sich auch damit, daß bei der letzten Debatte noch mein Kollege mit einem ebenfalls sehr weiten Anfahrtsweg nach Wien, der Herr Kollege Keusch aus Böhlerwerk, als Befürworter aufgetreten ist. Wenn ich in den letzten Tagen die Presseaussendungen gelesen habe, dann fällt mir auf, daß plötzlich zu den Befürwortern der veränderten und begünstigten Telefongebühren auch der Herr Kollege Uhl aus Perchtoldsdorf bei Wien kommt. Man spürt hier offensichtlich auch in den Ballungsräumen um Wien bereits eine grundsätzliche Änderung in der Einstellung und ich hoffe, daß sich diese Einstellung auch bei entsprechenden Vorsprachen bei Generaldirektor Sindelka, Verkehrsminister Klima und möglicherweise auch bei Finanzminister Lacina positiv auswirkt, damit wir endlich eine Gleichstellung der Telefongebühren in Niederösterreich erreichen können.

Es kann nicht akzeptiert werden, daß das Bundesbudget von der österreichischen Post jährlich mit etwa 9 Milliarden Schilling zusätzlich aufgebessert wird. Ein Betrag, der die privatwirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit der Post ohnedies schwer belastet. Wissen wir doch alle, daß die

Post nur im Bereich der Telefongebühren Gewinne schreibt, während andererseits im Bereich des Brief- und Paketverkehrs und auch bei den Postautodiensten bereits jetzt quersubventioniert wird und daher die Forderung nach einer Angleichung der Telefongebühren umso gerechter ist. *(Abg. Dr. Bauer: Herr Abgeordneter! Mit dem Argument hätten Sie aber in den Verhandlungen nicht die Privatisierung des Kommunikationsbereiches der Post verlangen dürfen!)*

Die Privatisierung ist sicherlich dann möglich, wenn wir gleiche Voraussetzungen für die Partner schaffen.

Die Gebührenstaffel wird auch immer wieder damit begründet, daß die Kosten für weite Strecken die hohen Kapitalerfordernisse begründen würden. Die Differenz mit 1:9 ist aber keineswegs damit gerechtfertigt. Postinsider haben mir berichtet oder haben mir bestätigt, daß die höheren Investitionskosten insbesondere in den Wählämtern liegen, die weiten Leitungen aber nicht diese gewaltige Differenz in den Gebühren rechtfertigen. Das heißt für mich, die Grenzgebiete subventionieren mit den zu hohen Telefongebühren das Staatsbudget. Dieser Zustand muß geändert werden und ich hoffe, daß das mit dem heutigen Antrag auch gelingt. Wir können nicht einerseits Betriebsansiedlungen in den peripheren Gebieten unterstützen, regionale Förderprogramme aufbauen, dafür auch EU-Mittel in Anspruch nehmen und gleichzeitig die peripheren Unternehmungen benachteiligen.

Vielleicht noch ein paar Worte zum ursprünglichen Antrag, der Forderung der Abgeordneten der Freiheitlichen, für alle Gespräche zum Amt der Landesregierung den Ortstarif einzuführen. In der Erläuterung des Antrages des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses ist bereits zu lesen, daß die Telefonkosten des Landes Niederösterreich derzeit etwa 11 Millionen Schilling betragen, die Übernahme einer Servicenummer zum Ortstarif würde zusätzlich etwa 100 Millionen Schilling ausmachen. Ich glaube daher, daß der Vorschlag, der hier heute zur Diskussion steht, alle Bezirkshauptmannschaften "on line" mit dem neuen Regierungsgebäude in St. Pölten zu verbinden, eine echte Alternative darstellt und allen Landesbürgern die Möglichkeit bietet, durch Anruf bei der ortsansässigen Bezirkshauptmannschaft zum günstigen Tarif mit allen Landesdienststellen in Kontakt zu treten. Der vorliegende Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses findet daher unsere vollste Zustimmung. Verbunden mit der Hoffnung, daß sowohl die Vereinheitlichung der Telefongebühren in Niederösterreich, als auch die

Erreichbarkeit des neuen Amtsgebäudes in St. Pölten zum Billigtarif für alle Landesbürger ermöglicht wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Die Rednerliste ist erschöpft, der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Wir kommen zur Abstimmung.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses): Einstimmig angenommen!

Wir gelangen nun zur Abstimmung über den eingebrachten Resolutionsantrag der Abgeordneten Marchat, Ing. Hofbauer, Knotzer und Ing. Dautzenberg zum Antrag Ltg. 121/A-3/9. Dieser Resolutionsantrag betrifft den Ausbau des D-Netzes. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Resolutionsantrag):* Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Haberler, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 270/A-3/19 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. HABERLER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte über das Geschäftsstück Ltg. 270/A-3/19 betreffend Verhinderung der Einspeisung von Atomstrom aus Mochovce in den geplanten 380 kV-Ring. Das Geschäftsstück liegt den Abgeordneten vor. Ich nehme an, das es somit bekannt ist und beschränke mich damit auf die wesentlichen Passagen.

Damit Export von Atomstrom aus der Slowakei möglich gemacht werden kann, werden Vorbereitungen für den Bau eines 380 kV-Anschlusses

getroffen. Diese 380 kV-Leitung soll vom slowakischen Stupkava nach Österreich führen, um damit den Zugang zum westeuropäischen Elektrizitätsnetz zu erleichtern.

Es ist daher unbedingt danach zu trachten, vor allem auch im Sinne der Sicherheit der NÖ Bevölkerung, daß die mögliche Einspeisung von Atomstrom aus Mochovce in den geplanten 380 kV-Ring verhindert wird. Damit wäre ein Ausbau des AKW Mochovce nicht mehr sinnvoll für die Betreiber. Ich stelle daher folgenden Antrag des Umwelt-Ausschusses (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Antrag der Abgeordneten Gratzer, Friedwald, Feuerer u.a., mit dem die Landesregierung ersucht wird, alle notwendigen Schritte vorzunehmen, um die Einspeisung von Atomstrom aus Mochovce über niederösterreichischem Gebiet zu verhindern, wird genehmigt."

Ich darf den Herrn Präsidenten bitten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt die Frau Abgeordnete Dorfmeister-Stix.

Abg. DORFMEISTER-STIX (*LIF*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Wie ich bereits in meiner Rede in der vergangenen Sitzung erwähnte, muß seitens Österreichs alles getan werden, um einen Bau des AKW Mochovce zu erschweren bzw. zu verhindern. Der vorliegende Antrag erscheint mir daher als ein taugliches Mittel, den geplanten Export von Atomstrom aus Mochovce, wenn schon nicht zu verhindern, so zumindest jedoch sehr unbequem und in der Folge auch nicht mehr sinnvoll für die Betreiber zu gestalten.

Das letzte wissenschaftliche Gutachten, das von der Bundesregierung in Auftrag gegeben wurde, zeigt in vielen Punkten, wie gefährlich Mochovce ist und daß dadurch das AKW Bohunice nicht, wie von den Betreibern und Befürwortern ursprünglich behauptet, zugesperrt werden könnte. Mochovce weist neben all seinen bereits öfters erwähnten Mängeln auch deshalb ein immenses Risiko auf, weil das AKW in einem Erdbebengebiet liegt, alles andere denn erdbebensicher ist und solche Naturkatastrophen von Menschen nicht ausgeschaltet werden können, da sie vis major unterliegen.

Da dem Land Niederösterreich nicht so viele rechtliche Mittel zur Verfügung stehen, in das Geschehen rund um das AKW Mochovce einzugreifen, erscheint mir der vorliegende Antrag als ein Schritt in die richtige Richtung, nämlich der Verhinderung von Mochovce. Das Liberale Forum wird daher diesem Antrag gerne seine Zustimmung erteilen. (*Beifall bei LIF, Abg. der ÖVP u. Abg. Gratzer.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort ist gemeldet Herr Klubobmann Gratzner.

Abg. GRATZER (*FPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wie meine Vorrednerin ja gesagt hat, sind ja sämtliche Argumente bereits in der letzten Sitzung auf dem Tisch gelegen. Es war allerdings die Form des Antrages damals noch nicht geeignet, die Abstimmung selbst herbeizuführen. Und es freut mich daher ganz besonders, daß alle, die dann anschließend an das Rednerpult gegangen sind, auch ihr Wort wahrgemacht haben, daß sie gesagt haben, wird dieser Antrag in einer anderen Form eingebracht, dann wird er selbstverständlich angenommen.

Mittlerweile haben sich die Argumente eher noch verstärkt. Wir wissen jetzt noch mehr über die Unsicherheit dieses Reaktors. Und wie gut der Antrag war, habe ich heute in der Früh um 6.52 Uhr Radio Niederösterreich entnommen, nachdem der ORF bekanntgegeben hat, das ist der Antrag des Herrn Abgeordneten Klupper. (*Heiterkeit im Hohen Hause.*)

Und somit sehe ich wirklich mit Freude, daß wir alle hier wirklich in gemeinsamer Arbeit einen wesentlichen Schritt nach vorne tun. Ich hätte nur noch ein Anliegen und zwar muß ich das an die Riege der ÖVP weitergeben. Denn in einer Tageszeitung wird da berichtet mit gestrigem Datum unter dem Titel, "Politskandal um Stromautobahn". Im Konkreten geht es darum, daß das Burgenland jetzt doch bereit ist, diese Stromautobahn zu genehmigen. Und nachdem das der VP-Landesrat Ehrenhöfler ist, zumindest wird es behauptet, der jetzt dort unterzeichnet, daß diese Stromautobahn hereingeführt wird, geht mein Ersuchen dezidiert an die ÖVP, hier wirklich die Fraktionsfreunde, oder wie sie immer bezeichnet werden, im Burgenland vielleicht noch einmal aufzufordern, ihnen das beizubringen. Weil es bringt uns relativ wenig, wenn wir in Niederösterreich diesen bedeutenden Schritt setzen und ein anderes Bundesland sich dann

darüber hinwegsetzt. In dem Sinne mein großes Anliegen an die ÖVP, hier mit dem VP-Landesrat Ehrenhöfler noch einmal zu reden. Er soll seine Haltung überdenken, weil sonst unsere Mühe eher vergebens wäre. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Klubobmann Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist tatsächlich so, daß diese Vorlage nun zu einem Vierparteiantrag wurde, wozu wir uns eigentlich schon bei der Antragstellung verpflichtet haben. Nämlich daß verhindert werden soll, daß Strom in dieser Form transportiert werden kann, als Mittel zur Verhinderung des Atomkraftwerkes. Darauf läuft das ja hinaus. Und ich glaube tatsächlich, daß wir den Stromexport nicht erleichtern sollen. Es ist so, daß in all den Untersuchungen, die wir wirklich sehr sorgfältig von österreichischer Seite her durchgeführt haben, die Gefahr, die Risiken und auch die Sinnlosigkeit nachgewiesen wurde. Und daher wird dieser Druck verstärkt und verschärft dadurch, daß man sagt, wenn sozusagen vernünftige Argumente schon keinen Eingang finden, dann soll man nicht noch die Einspeisung ermöglichen. Und nachdem hier sehr viel, im wesentlichen kann man sagen, die Rückzahlung, erfolgen soll über den Stromexport, so ist das zumindest ein sehr empfindliches Argument gegen die Realisierung. Und ich habe mit großer Überraschung, sagen wir so, sehr vorsichtig ausgedrückt, auch die Meldung von Professoren aufgenommen, die sich da gemeldet haben, daß sie für dieses Kraftwerk oder für die Kernenergie eintreten. Ich meine, daß wirklich hier ein Überschreiten ihrer professoralen Kompetenz eigentlich eingetreten ist. Denn nicht daß nicht jemand eine eigene Meinung haben darf, das ist selbstverständlich, das soll und muß so sein. Aber daß man gefragt wird um seine Meinung und diese Meinung dann transportiert, ohne daß sie dort einlangt, wo sie eigentlich einzulangen hat, nämlich in der Koordinierungsstelle, finde ich einen Bärendienst an dem Anliegen Österreichs. Und darum geht es eigentlich. Es ist ein Bärendienst an dem Anliegen Österreichs.

Wir sollen daher alles tun, damit es wirklich verhindert wird. Und wir werden natürlich auch diesem Antrag zustimmen. Es wurden alle die Argumente schon ausgeführt in der letzten Debatte. Ich habe mir jetzt noch einmal die letzte Fassung angesehen. Und ich habe mich auch in

der letzten Fassung der Bundesregierung und in der Bewertung jetzt überzeugt - jeder kann das nachlesen, das trägt das Datum Februar - daß es schon so ist, daß die Argumente, die schon lange im Raum stehen, erhärtet werden. Nämlich, daß die Auflagen, den kostengünstigen, sozusagen von der Kostenstruktur her besseren westlichen Sicherheitsfaktoren konträr entgegenlaufen. Oder, das Außerbetriebsetzen älterer slowakischer Reaktoren oder das öffentliche Hearing, all das, wozu sich eigentlich bereits die EBRD, aber auch die Slowakei verpflichtet hat, ist nicht ausreichend beantwortet oder hat gar nicht stattgefunden. Ich bedaure das, daß weder dieses öffentliche Hearing stattfand noch die entsprechenden Auflagen erfüllt wurden. Und es wurde, um das auch noch einmal zu wiederholen, in einem "Aide memoire" vom November 1994 sehr genau auf die Frage der Umweltauswirkungen, des Sicherheitsberichtes, der Sicherheitsanalysen und auch - und das möchte ich deshalb sagen - auch der Partnerschaft gegenüber der Slowakei verwiesen, ohne daß ich hier eine wirklich vernünftige Reaktion sehe. Ich möchte das noch einmal in Erinnerung rufen. Bei der Bewertung von Verfahren nicht-nuklearer Technik - das ist sehr wichtig, nicht-nuklearer Technik - ist ein fünfprozentiger Vorteil herausgekommen und das - noch einmal - unterstreicht, daß es in Wirklichkeit gleichwertige Vorschläge sind. Denn 5 % liegt in Wirklichkeit in einer Abweichungsdifferenz, die vernachlässigbar ist. Ich sage das deshalb, weil hier ein sehr angesehenes Institut diese "least cost study" von Putnam, Hayes und Bartlett nämlich diese 5 % Kostenvorteile errechnet hat. Also ein sehr, sehr geringer Kostenvorteil. Dazu der Sicherheitsfaktor, noch einmal in Erinnerung gerufen. Wir wissen, daß dieses Kraftwerk weder in Deutschland, Frankreich, noch in den USA zum Beispiel eine Betriebsgenehmigung bekommen würde. Das muß man auch wissen. Daß zum Beispiel die Alternativen, die angeboten werden, eigentlich technisch noch gar nicht unter Beweis gestellt oder geprüft wurden. Das öffentliche Hearing wurde nicht eingehalten bzw. fand nicht statt, und - das wurde von der Frau Abgeordneten Dorfmeister-Stix schon gesagt - das Erdbebenrisiko wurde bisher erheblich unterschätzt. Diesbezüglich wird eigentlich überhaupt keine Antwort gegeben. Die Auswirkungen im Störfall wären eine entsprechende Katastrophe.

Soweit ich informiert bin, hat auch Bundesminister Schüssel diesen Leitungsbau jetzt etwas zurückgestellt, weil er noch nicht entscheidungsreif ist. Und so meine ich, daß das

eine wichtige Maßnahme ist, die aufzeigt, daß man in dieser Abwehrbewegung gegen dieses Kraftwerk eben jede Maßnahme nützen soll. Und eine der wesentlichsten Maßnahmen ist sicher die, daß keine Einspeisung für den Stromexport möglich ist. In dem Sinne werden wir auch dem Antrag zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Klupper.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Klupper.

Abg. KLUPPER (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich glaube, das meiste ist von meinen Vorrednern schon gesagt worden. Die Thematik ist klar, wir haben in diesem Landtag uns schon einige Male mit diesem Thema beschäftigt. Ich glaube, wir sind alle einer Meinung bezüglich der Gefährlichkeit dieses Atomkraftwerkes, das bereits 1984 Baubeginn hatte, also vor 11 Jahren. Dann war über zwei Jahre lang der Bau überhaupt eingestellt. Wir wissen schon allein aus dieser Situation heraus, welche Risiken und welche Probleme bei einem Bau bestehen. Ganz unabhängig von all den Sicherheitsmängeln und Gefährdungspotentialen, die ohnehin schon aufgezählt worden sind.

Wir sind also sehr froh, daß es heute zu so einer Zustimmung für diesen gemeinsamen Antrag kommt. Ich glaube, daß das ein Beitrag ist, um eben die Wirtschaftlichkeit einer Fertigstellung auch in Frage zu stellen. Denn letztenendes wurde ja ziemlich deutlich auch zum Ausdruck gebracht, daß die Slowaken verneinen, mit dem Verkauf der Energie jene Beträge zurückzuzahlen, die sie jetzt über die Banken sich zur Fertigstellung erhoffen. Ich glaube also, daß damit sicherlich ein Schritt getan wird, bei dem auch die Frage der Wirtschaftlichkeit eine Rolle spielen könnte. Wobei bei genauer Berechnung Atomstrom ohnehin nie wirtschaftlich ist. Er ist nur dann wirtschaftlich, wenn man in die Berechnung all das, was nämlich das Stilllegen des Kraftwerkes und die Nachfolgemaßnahmen betrifft, nicht mit einkalkuliert. Die sind aber in einer ganz gewaltigen Höhe und die werden meistens nicht in Betracht gezogen. Wir werden daher diesem Antrag auch zustimmen.

Ich habe in meiner Aussendung, um das klarzustellen, nicht davon gesprochen, daß ich den Antrag gestellt habe. Ich habe in vorausreichenden Überlegungen gemeint, daß wir heute diesen Antrag beschließen. Damit liege ich

richtig. Es freut mich aber, daß es Radiohörer gibt, ich habe es selbst nicht gehört, ich kann also nicht sagen, was der Sprecher gesagt hat. Ich freue mich aber, daß Abgeordnete sehr früh schon den Rundfunk hören, um zu wissen, was im Land vor sich geht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Die Rednerliste ist erschöpft, der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. HABERLER (FPÖ): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Wir kommen zur Abstimmung.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Umwelt-Ausschusses): Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Kurzreiter, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 265/F-14 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. KURZREITER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte zur Landtagszahl 265/F-14. Sie betrifft das NÖ Fleischuntersuchungsgebührengesetz.

§ 47 Abs. 1 des Fleischuntersuchungsgesetzes, BGBl. Nr. 522/1982, in der Fassung der Novelle BGBl. Nr. 118/1994, erklärt die Gebühren für die Schlachttier- und Fleischuntersuchung sowie die sonstigen sich aus diesem Bundesgesetz ergebenden Untersuchungen und Kontrollen zu ausschließlichen Landes- bzw. Gemeindeabgaben. Es steht daher dem Landesgesetzgeber frei, diese Gebühren dem Land oder zur Gänze den Gemeinden zufließen zu lassen oder sie zwischen

Land und Gemeinden zu teilen. Die Fleischuntersuchungsgebühren werden durch § 1 Abs. 1 des vorliegenden Entwurfes zu Landesabgaben erklärt. Die Vorschreibung und Einhebung dieser Abgaben soll entsprechend § 7 Abs. 1 des Entwurfes den Gemeinden zur Besorgung im übertragenen Wirkungsbereich zugewiesen werden. Die Gemeinden erhalten für die damit verbundenen Belastungen einen Kostenersatz. Dadurch wird die nach der bisherigen Rechtslage - Verordnung des Landeshauptmannes, LGBl. 6400/5 - bestehende Vorgangsweise der Vorschreibung und Einhebung der Abgaben, welche sich durchaus bewährt hat, aufrecht erhalten.

Mit der künftigen Verpflichtung des Landes Niederösterreich, die Kosten für die sich nach dem Fleischuntersuchungsgesetz ergebenden Untersuchungen und Kontrollen, wie von bakteriologischen, chemischen, physikalischen, serologischen und sonstigen Untersuchungen, sowie die Fortbildung der Fleischuntersuchungsorgane zu tragen, muß für die durch die Gemeinden überwiesenen Abgabenanteile eine Voranschlagsstelle geschaffen werden, aus welcher unter anderem die Untersuchungskosten der jeweiligen die Untersuchung durchführenden Stelle zu überweisen bzw. mit den Gemeinden die erforderlichen Verrechnungen durchzuführen sind.

Diese Voranschlagsstelle müßte ausgeglichen abgeschlossen werden, da die Höhe der Gebühren derart festgesetzt wird, daß mit den Einnahmen auch die zu erwartenden Ausgaben abgedeckt werden können. Durch die vorgesehenen Regelungen des Entwurfes tritt mit Ausnahme der auf Grund der erwähnten Novelle des Fleischuntersuchungsgesetzes bzw. der hiezu erlassenen Verordnungen erforderlichen zusätzlichen Untersuchungen keine über das bisherige Ausmaß hinausgehende Belastung der Abgabepflichtigen ein.

Im Ausschuß wurde auch ein Abänderungsantrag eingebracht und beschlossen, welcher in die Vorlage eingearbeitet wurde. Ich darf daher folgenden Antrag stellen (*liest*):

"Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Fleischuntersuchungsgebührengesetz.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend NÖ Fleischuntersuchungsgebührengesetz

wird in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung genehmigt.

2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Ich bitte den Herrn Präsidenten, das Erforderliche zu veranlassen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen zur Abstimmung.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses): Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Haberler, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 267/A-13 einzuleiten.

(Zweiter Präsident Koczur übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter Abg. HABERLER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte zum Geschäftsstück Ltg. 267/A-13 betreffend NÖ Aufzugsordnung 1995. Der Inhalt, das setze ich voraus, ist im wesentlichen bekannt und ich darf daher nur das Wichtigste daraus kurz vortragen.

Derzeit ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten alleine zuständig für die Regelung des Inverkehrbringens von Aufzügen, Fahrtreppen und Fahrsteigen. Auch wenn sie wie andere Bauprodukte mit Masse in den Gesetzgebungs- und Vollziehungsbereich der Länder gehören. Zur Anpassung der Regelung des Einbaues und der Prüfung von Aufzügen, Fahrtreppen und Fahrsteigen an die Richtlinien der Europäischen Union ist das Land aber zweifelsohne schon seit dem Inkrafttreten des EWR-Vertrages verpflichtet. Die Verschiedenheit der umzusetzenden Vorschriften für Personen- und betretbare Lastenaufzüge einerseits und für nichtbetretbare Lastenaufzüge, Fahrtreppen und Fahrsteige andererseits sowie die Neuregelung der techni-

schen Anforderungen an Aufzüge, Fahrtreppen und Fahrsteige erfordern die völlige Neufassung der NÖ Aufzugsordnung.

Ich darf daher den Herrn Präsidenten bitten, die Debatte einzuleiten und anschließend die Abstimmung vorzunehmen.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Danke für die Berichterstattung. Ich eröffne die Debatte und erteile dem Herrn Abgeordneten Preiszler das Wort.

Abg. PREISZLER (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Zum Antrag über die Aufzugsordnung 1995 in der vorliegenden Art gibt es an sich fast nichts zu sagen. Die Materie wurde ausführlich im Unterausschuß behandelt. Es geht lediglich um eine Angleichung an die EU-Normen, worüber wir eine Einstimmigkeit im Unterausschuß und im Ausschuß erreicht haben. Und ich glaube, dies wird auch heute so sein.

Es gibt aber auch einen Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Michalitsch, Gruber und Preiszler, welcher in der geänderten Fassung angenommen wurde. Die Begründung: Es soll die Möglichkeit eröffnet werden, daß auch Angestellte von Aufzugsbau- und Betreuungsunternehmen als Aufzugsprüfer fungieren können. Dagegen gibt es keine Einwendung, bedeutet das doch eine Verbesserung, eine Vereinheitlichung, wozu wir uns natürlich bekennen.

Überrascht war ich allerdings vom heutigen Resolutionsantrag der Abgeordneten Ing. Eichinger und Feurer, der immerhin im wesentlichen lautet, die Landesregierung, insbesondere der Herr Landesrat Schimanek wird aufgefordert, die Bemühungen zu intensivieren, um mit dem Bund eine Vereinbarung nach Art. 15a B-VG zwischen Bund und Ländern über die Zusammenarbeit im Aufzugswesen abzuschließen und in der weiteren Folge zu überdenken, ob die Aufzugsordnung nicht in die neue NÖ Bauordnung aufgenommen werden soll. Dazu wäre zu sagen, daß wir bemüht sind, ein modernes Gesetz zu machen, das von verschiedenen Nebengesetzen befreit wird, das verständlich, und für die Bevölkerung, vor allem für diejenigen, die damit zu tun haben, einfacher gestaltet werden soll. Wenn ich mir jetzt

diesen Antrag anschau, dann sind wir damit dabei, die gleichen Fehler wieder zu machen: Daß wir eine Menge von Nebengesetzen wiederum "vermantchen" in einer Bauordnung, die eigentlich die Verfahrensordnung im NÖ Bauwesen regeln soll. Und die gleichzeitig getrennt in eine Bauordnung und - im zweiten Teil - in ein Bautechnikgesetz nach modernster Art gestaltet werden soll. Das ist das eine. Das zweite ist, daß wir letztendlich schon weit im Verzug sind mit unserer EU-Anpassung. Das heißt, diese Aufzugsordnung hätte eigentlich schon im Juli 1994 angepaßt werden müssen. Es ist nicht dazu gekommen. Wenn wir jetzt warten, daß wir diese Aufzugsordnung in die neu zu gestaltende und in Beratung befindlichen Bauordnung mit integrieren, dann wird es wahrscheinlich so sein: Wir sind bemüht, so schnell wie möglich ein gutes Gesetz zu machen, aber es kann nicht sein, daß auf Grund der Komplexität dieses Gesetzes niemand weiß und niemand vorhersagen kann, daß wir dieses Gesetz auch wie geplant Anfang 1996 über die Bühne bringen werden.

Das heißt, wir geraten noch mehr in Verzug mit der Bauordnung. Weil wir abwarten müssen und weil zusätzlich in Brüssel auch wiederum überdacht wird, eine neue, moderate, moderne Aufzugsordnung zu gestalten. Das heißt, wir verzögern die ganze Sache wiederum. Das kann nicht Sinn und Zweck sein. Und ich glaube auch, daß diese Aufzugsordnung ursächlich mit der Bauordnung nichts zu tun hat. In ursächlichem Sinn. Und wir wären, glaube ich, schlecht beraten, wenn wir jetzt ad hoc das ändern. Ich will nicht unterstellen, daß es ein politischer Gag ist, den man hier wiederum schnell über die Bühne bringt. Wir waren uns einig, daß wir in der Raumordnung, in der Bauordnung wirklich ein durchdachtes, von allen Fachgremien mitgetragenes Gesetz erarbeiten wollen. Und jetzt kommen Sie wiederum mit Dingen, die uns behindern, wo wir wiederum einige Dinge reinbringen, die wir sicherlich nicht haben wollen. Wir werden diesem Resolutionsantrag nicht beitreten. Und ich glaube, daß wir in der nächsten Unterausschußsitzung der Bauordnung über alle diese Dinge ausführlich reden und beraten werden, aber nicht heute hier im Plenum. (Beifall bei der FPÖ.)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Präsident Ing. Eichinger.

Abg. Präs. Ing. EICHINGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren!

Ich möchte gleich einmal eingehen auf die Äußerung bzw. Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Preiszler. Wir beschließen heute die NÖ Aufzugsordnung. Dieser Resolutionsantrag beinhaltet eine Aufforderung an die Landesregierung, bei der Erstellung der Bauordnung zu überlegen, ob nicht die Aufzugsordnung, die heute bereits angepaßt wird an die Bauordnung, in die spätere Bauordnung eingebaut werden kann. Dieser heutige Beschluß der Aufzugsordnung hat also mit dem Resolutionsantrag nur am Rande zu tun. Das heißt, der Resolutionsantrag behindert nicht den Beschluß der Aufzugsordnung, die wir heute hier im Hohen Landtag beschließen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem Geschäftsstück 267 liegt uns eine Novelle der Aufzugsordnung vor. Gemäß dem EWR-Vertrag, BGBl. Nr. 909/1993, sind Bund und Länder verpflichtet, die Richtlinien in der Europäischen Union in das innerstaatliche Recht zu übernehmen. Die Aufzugsrichtlinie der EU regelt das Inverkehrbringen von Aufzügen, den Einbau von Aufzügen und die Typenprüfung von Aufzügen für Personen- und Lastenaufzüge, wie der Herr Abgeordnete Preiszler schon gesagt hat. Hingegen sind die Erlassung von Sicherheitsvorschriften, die Verwendung von Maschinenteilen und die Vorschreibung späterer Überprüfungen Bereiche, die den Ländern, nämlich den Mitgliedsstaaten, überlassen sind. In die Zuständigkeit des Landes fallen daher auch die Regelungen über den Einbau und die Betriebssicherheit von Aufzügen.

Die Neufassung dieser NÖ Aufzugsordnung ist als Ergänzung zur NÖ Bauordnung gedacht und bereits so konzipiert, daß sie in die Bauordnung ohne Probleme übernommen werden könnte. Und damit würde ein Deregulierungsschritt stattfinden, den wir alle begrüßen und den wir, glaube ich, alle auch uns zum Ziel gesetzt haben. Es geht darum, die Gesetze zu vereinheitlichen, zu deregulieren und eben die Gesetze so zusammenzufassen, daß möglichst wenig Verhandlungen stattfinden müssen.

Die Detailvorschriften für die einzelnen Arten von Aufzügen sollen sich künftig nicht mehr in der Aufzugsordnung finden, so wie auch die Bauordnung getrennt werden soll, sondern sie sollen in der Aufzugs-Durchführungsverordnung geregelt werden. Grundsätzlich sieht die NÖ Aufzugsverordnung vor, daß alle bisherigen Überprüfungen und betriebssicherheitstechnischen Anforderungen nach jenem Stand der Technik auch in Zukunft gefordert werden, der heute oder der beim Einbau des Aufzuges Stand der Technik war, so-

daß ein Nachrüsten von allen bisher in Verwendung befindlichen Aufzügen nicht notwendig ist. Des weiteren ist die Festlegung beabsichtigt, welche Änderungen einer Bewilligung bedürfen. Dies wird geregelt in der Aufzugs-Durchführungsverordnung. Die Regelung der Abnahmeprüfung wird aus § 7 der bisherigen Fassung der Aufzugsverordnung übernommen. Hinsichtlich der Mängelbehebung wird dies nach dem Stand der Technik ergänzt. Für die Technik aller Aufzüge gelten nach wie vor die Richtlinien der Ö-Norm. Die regelmäßige Überprüfung von Aufzügen erscheint zur Gewährleistung der Sicherheit ihrer Benützer natürlich wieder nach wie vor erforderlich. Es ist beabsichtigt, in der Aufzugsdurchführungsverordnung die Länge der Zeiträume - und das ist auch im Resolutionsantrag drinnen - zwischen den einzelnen Überprüfungen neu zu überdenken und festzulegen.

Die Überprüfung von Aufzügen erfolgt durch von der Landesregierung bestellte Aufzugsprüfungsorgane, sogenannte Aufzugsprüfer. Die Regelung der Bestellung und Abberufung der Aufzugsprüfer soll im großen und ganzen von der bisherigen Fassung der NÖ Aufzugsordnung übernommen werden. Geschätzte Damen und Herren! Bisher war der Entgeltanspruch für den Aufzugsprüfer gegenüber dem Aufzugseigentümer im § 8 geregelt. Auch hier soll in Zukunft der freie Markt entscheiden und die Höhe des Entgeltes für den Aufzugsprüfer nach seiner Tätigkeit frei gewählt werden können. Es gibt hier keine fixe Regelung über das Entgelt mehr im Gesetz. Geändert soll die NÖ Aufzugsordnung im Bereich der Aufzugsprüfer auch insofern werden, als in Zukunft, wie der Abgeordnete Preiszler schon gesagt hat, es möglich sein soll, daß Aufzugsprüfer auch von Firmen kommen, die Aufzüge errichten können. Die Prüfer können bei diesen Firmen beschäftigt sein, sie müssen natürlich die entsprechende Prüfung abgelegt haben und die Anerkennung der Landesregierung als Aufzugsprüfer erworben haben.

Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte daher einen Resolutionsantrag einbringen zur Landtagszahl 267/A-13, betreffend NÖ Aufzugsordnung. Dieser wurde von Herrn Abgeordneten Preiszler bereits angesprochen. Er soll zu Überlegungen Anlaß geben, diese Aufzugsordnung in die NÖ Bauordnung einzubauen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Ing. Eichinger und Feurer zur Vorlage der NÖ Landesregierung betreffend Erlassung der NÖ Aufzugsordnung 1995, Ltg. 267/A-13 betreffend Verfahrenskonzentration und Überprüfungsintervalle.

Die Neufassung der NÖ Aufzugsordnung ist als Ergänzung der NÖ Bauordnung gedacht. Sie beinhaltet im wesentlichen eine Anpassung der Regelungen des Einbaues und der Prüfung von Aufzügen, Fahrtreppen und Fahrsteigen an die verschiedensten EWR- bzw. EU-Richtlinien.

Die NÖ Aufzugsordnung ist dabei so konzipiert, daß in der Aufzugsordnung selbst nur mehr grundsätzliche Bestimmungen enthalten sind, während die Detailvorschriften für die einzelnen Arten von Aufzügen künftig durch Durchführungsverordnungen der Landesregierung geregelt werden sollen. Damit stellt sich jedoch die Frage, ob es nicht als sinnvoll erscheinen würde, diese grundsätzlichen Bestimmungen über Aufzüge in einen gesonderten Abschnitt der NÖ Bauordnung aufzunehmen. Dies hätte den Vorteil, daß die grundlegenden Vorschriften in der Bauordnung enthalten sind, während die Detailvorschriften in Durchführungsverordnungen geregelt werden.

Darüber hinaus fällt auf, daß das Inverkehrbringen von Aufzügen bundesgesetzlich, jedoch der Einbau von Aufzügen landesgesetzlich geregelt wird. Dabei bedarf sowohl das Inverkehrbringen von Aufzügen etc., als auch der Einbau etc. zahlreicher Bewilligungen. So sieht die NÖ Aufzugsordnung vor, daß für den Einbau eine Baubewilligung, eine Vorprüfung, eine Abnahmeprüfung und letztlich eine Benützungsbewilligung erforderlich ist.

Im Sinne einer Verwaltungsvereinfachung und Verfahrenskonzentration wäre zu überlegen, in welchen Bereichen Bewilligungen und Überprüfungen entfallen könnten, bzw. Bewilligungen und Befunde gegenseitig anerkannt werden könnten.

Die Aufzugsordnung sieht vor, daß der bewilligungsgemäße Zustand eines Aufzuges in bestimmten, von der Landesregierung durch Verordnung festzusetzenden Intervallen, durch einen Aufzugsprüfer zu überprüfen ist. Die Intervalle betragen derzeit für Personenaufzüge ein Jahr. Bei der Erlassung der Verordnung betreffend die Festsetzung der Überprüfungsintervalle möge darauf Bedacht genommen werden, in welchen Bereichen Aufzüge eingesetzt sind. So erscheint es gerechtfertigt, wenn zwischen Aufzügen in Einfamilienhäusern mit einem beschränkten Benützerkreis und zwischen Aufzügen im großvolu-

migen Bau unterschieden wird. Dabei wäre es angebracht, die Überprüfungsintervalle in Einfamilienhäusern zu erstrecken.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

1. Die NÖ Landesregierung, insbesondere Herr Landesrat Hans-Jörg Schimanek, wird aufgefordert, die Bemühungen zu intensivieren, um mit dem Bund eine Vereinbarung nach Artikel 15a B-VG zwischen Bund und Ländern über die Zusammenarbeit im Aufzugswesen abzuschließen und
2. bei Erarbeitung der neuen Bauordnung zu überprüfen, ob es nicht zweckmäßig wäre, die grundsätzlichen Bestimmungen der NÖ Aufzugsordnung 1995 in die NÖ Bauordnung zu übernehmen. Des weiteren wäre zu untersuchen, inwiefern im Sinne der Antragsbegründung verwaltungsvereinfachende Maßnahmen durch gegenseitiges Anerkennen von Befunden und Bewilligungen und eine Verfahrenskonzentration bzw. durch ein Erstellen der Überprüfungsintervalle für Aufzüge in Einfamilienhäusern realisiert werden könnten."

Ich ersuche die Abgeordneten des Hohen Hauses, diesem Resolutionsantrag ihre Zustimmung zu geben.

Geschätzte Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzesentwurf über die NÖ Aufzugsordnung 1995 übernimmt die Richtlinien der Europäischen Union in das innerstaatliche Recht und bringt für den Aufzugseigentümer eine Reihe von Erleichterungen. Die Österreichische Volkspartei wird dieser Vorlage gerne ihre Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gemeldet ist Herr Landesrat Schimanek.

LR SCHIMANEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich möchte nicht grundsätzlich gegen alles, was in dem Resolutionsantrag erfaßt ist, Stellung nehmen. Sondern ich möchte nur ganz kurz daran erinnern, daß der Hohe Landtag 1981 aufgefordert hat, die Bauordnung zu erneuern, eine neue Bauordnung zu schaffen, eine vereinfachte vor allem. Und daher wundert es mich schon ein bißchen, daß man jetzt versucht, eine Aufzugsordnung in die Bauordnung mit

einzubinden. Noch dazu, wo man ja weiß, daß die EU jetzt gerade aktiv ist und in den nächsten Jahren selbst ihre entsprechenden Richtlinien erarbeitet und wenn wir das jetzt mit hineinnehmen, dann fürchte ich, daß wir eine Novelle nach der anderen dieser Bauordnung vor uns haben. Und das wäre sicherlich nicht im Sinne des Erfinders. Das bitte ich zu berücksichtigen.

Was nun die Bemühungen um die Zusammenarbeit mit dem Bund betrifft, die sind seit Jahren im Gang. Ich darf sagen, Bundesminister Schüssel und sein Ministerium haben einen Entwurf für die Zusammenarbeit erstellt. Dabei hat er allerdings die alleinige Verantwortung bei sich selbst belassen. Daraufhin haben die Länder gesagt, das wollen wir nicht und haben einen Gegenentwurf eingereicht. Dieser Gegenentwurf der Länderexperten wurde im Herbst dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten übermittelt. Und seither ist Funkstille. Ich darf daher Sie, werte Kollegen von der ÖVP ersuchen, so wie Kollege Franz Blochberger es gemacht hat bei der so lange ersehnten Wasserrechtsgeschichte mit dem Ministererlaß, geht bitte zu Eurem Parteifreund Schüssel, bittet ihn, daß er schneller arbeitet. Sie werden sicherlich mehr Erfolg haben. Ich werde es ihm auch schreiben, aber ich bitte um Ihre Unterstützung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Nachdem von seiten des Berichterstatters der konkrete Antrag des Ausschusses nicht wortgleich gestellt worden ist, darf ich den Herrn Berichterstatter ersuchen, den Antrag zu stellen und gehe davon aus, daß das Hohe Haus mit dieser Vorgangsweise einverstanden ist.

Berichterstatter Abg. HABERLER (FPÖ): Danke. Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich darf den Antrag des Bau-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Aufzugsordnung 1995 ganz exakt in den beiden Punkten vorbringen *(liest)*:

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend NÖ Aufzugsordnung wird in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung genehmigt.

2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Ich darf den Herrn Präsidenten bitten, die Abstimmung vorzunehmen.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Wird ein Schlußwort noch gewünscht?

Berichterstatter Abg. HABERLER (FPÖ): Danke, ich verzichte!

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Dann kommen wir zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Bau-Ausschusses):* Einstimmig angenommen!

Zum Tagesordnungspunkt liegt auch ein Resolutionsantrag der Abgeordneten Ing. Eichinger und Feurer zur Vorlage der Landesregierung betreffend Erlassung der NÖ Aufzugsordnung vor. Ich lasse darüber abstimmen.

(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): SPÖ, ÖVP, LIF haben für diesen Resolutionsantrag gestimmt. Er ist somit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, LIF; Ablehnung FPÖ.)*

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Klupper, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 264/B-20/1 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. KLUPPER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte zur Zahl Ltg. 264/B-20/1 betreffend den Tätigkeitsbericht der Kommission beim Amt der NÖ Landesregierung für den Schutz der Landesbediensteten für die Jahre 1993 und 1994.

Bei der Erstellung der Prüfungsprogramme für diese beiden Jahre wurde zunächst versucht, eine gewisse Regelmäßigkeit einzuhalten. Weiters wurde darauf geachtet, daß bei größeren Bauvorhaben schon während der Bauzeit eine Besichtigung vorgenommen wird, damit allfällige Mängel noch im Zuge des Baufortschrittes behoben werden können. Diese Vorgangsweise, kann man heute feststellen, hat sich auch durchwegs bewährt.

Insgesamt wurden 78 Dienststellen mit einer Anzahl von 3.432 Bediensteten überprüft. Zusätzlich wurden in sechs Dienststellen Teilbereichsprüfungen vorgenommen. Der Schwerpunkt lag bei den Straßen- und Autobahnmeistereien sowie den NÖ Landespensionisten- und Pflegeheimen. Dabei gab es Bemängelungen, die in diesem Bericht aufgezeigt werden.

Ich darf daher namens des Verfassungsausschusses folgenden Antrag stellen (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der Kommission beim Amt der NÖ Landesregierung für den Schutz der Landesbediensteten für die Jahre 1993 und 1994 wird zur Kenntnis genommen."

Ich darf den Herrn Präsidenten ersuchen, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung danach vorzunehmen.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Ich danke für die Berichterstattung und eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Klubobmann Gratzner.

(*Präsident Mag. Romeder übernimmt den Vorsitz.*)

Abg. GRATZER (*FPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zu den Schutzbestimmungen: So wie nicht alle gleich sind - manche sind gleicher - so ist auch bei den Prüfungen ein Unterschied, wenn man es näher betrachtet. Die Dienstnehmer von privat geführten Betrieben werden anders geprüft bzw. deren Schutz wird anders gewertet als der von Bundesbediensteten und auch der von Lan-

desbediensteten. Ich weiß das aus meiner vorhergehenden Verwendung, weil ich mich damit immer wieder beschäftigt habe, daß es zum Beispiel bei Privatfirmen durchaus üblich ist, wenn Arbeitnehmerschutzbestimmungen nicht eingehalten werden, dort sehr rigoros vorzugehen. Ganz einfach, weil es das Gesetz ermöglicht. Und das kann sogar bis hin zur Betriebssperre kommen. Bei den Bundesbediensteten ist es dagegen so, daß das Argument seitens des Bundes genügt, es wäre kein Geld vorhanden, um Abhilfe zu schaffen. Und damit ist der Bericht des Arbeitsinspektors erledigt.

Auf Landesebene gibt es eine Kommission, die uns einen Bericht vorgelegt hat. Für mich ist jetzt sehr wenig nachvollziehbar, welche Auswirkung dieser Bericht wirklich hat. Aber ich gehe davon aus, daß alles so ist, wie es berichtet wird. Nur glaube ich, daß die Form, wie jetzt dieser Bericht vorgelegt wird, zwar schön ist, ich bin auch der Auffassung, man sollte ihn nicht noch mehr ausdehnen. Aber ich überlege, ob wir uns diesen Bericht nicht überhaupt sparen sollten. Das heißt, daß wir auf der einen Seite als Landtag diesen Bericht nicht fordern, sondern uns eher nur im Bedarfsfall damit beschäftigen. Weil es ja sicher so ist, daß auf Landesebene, sollte es zu Beschwerden kommen, der direkte Weg an uns hier ein sehr kurzer ist und vielleicht auch damit das Auslangen gefunden werden kann.

Ich möchte mich aber jetzt in Anbetracht der kurzen Zeit noch mit einer anderen Art von Schutz beschäftigen, nämlich mit dem Schutz der Rechte der Bediensteten. Nämlich dem Recht auf Bewerbung auf Dienstposten. Diesbezüglich hat die Besetzung des Landesamtsdirektor-Stellvertreters in der letzten Zeit für Diskussionsstoff gesorgt. Und ohne hier weiter auf die Art der Besetzung einzugehen, freut es mich, daß es zu einem Resolutionsantrag der Abgeordneten Gratzner und Litschauer gekommen ist, den ich hiemit einbringe (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Gratzner und Litschauer zum Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Bedienstetenschutzgesetz, Ltg. 264/B-20/1, betreffend Personalmaßnahmen.

Mit Beschluß des Landtages vom 21. Jänner 1993 wurde die NÖ Landesregierung aufgefordert, die entsprechenden Verwaltungsmaßnahmen zu setzen, damit die Vergabe öffentlicher Dienstposten im Bereich des Bundeslandes

NÖ in einer für die Öffentlichkeit nachvollziehbaren Weise nach streng objektiv und sachlich orientierten Grundsätzen erfolgt. Der Regierungsbeschluss vom 14. Dezember 1993 legte fest, daß das Auswahlverfahren zur Besetzung leitender Dienstposten entsprechend den von der NÖ Landesregierung in der Sitzung am 16. März 1993 beschlossenen vorläufigen Richtlinien unter Mitwirkung eines Personalberatungsunternehmens erfolgen sollte. Ein weiterer Beschluss der Landesregierung vom 22. Februar 1994 legte die Geschäftsordnung der Auswahlkommission zur Besetzung leitender Dienstposten fest. Inhalt dieser Richtlinien ist die grundsätzliche öffentliche Ausschreibung von freien Dienstposten, wonach die fachliche und persönliche Eignung, die sozialen Verhältnisse, die regionalen Gesichtspunkte und der Zeitpunkt des Einlangens des Ansuchens heranzuziehen ist.

Dies soll gewährleisten, daß die Aufnahmen in den öffentlichen Dienst und die Betrauung mit leitenden Dienstposten ausschließlich aufgrund sachlich objektiver Kriterien erfolgt. Der Begriff 'Leitender Dienstposten' umfaßt laut Landtagsbeschluss die Funktionen von Abteilungsleitern, Bezirkshauptmännern, Leitern der Straßenbauabteilung, usw.. Dieser Personenkreis erfüllt unter anderem die Voraussetzung zur Ernennung in die achte und teilweise auch in die neunte Dienstklasse.

Die Position des Landesamtsdirektor-Stellvertreters stellt im Sinne der Organisationsvorschriften für das Amt der NÖ Landesregierung keinen Abteilungsleiterposten dar. Daher steht die Nichtausschreibung des Dienstpostens des Landesamtsdirektor-Stellvertreters auch nicht gegen den oben erwähnten Landtagsbeschluss. Die Wertigkeit des Dienstpostens des Landesamtsdirektor-Stellvertreters ist mit dem eines Abteilungsleiters mindestens gleichwertig. In Abänderung des oben erwähnten Landtagsbeschlusses soll daher in Zukunft dieser Dienstposten ebenfalls wie die übrigen Dienstposten ausgeschrieben werden.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung und Objektivierung der Bestellung von Spitzenpositionen im Amt der NÖ Landesregierung künftig die Bestellung des Landesamtsdirektor-Stellvertreters im Rahmen

des vorgesehenen Ausschreibungsverfahrens vorzunehmen."

Ich darf Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, um Zustimmung zu diesem Antrag ersuchen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Litschauer.

Abg. LITSCHAUER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Die zur Diskussion stehende Vorlage der Landesregierung über die Tätigkeit der Kommission für den Schutz der Landesbediensteten gibt auch mir die Gelegenheit für einige Anmerkungen. Die Arbeitsabläufe für Arbeitnehmer sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich werden in der heutigen Zeit immer komplexer und komplizierter und die steigende Verantwortung, zusätzliche Aufgaben und zum Teil auch die sehr rasch zunehmende Technologisierung bringen da und dort Umstellungsschwierigkeiten mit sich. Die Forderung nach Steigerung der Produktivität hat auch in der öffentlichen Verwaltung, die ja immer mehr als Dienstleistungsbetrieb geführt wird, Einzug gehalten. Der Servicegedanke, die lückenlose und beste Betreuung der Bevölkerung steht im Vordergrund. Voraussetzung, daß diese von mir genannten Aspekte auch voll und ganz berücksichtigt werden können, ist, daß das Umfeld der Dienstnehmer, konkret der Arbeitsplatz, entsprechend ausgestaltet und eingerichtet ist. Nicht nur die gesundheitliche Komponente spielt hier eine wesentliche Rolle, sondern auch die nach Möglichkeit funktionelle Gestaltung des Arbeitsplatzes ist hier insbesondere im Zusammenhang mit der fortschreitenden Technologisierung eine wesentliche Komponente.

Die Arbeitsplatzgestaltung, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ist ein wesentliches Element für die Motivation der Mitarbeiter geworden. Die Forderung der Dienstnehmer nach einer entsprechenden Ausgestaltung ist daher für mich nicht nur natürlich, sondern auch selbstverständlich. Und es ist erfreulich, daß ich hier in der Gesetzgebung des Landes Niederösterreich feststellen kann, daß diese von mir skizzierten Postulate erkannt wurden und in entsprechenden Bestimmungen auch festgehalten sind. Daher kann ich festhalten, daß im Land Niederösterreich bereits seit dem Jahre 1990 ein eigenes Landesbedienstetenschutzgesetz, das die alten Dienstnehmer-

schutzregelungen abgelöst hat, nunmehr existiert. Und daß damit die Garantie gegeben ist, daß die positive Arbeitsplatzgestaltung im Bereich der NÖ Landesverwaltung einen fixen Stellenwert einnimmt.

Das Gesetz selbst - und erlauben Sie mir das in diesem Zusammenhang, meine verehrten Damen und Herren, auch festzuhalten, wo wir hier auch trachten in einer ständigen Forderung nach Deregulierung - ist ein positives Beispiel dazu. Dieses Gesetz ist einfach, übersichtlich und vom Umfang her sehr kurz. Und dennoch sind die wesentlichsten und notwendigsten arbeitnehmerschutzrechtlichen Bestimmungen darin enthalten.

Wesentlich ist dabei auch der Verweis auf eine eigene Dienstnehmerschutzverordnung, die wieder in großen Bereichen auf bestehende arbeitnehmerschutzrechtliche Bestimmungen des Bundes hinweist und somit den Gleichklang auch für die öffentliche Verwaltung postuliert. Besonders erwähnenswert erscheint mir daher, daß in diesem Zusammenhang eine weisungsungebundene Kommission zur Überprüfung der Mißstände und zur Überwachung der Maßnahmen zur Behebung von festgestellten Mängeln eingerichtet ist. Und diese Kommission kommt der Verpflichtung nach, alle zwei Jahre einen Bericht vorzulegen. Ich bin der Auffassung, und hier decke ich mich nicht mit dem Herrn Kollegen Gratzner, es ist gut, wenn alle zwei Jahre über diese Tätigkeiten uns auch berichtet wird. Und daher glaube ich, daß der Bericht der Landesregierung auch in Zukunft dem Hohen Landtag vorgelegt werden soll. Es geht mir auch darum, daß wir hier wissen, daß diese Kommissionsmitglieder ständig die baulichen Voraussetzungen in den Landesdienststellen überprüfen, Mängel feststellen und Sanierungsvorschläge unterbreiten, aber auch, ob von den verantwortlichen Dienststellenleitern im Zusammenhang mit den weiteren Verantwortlichen der zentralen Verwaltungen diese auch entsprechend behoben werden. Ich darf auf den Berichtersteller verweisen, der im wesentlichen gesagt hat, daß im Überprüfungszeitraum insbesondere die Objekte der Straßenverwaltung Gegenstand von Überprüfungen waren. Hier kann gesagt werden, daß gerade durch diesen Umstand die Mängel, die aufgezeigt wurden, auch berücksichtigt wurden. Unter anderem wurden nämlich Dienststellenbereiche in schlechtem Bauzustand sogar geschlossen. Und jene Objekte, wo die Möglichkeiten finanziell gegeben waren, wurden entsprechend saniert. Und was meines Erachtens nach das Wesentlichste anbelangt, es wurden wirklich die Arbeitsbedingungen durch diese

Tätigkeit der Kommissionsmitglieder wesentlich verbessert.

Natürlich ist es so, daß die heutige Situation der Errichtung des Regierungsviertels in St. Pölten eine besondere Aktualität besitzt. Auch dort hat bereits die Kommission entsprechende Prüftätigkeiten entwickelt und, wie aus dem Bericht hervorgeht, auch maßgebliche Vorschläge zur Verbesserung im weiteren Baufortschritt eingebracht.

Ein weiterer Aspekt scheint mir, daß die Dienstnehmer auch geschult werden im Hinblick auf die Gefährdungen bei verschiedensten Arbeitsabläufen. Daher wurden entsprechende und umfangreiche Schulungsprogramme entwickelt. Besonders erwähnenswert erscheint mir, daß insbesondere im Bereiche der Bundes- und Landesstraßen sowie der Autobahnen ein Schwerpunkt für diese Schulungstätigkeit eingerichtet wurde. Mit dem Inhalt etwa der richtigen Absicherung der Baustellen.

Wenn auch im Bericht hier keine näheren Details über die Prüfung der Arbeitsplätze in den Verwaltungsdienststellen des Landes enthalten sind, so weiß ich aus meiner persönlichen Erfahrung als Obmann der Personalvertretung, daß einzelne Mitglieder der Kommission auch eingesetzt wurden, die ergonomisch richtigen Ausgestaltungsmöglichkeiten der Arbeitsplätze zu überprüfen. Insbesondere im Bereiche der Bezirkshauptmannschaften und in den anderen Landesdienststellen mit EDV-Ausstattung wurde erreicht, daß die entsprechenden Neuerungen in diesem Bereich vorangetrieben werden. Gerade im Hinblick darauf, daß das Projekt "LAKIS" - darüber haben wir in diesem Hohen Haus des öfteren schon berichtet - weiter fortschreitet, wird diese Beratungs- und Überprüfungstätigkeit der Bedienstetenschutzkommission einen wesentlichen Teil ihrer Arbeit in der Zukunft ausmachen. Wichtig wird es auch sein, daß die Kommission im Zusammenhang mit der zunehmenden Technologisierung des Arbeitsplatzes insbesondere der richtigen Ausgestaltung des EDV-Arbeitsplatzes alle wissenschaftlichen Erkenntnisse rechtzeitig auch in ihrer Tätigkeit umsetzt. Wenn daher im EU-Rechtsbestand Vorschriften für die Gestaltung des Bildschirmarbeitsplatzes bestehen, die bei uns noch keine direkte Wirksamkeit entfalten, so erschien es mir doch sinnvoll, daß die Kommission alles daran setzt, diese wissenschaftlich weitergehenden Erkenntnisse bereits bei der Installierung neuer Arbeitsplätze im Land Niederösterreich auch zu berücksichtigen.

Abschließend, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich festhalten, daß uns der vorliegende Tätigkeitsbericht der Kommission für den Schutz der Landesbediensteten deutlich macht, daß einer ständigen Überwachung und Überprüfung der Arbeitsbedingungen entscheidende Bedeutung zukommt. Nur wenn es uns mit diesem Instrumentarium gelingt, moderne und nach dem letzten Stand der Technik eingerichtete Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, werden wir bei der großen Anzahl der Landesbediensteten jene Motivation erreichen, die Voraussetzung ist, daß der riesige Dienstleistungsbetrieb im Rahmen seiner Aufgabenstellung, insbesondere auch im Rahmen des Bürgerservices voll funktioniert.

Nun darf ich meine sehr geschätzten Damen und Herren zum eingebrachten Resolutionsantrag des Kollegen Gratzter festhalten, daß auch die ÖVP hier zustimmen wird, daß der Funktionsposten des Landesamtsdirektor-Stellvertreters auf Grund seiner Wertigkeit nunmehr in die Ausschreibungsregelungen im Rahmen der Objektivierung der Leiterbestellungen einbezogen werden soll. Meine Fraktion wird also zustimmen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP sowie den Abg. Gratzter und Dr. Bauer.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als letzter zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte ebenfalls feststellen, daß wir sehr froh darüber sind, daß ein eigenes NÖ Bedienstenschutzgesetz besteht und daß hier sehr wertvolle Arbeit geleistet wird. Das ist aber nicht der eigentliche Grund meiner Wortmeldung, sondern ich möchte mich nur ganz kurz zum Resolutionsantrag äußern. Nämlich deshalb, weil ja in der Öffentlichkeit gewisse, sagen wir, polemische Ausführungen darüber geführt wurden, ob nun zu Recht bestellt wurde oder ob nicht zu Recht. Herr Landesrat Schimanek hat sich auf das Bundesgesetz vom 30. Juli 1925 bezogen und er meint, daß für den Landesamtsdirektor, und in dessen Verhinderung der in der gleichen Weise wie den Landesamtsdirektor zu Bestellende den gesetzlichen Voraussetzungen für die Bestellung zum Landesamtsdirektor für diese Beamten des Amtes der Landesregierung Folge zu leisten sei.

Nun wurde dem geantwortet, daß er nicht genau das Gesetz kennt und daß eigentlich das nicht notwendigerweise folgt. Weil nämlich in Niederösterreich hier eine Regelung getroffen

wurde und besteht, die nachfolgend ausgeführt wird. Es ist sozusagen hier eine Diskussion in der Öffentlichkeit gelaufen, wobei ich jetzt gar nicht sagen möchte, daß mit "in der gleichen Weise" schon eine öffentliche Ausschreibung in dem Verständnis, das wir heute haben, aus dem Jahr 1925 wirklich unterstellt wird. Denn "in der gleichen Weise" bedeutet noch nicht jene Kriterien, die wir heute zugrunde legen. Dennoch ist es für mich interessant, wie rasch sozusagen hier eine tiefe Verbeugung erfolgt und wie auf Seite 2 dann quasi die Entschuldigung angeführt wird - und mehr ist es ja nicht. Ich nehme zur Kenntnis, daß sich der Herr Landesrat Schimanek geirrt hat, die Fraktion sich tief verbeugt im Namen des Herrn Landesrates Schimanek und dann ausgeführt wird, daß die Position des Landesamtsdirektor-Stellvertreters eigentlich nicht der Ausschreibung unterliegt. Daß aber in Zukunft diese Ausschreibung vorzusehen wäre. Das ist dann der Tenor dieses Antrages.

Meine Fraktion und auch ich werden diesem Antrag die Zustimmung geben. Wir sind aber diesem Antrag nicht beigetreten, weil ich diese Verbeugung einfach nicht mache. Und weil ich auch vorher mich nicht zu Wort gemeldet habe in dieser Frage. Dennoch glaube ich, daß festzustellen ist, daß natürlich eine so hohe Position gleichzustellen ist mit der Position eines Abteilungsleiters. Darüber besteht ja wohl Einigkeit. Ich glaube aber auch, daß, nachdem jetzt die Weichen weit über das Jahr 2000 gestellt sind, in dieser Frage, Herr Landesrat, die Zustimmung sozusagen offensichtlich noch leichter fällt, weil ja sowohl die Entschuldigung, wie auch letztlich die Auswirkung von einer nicht gerade umwerfenden Bedeutung ist. Ich stimme aber dieser Resolution deshalb zu, weil ich glaube, daß es vom Grundsatz her richtig ist. *(Beifall bei der SPÖ sowie den Abg. Mag. Schneeberger und Moser.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gratzter.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Klubobmann Dr. Bauer fordert ja geradezu zu einer Wortmeldung heraus. Denn eines ist natürlich klar. Wenn man in der Verbeugung noch ganz unten ist, kann man sich nicht nochmals verbeugen, das sehe ich ein. *(Abg. Dr. Bauer: Nein, nein! Das können Sie bei mir nicht behaupten! Da liegen andere schon lange*

*flach, stehe ich noch immer! -
Heiterkeit im Hohen Hause.)*

Bis heute ist von Ihrer Fraktion noch niemand auf die Idee gekommen, hier in irgendeiner Weise die Objektivierung überhaupt anzugreifen. Um eines möchte ich allerdings schon ersuchen. Diesen Resolutionsantrag genau zu lesen: Daß hier sehr wohl die Verfassungsbestimmung etwas anderes ist als der Landtagsbeschluß. Das, was Sie zitiert haben, ist rein der Landtagsbeschluß, hat aber nichts mit der Verfassungsbestimmung zu tun. Darauf möchte ich hinweisen! Und wer erst heute draufkommt, daß da einmal irgendetwas anderes besetzt worden ist, sollte nicht herausgehen und vom Verbeugen reden! *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Schimanek.

LR SCHIMANEK (FPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich mache selbstverständlich eine Verbeugung. Ich bin ja froh, daß wir etwas erreicht haben, das muß ich auch sagen. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Ich für meine Person lasse es damit nicht bewenden, weil ich glaube, auf Grund der Gesetzeslage ist es eindeutig, der Landesamtsdirektor-

Stellvertreter ist auf dieselbe Weise zu bestellen wie der Landesamtsdirektor. Für mich als Person ist der gesamte Modus eigentlich eine Einheit: Die Ausschreibung gehört mit zur Bestellung. Ich werde daher für meine Person verfassungsrechtlich überprüfen lassen, ob ich gegen die Verfassung entschieden habe in dieser Sitzung oder nicht. Und dann werde ich meine Entscheidung treffen. Wenn ich gegen die Verfassung gestimmt habe, dann muß ich sagen, dann werde ich auch die Konsequenzen ziehen und werde das entsprechend weiter verfolgen. *(Beifall bei der FPÖ. - Unruhe im Hohen Hause.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Möchte sich noch jemand zu Wort melden? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher zur Abstimmung.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Verfassungs-Ausschusses): Einstimmig angenommen!

Es liegt ein Resolutionsantrag der Abgeordneten Grätzer und Litschauer betreffend Personalmaßnahmen vor. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Einstimmig angenommen!

Die Tagesordnung ist damit erledigt. Die Sitzung ist geschlossen. *(Schluß der Sitzung um 20.22 Uhr.)*